



AIB

2V 7426 E

2,50 DM

Oktober

Nr. 10/1981

12. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Südafrikas Angolakrieg und die Namibiafrage

Frankreich • Iran
Nikaragua

Inhalt:

AIB-Aktuell: Immer näher an den atomaren Abgrund	3
Südlisches Afrika	
Jürgen Ostrowsky: Südafrikas Zermürbungskrieg gegen Angola	4 - 6
USA-Südafrika: Geheimprotokoll, Botha, Malan, Crocker	5 - 6
Hans Mayer: Die Namibia-Initiative in Trümmern	7 - 8
UN-Sicherheitsrat: Resolution 435 vom 29. 9. 1978	8
Südafrika-BRD	
Anti-Apartheid-Bewegung: Neue Waffenlieferungen an das Apartheid-Regime	9 - 11
Nikaragua	
Daniel Ortega: Wir werden flexibel und standhaft bleiben	12 - 13
Honduras	
Robert Holden: Aufmarschplatz der Konterrevolution	14 - 15
Uruguay	
Schreiben der Frente Amplio an den UN-Generalsekretär: Menschenrechtsverletzungen in Uruguay - ein Fall für die UNO	16 - 17
Frente Amplio: Programmpunkte für eine wahre demokratische Öffnung	17
Kampuchea	
Pen Sovan: Bericht an den IV. Parteitag der Revolutionären Volkspartei	18 - 19
Afghanistan	
Mohammad Sarkash/Seamus O'Faolain: Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (2. Teil)	26 - 27
Iran	
Wolfram Brönnner/Anni Friese: Der „Krieg im Innern“	28 - 31
Testament des Volksmohajhedinführers S. Mohammad Reza Sa'adati: Wir sind den Revolutionsgegnern in die Falle gegangen	30
Tudeh-Partei: Forderungen an die neue Regierung	31
Frankreich	
Rainer Falk: Mitterrands Wahlsieg - Chance für ein neues Verhältnis zur Dritten Welt (1. Teil)	32 - 35
Frankreich-Daten	34
Kultur - Angola	
Gespräch mit Arlindo Barbeitos: Wir sitzen nicht im Elfenbeinturm	36 - 37
Rückblick: Vor 25 Jahren - Das Suez-Abenteuer	38
Rezensionen/Filme: Mythos Welthunger	39
Infodienst: Neue Todesurteile in Südafrika, Brot für El Salvador, Guatemala-Broschüre, Tonbildreihe zu Waffenexporten, Protokoll einer AAG-Werkwoche, BMZ-Anschlag gegen BUKO, Aktuelle Buch- und Plattentips: Türkei, Chile	40
Kurzinformationen: Chile, Argentinien, El Salvador, Mexiko, Grenada, Puerto Rico, Westsahara, Tunesien, Zentralafrika, Palästina-Österreich, Naher Osten, Türkei, Libyen-Äthiopien-Südjemen, Malaysia, UN-Seerechtskonferenz, Weltenergiekonferenz-OPEC, LLDCs	41 - 43
Kommentar: Faule Eier von Uncle Sam	44



Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421-24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag: Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Kontonr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: A. J. Arndt, N. Biver, P. Garcia, P. Grund, R. Hegewald, W. Kindermann, V. Klöse, C. Klotz, H. Mayer, U. Rupp, H. E. Schäfer, J. Weber, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zustimmung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 10. 9. 1981

Anzeigen: Nikaragua-Aktuell, illa, Weltkreis-Verlag, Schneider-Studienreisen, Deutsche Volkszeitung, Das Argument, UNIDOC

Friedensmanifestation am 10. Oktober in Bonn



Am 10. Oktober d.J. findet in Bonn eine zentrale Demonstration und Kundgebung gegen die atomare Bedrohung statt, die von niederländischen und bundesdeutschen Friedensorganisationen gemeinsam initiiert wurde. Die Manifestation wird mittlerweile von über 500 Organisationen und Gruppen unterstützt, darunter vom Trägerkreis des Krefelder Appells und vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK).

Die Veranstalter weisen in ihrem Aufruf darauf hin, daß infolge der forcierten weltweiten Aufrüstung die Gefahr eines 3. Weltkrieges immer wahrscheinlicher wird und die Völker Europas durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht sind. Sie rufen dazu auf, sich gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren unter den Forderungen:

- „Wir wenden uns gegen neue Atomwaffen in Europa.“
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
- Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.
- Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.“

Im August d.J. hat die Reagan-Administration mit ihrem Beschluß, die Neutronenbombe zu produzieren, die Schwelle zur atomaren Kriegsführung aufs Neue herabgedrückt. Die gegenwärtig von Washington einseitig forcierte Atomrüstungspolitik stellt eine direkte Bedrohung nicht nur der Völker Europas, sondern auch der Dritten Welt dar. Die Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf in der Dritten Welt muß sich gemeinsam mit der Friedensbewegung gegen den Rüstungskurs Washingtons zur Wehr setzen.

Wir meinen: Auf nach Bonn, den ASK-Block stärken!

AIB-Aktuell: Immer näher an den atomaren Abgrund

Es geht Schlag auf Schlag. Ausgerechnet am 9. August d.J., als sich der Abwurf der US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki wieder einmal jährt, verkündet Ronald Reagan von seiner kalifornischen Ranch aus der Welt, er habe kurz vor seinem Urlaub den Befehl zum sofortigen Bau der Neutronenbombe gegeben. Zehn Tage später, am 19. August, schießen US-Kampfflugzeuge vom Typ F 14 im Golf von Sirte zwei libysche Aufklärungsflugzeuge ab.

Der August 1981 sollte nicht zu Ende gehen, ohne daß eine dritte Meldung von der „neuen amerikanischen Entschlossenheit“ (so die Diktion der Washingtoner Politikplaner) Kunde brachte: Nicht nur führen tief im Luftraum über der Koreanischen Volksdemokratischen Republik US-Flugzeuge vom Typ SR 71 regelmäßige Spionageflüge durch, bislang ziemlich unbehelligt durch die nordkoreanische Flugabwehr. In Washington erwägt man auch ernsthaft, jene Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen, die in Westeuropa Hauptzielscheibe einer wachsenden Friedensbewegung sind, jetzt auch in Ostasien, in Südkorea, Japan oder andernorts zu stationieren.

„Kriegsspiele“ vor der libyschen Küste

Deutlicher kann kaum demonstriert werden, wie ernst es dem US-Imperialismus unter Ronald Reagan mit der Verwirklichung seines Traumes von einer neuen Weltherrschaft der USA ist, und wie leichtfertig die Strategen des Weißen Hauses dabei auch kriegerische Konflikte in Kauf zu nehmen bereit sind. Der vor der libyschen Küste inszenierte „Zwischenfall“ ist dabei in vielerlei Hinsicht symptomatisch für die neue Strategie der Konfrontation, die die US-Außenpolitik bestimmt.

Tatsächlich handelte es sich dabei, so viel ist inzwischen klageworden, wie seinerzeit beim Tonking-Zwischenfall von 1964, der den offiziellen Beginn des Vietnamkriegs signalisierte, um einen Akt der gezielten Provokation, bei dem der direkte militärische Zusammenprall vorprogrammiert war. Noch bevor es zu dem Zusammenstoß im Golf von Sirte kam, wußten die Macher des Magazins Newsweek (19.8.1981) zu berichten, daß die Reagan-Administration „in dieser Woche den libyschen 'starken Mann' das erste Mal direkt herausfordern (wird). Auf Anweisung von Reagan hat Verteidigungsminister Caspar Weinberger“, so hieß es dort, „der 6. Flotte Manöver vor der libyschen Küste im Golf von Sirte befohlen, der von Gaddhafi als libysches Gebiet beansprucht wird. Die USA sind mit Libyens Forderung nicht einverstanden und werden Gaddhafis Reaktion – und die seiner Verbündeten in Moskau – testen, indem sie innerhalb des Golfes Kriegsspiele durchführen. Um sicher zu sein, daß die ganze Welt auch weiß, was los ist, hat die Kriegsmarine Seelute und Piloten in diesem Gebiet davor gewarnt, daß 3.200 Quadratmeilen des Golfes für Schießübungen vorgesehen sind... Washingtons Staatsbeamte möchten zusätzlich gerne sehen, wie Gaddhafi das verdauen wird, was sie mit Nachdruck als 'Zufall' bezeichnen: Ägyptische Truppen werden an der libyschen Grenze Manöver abhalten – genau zur selben Zeit.“

Der einkalkulierte „Zwischenfall“ wurde offensichtlich noch gebraucht, um jene seit Monaten laufende Kampagne auf eine neue Eskalationsstufe zu bringen, in der der libysche Revolutionsführer als „größte Gefahr für den Weltfrieden“ (so ein Titelaufmacher der Newsweek) und als weltpolitischer „Trouble-Maker Nr. 1“ hingestellt wird und Libyen neben der Sowjetunion als eine „Brutstätte“ des internationalen „Terrorismus“ fungiert, jenem abartigen Pseudonym, das die Washingtoner Propaganda für die nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen bereithält.

In diesem Kontext war der Abschuß zweier libyscher Flugzeuge offensichtlich bestenfalls ein Zwischenschritt in einem weiter gefaßten Destabilisierungsszenario. Newsweek scheint auch hierüber bestens informiert und berichtet zwei Wochen später, am 31. August d.J.: „Ein geduldiger Plan, um Gaddhafi zu destabilisieren und schließlich zu stürzen, ist von der Central Intelligence Agency (CIA) vorbereitet worden. Das größte Hemmnis für den Plan ist es, daß der Revolutionsführer die Macht in Libyen fest im Griff hat... Mit Kennedys Erfahrungen im Hinterkopf (gemeint ist das Scheitern der Schweinebucht-Invasion 1961 gegen Kuba; d. Red.) will Reagan damit beginnen, vorsichtige gewaltlose Anstrengungen zu machen, um verlässliche Agenten unter libyschen Exilanten zu rekrutieren und dann die lästige und langwierige Aufgabe beginnen, eine ernsthafte Opposition gegen Gaddhafi zu schaffen... Wenn dieses Ziel erreicht werden sollte, könnte der CIA kostspieligere und sichtbar werdende Propaganda- und paramilitärische Aktionen unterstützen...“

Es macht die besondere Gefährlichkeit des neuen US-Kurses gegenüber der Dritten Welt aus, daß diese Kombination militärischer Drohgebährden (die auch Bereitschaft zum direkten Konflikt beinhalten) und langfristig angelegter politischer Destabilisierung unliebsamer

Regimes nicht auf Libyen begrenzt sind, sondern einen Grundzug der außenpolitischen Strategie Washingtons ausmacht. Die Muskeln ließ Washington dieser Tage auch mit großen Flottenmanövern im Südatlantik spielen, und in der Karibik fanden die bislang größten Manöver der US-Streitkräfte statt; die Drohungen gegen die revolutionären Länder Grenada, Nikaragua und Kuba, sind unverkennbar und sollen auch als solche aufgefaßt werden. Die Rückkehr Washingtons zur seinerzeit in Vietnam praktizierten Politik des Counter-insurgency (Aufstandsbekämpfung) ist, sieht man nach El Salvador, allenthalben unübersehbar. Das Hauptinstrument hierzu, die von J. Carter ererbte Schnelle Eingreiftruppe, ist im Aufbau begriffen; 11 Mrd Dollar sind C. Weinberger für das Haushaltsjahr 1981/82 unlängst bewilligt worden.

Daß Israels Ministerpräsident Menachim Begin – offensichtlich ermutigt durch die „amerikanische Entschlossenheit“ gegen Libyen und durch neue Waffenlieferungen Washingtons, von Südafrikas Angola-Invasion ganz zu schweigen – kürzlich mit der Annexion des Libanon drohte, zeigt nicht nur, wie brüchig der jüngste Waffenstillstand im Nahen und Mittleren Osten ist. Längst gilt diese Region im strategischen Kalkül der USA als zweiter potentieller Atomkriegschauplatz hinter Europa. Zielstrebig werden mit dem Ausbau von Diego Garcia, der gigantischen US-Flottenpräsenz im Indischen Ozean und neuen Militärstützpunkten an Afrikas Ostküste (Ägypten, Somalia, Kenia) die logistischen Voraussetzungen hierfür geschaffen. In diesen Zusammenhang gehört auch Reagans Neutronenbomben-Entscheidung. Als Gefechtsfeldwaffe, die Personen tötet, materielle Werte aber unbeschädigt läßt, soll sie einen Atomkrieg nicht nur in Europa wieder führbar machen. Sie eignet sich zweifellos auch zum Einsatz gegen die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, ohne daß die USA dadurch eine Zerstörung etwa ihrer wertvollen Investitionen in diesen Ländern hinnehmen müßten. Vorerst „nur“ zur Stationierung in den USA gebaut, kann diese Waffe nicht nur binnen weniger Stunden nach Europa gebracht werden, sondern, wie C. Weinberger kundtat, auch auf außereuropäischen Schlachtfeldern Verwendung finden. Beamte des US-Verteidigungsministeriums erwähnten in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Golfregion, die Ölfelder im Iran und Saudi Arabien, als mögliche Einsatzgebiete der Bombe. Die Dritte Welt ist somit gleichermaßen wie wir von diesem neuen Massenvernichtungsmittel, dieser „Perversion des Denkens“ (Egon Bahr), bedroht.

„Begrenzter Atomkrieg“ – eine Perversion

Was uns betrifft, so lagern heute bereits 7000 atomare Sprengköpfe in Westeuropa, die meisten davon in der Bundesrepublik. Vor dem von der SPD veranstalteten „Forum Frieden“ rechnete der Abrüstungsexperte Anton-Andreas Guha kürzlich vor, daß ein 3. Weltkrieg auf europäischem Boden in der Bundesrepublik mindestens 10-15 Mio Tote sowie etwa 20 Mio meist unrettbar Verletzte zur Folge haben würde. Kein Wunder also, wenn sich immer mehr Menschen in die Bewegung gegen den Brüsseler Atomraketenbeschluß und die Neutronenbombe einreihen und die Bundesrepublik am 10. Oktober 1981 in Bonn wahrscheinlich die größte Friedensdemonstration ihrer Geschichte erleben wird.

1,2 Mio Menschen, so berichtete Ex-General Gert Bastian vor dem erwähnten SPD-Forum, haben sich hierzulande inzwischen dem Krefelder Appell angeschlossen, und für den 21. November d.J. hat die Krefelder Initiative nach Dortmund zu ihrem 2. Forum gegen die Nachrüstungspolitik aufgerufen. Nicht nur der Ökumenische Rat der Kirchen hat auf seiner letzten Sitzung die sofortige Einstellung des Baus der Neutronenbombe gefordert.

Auch Europas Schriftsteller, von Golo Mann bis Anna Seghers, sind beunruhigt über den Hochrüstungs- und Konfrontationskurs, der immer näher an den Rand des atomaren Abgrunds rückt:

„Die Menschheit soll jetzt an den verbrecherischen Gedanken gewöhnt werden“, heißt es in ihrem Appell vom August 1981, „daß ein begrenzter Atomkrieg führbar sei, mit neuen Raketen, Neutronenbomben, Marschflugkörpern etc.“

Wir setzen dagegen: mit Atomwaffen ist kein begrenzter Krieg führbar; er würde die ganze Welt vernichten.

Über Grenzen von Staaten und Gesellschaftssystemen hinweg richten wir an die Verantwortlichen den dringenden Appell, das Wettrüsten zu unterlassen und unverzüglich miteinander in Verhandlungen über weitere Abrüstung einzutreten.

Wir fordern die Weltöffentlichkeit auf, nicht zu resignieren, sondern sich mit verstärkter Energie für den Frieden einzusetzen. Handeln wir gemeinsam, damit Europa nicht zum atomaren Schlachtfeld eines neuen und dann letzten Weltkrieges wird.

Nichts ist so wichtig wie die Erhaltung des Friedens!!!

Jürgen Ostrowsky Südafrikas Zermürbungskrieg gegen Angola



August 1981: Südafrikanische Kampfhubschrauber in der angolischen Provinz Cunene; Abtransport eines angolischen Opfers südafrikanischer Bombenflüge

Südafrikanische Truppen und Söldner überfallen ein Land, verwüsten Ortschaften, ermorden hunderte von Menschen – zumeist Zivilisten. Was tut die „freie“ bundesdeutsche Presse? Sie albert herum: Da „dehnen (die) Südafrikaner ihre Angriffe aus“ – am 28. August 1981 –, um einen Tag darauf „ihre Truppen aus Angola zurück“zuziehen, die sich freilich seltsamerweise am 5. September 1981 noch immer in Angola befanden.¹

Immerhin: Trotz ihrer Rolle als geflissentliche Stenografen südafrikanischer Desinformationen waren auch diese Meinungsbildungsorgane gezwungen, von den angolischen Verlautbarungen Notiz zu nehmen und Zweifel an der südafrikanischen Version anklagen zu lassen, es handle sich um ein „Unternehmen begrenzten Ausmaßes“² gegen die Basen der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO).

Ein „unerklarter Krieg“ gegen die Volksrepublik Angola (VRA) wird seitens des südafrikanischen faschistischen Regimes seit 1975 geführt – damals vertrieben Truppen der angolischen Befreiungsbewegung MPLA und zu Hilfe gerufene kubanische Einheiten die Aggressoren und ihre Hilfstuppen, die sich Nationalunion für die völlige Befreiung Angolas (UNITA) nennenden Banden des Jonas Savimbi. Seither hat die VRA unter ständigen Angriffen Südafrikas und seiner UNITA-Schergen zu leiden.³

Seit Juli 1981 eskalierte Südafrika diesen Zermürbungskrieg. Teile des südlichen Angola waren faktisch besetzt und an der Grenze massierte das Apartheid-Regime Truppen. Verlautbarungen von südafrikanischen Militärs, berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 13. August d.J., „scheiden dazu bestimmt, die Bevölkerung Südafrikas auf die Möglichkeit eines bevorstehenden konventionellen Krieges gegen Angola vorzubereiten“. Wenige Tage später erfolgte der Überfall mit Unterstützung von Panzerfahrzeugen und Luftwaffe.

Die VRA rief schließlich den UN-Sicherheitsrat an und machte deutlich, daß sie nötigenfalls erneut die Verbündeten – Kuba und die UdSSR vor allem – zu Hilfe rufen werde, gestützt auf die in der UNO-Charta verbriefte Berechtigung hierzu. Die militärische Lage am 8. September d.J.: Unklar war, ob südafrikanische Truppen weitere Offensiven unternahmen, fest stand aber, daß sie sich in einem etwa 150 km breiten Streifen festgesetzt hatten.

Es handelte sich also mitnichten um eine „begrenzte“ Aktion, geschweige denn, daß sie sich auf SWAPO-Lager beschränkt hätte. Der Überfall galt der VR Angola selbst. Die neue Qualität des Übergangs zu einem konventionellen Krieg macht die FAZ schon frühzeitig mit dem beziehungsreichen Ausdruck „großangelegte Vorwärtsverteidigung“⁴ kenntlich. Militärische Aggressionen zu Anfang August d.J. gegen die Nachbarstaaten Lesotho und Sambia begleiteten die planvolle Zuspitzung der Lage.

Die mit der flagranten Verletzung aller Normen des internationalen Zusammenlebens verfolgten Ziele sind im wesentlichen keineswegs neu. Neu ist freilich die ungehemmte Aggressivität, mit welcher sie verfolgt werden.

Das strategische Hauptziel Pretorias ist die Lösung der Namibia-Frage in seinem Sinne, d.h. gegen die SWAPO und durch Installierung eines neokolonialen Regimes aus den Kollaborateuren der sog. Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA). „Der Sieg der SWAPO ist für uns unannehmbar“, erklärte der südafrikanische Verteidigungsminister Malan gegenüber dem US-Unterstaatssekretär für afrikanische Fragen, Crocker.⁵

Zur Realisierung dieses Ziels benötigt Pretoria Zeit, die es durch die Vernichtung der immer stärkeren SWAPO und durch Brechung der Solidarität der VRA mit der SWAPO zu gewinnen hofft. General Badenhorst, Kommandeur des Überfalls, erklärte: „Die SWAPO wird ... um Monate zurückgeworfen“⁶ – worin die Drohung enthalten ist, „zu gege-

bener Zeit" erneut zum Angriff überzugehen.

Die angolische revolutionäre Regierung von ihrer unverbrüchlichen Solidarität mit dem Befreiungskampf in Namibia wie in Südafrika selbst abzubringen, vermochten alle Aggressionsakte Südafrikas bislang nicht. Dem gegenwärtigen Überfall kommt insofern der Zweck zu, die Regierung in Luanda weiter zu destabilisieren, längerfristig zu stürzen.

Eine Etappe auf diesem Weg sowie ein Instrument zur Unterbindung der Guerillaaktivitäten der SWAPO stellt in der südafrikanischen Strategie die Errichtung einer „Pufferzone“ im südlichen Angola dar, wie die FAZ schon im Juli feststellte.⁷ Die Indizien sprechen dafür, daß eine derartige Zone – die durch die ständige Besetzung faktisch schon seit Juli d.J. ausgebaut wird – unter die Herrschaft der UNITA-Banden gestellt werden soll. So soll die UNITA in einer der besetzten Städte die Bildung einer „Gegenregierung“ planen. Noch deutlicher wurde Malan: In Südwestangola sei „ein Vakuum entstanden“, so daß die UNITA „ihren Herrschaftsbereich auch auf die südöstliche Cunene-Provinz ausdehnen“ werde.⁸

Die Erklärung stellt ungewollt klar, daß es der UNITA selbst nicht gelingen würde dort Fuß zu fassen – zu schweigen davon, daß außer notorischen Rassistenfreunden (z.B. G. Krabbe in der FAZ vom 29.8.1981) niemand die von dieser reklamierten Herrschaft über große Teile Südostangolas glaubt. Daß die UNITA keine eigenständige Kraft darstellt, sondern vielmehr vor allem eine aus Söldnern Südafrikas bestehende Marionettentruppe, wurde mehrfach – z.B. durch Berichte von Überläufern – nachgewiesen.⁹ Das hindert Blätter wie die Frankfurter Rundschau nicht, sie als „Unabhängigkeitsbewegung“ zu ehren,¹⁰ noch endete damit die Propagandakampagne für diese Mördertruppe.¹¹

Diese findet ihren Sinn allerdings in der aberwitzigen Forderung der Reagan-Regierung, die UNITA müsse als Vorbedingung für eine Verständigung mit der VRA an deren Regierung beteiligt werden.¹²

Die Dreistigkeit solcher Gepflogenheiten kann sich mit derjenigen Südafrikas messen, das seine Aggression mit der Anwesenheit der – 1975 zum Schutz gegen seine Invasion zu Hilfe gerufenen und dafür nach wie vor nötigen – kubanischen Truppen, der aus gleichem Grund erfolgten Stationierung von Flugzeugabwehrraketen sowie einem – ganz wie von Israel im Libanon – angemäßen Recht auf sog. Verfolgungsoperationen über die Grenzen hinweg begründete.¹³

Reagans Freibriefe für Pretoria

Gesteigerte Aggressivität in Worten und Taten erklären sich allein aus der Komplizenschaft mit der Reagan-Administration. Mit dem John Wayne-Verschnitt Ronald Reagan teilen die sich auf den deutschen Faschismus berufenden Apartheid-Fanatiker das primitive Weltbild. Seit R. Reagans Amtsantritt (im Januar 1981) folgten etliche gegenseitige Besuche, darunter der des Südafrika-Premiers Botha in Washington, Crocker in Pretoria sowie des DTA-Anführers Mudge in den USA. Sie festigten die geistigen Bande zur offenen Kumpanei, die denn auch inmitten der Aggression zu einem offenen Lob Bothas für die Beziehungen zu den USA führte.¹⁴

Damit ist auch die zeitliche Parallelität zur US-Provokation gegen Libyen, den ausgedehnten Flottenmanövern von NATO-Einheiten zusammen mit solchen aus Argentinien oder Brasilien und zum US-Interventionismus in Mittelamerika kein Zufall, sondern Teil des Reagan-Konzepts ständiger Herausforderungen. US-Senator Lugar: Mittelamerika und Angola seien geeignete Objekte, um durch gezielte Provokationen „die Glaubwürdigkeit unseres Willens zur Selbstverteidigung“ zu demonstrieren.¹⁵

USA-Südafrika: Geheimprotokoll Botha, Malan und Crocker

TEILNEHMER: für Südafrika
Außenminister Pík Botha
Verteidigungsminister Magnus Malan

für die USA
Staatssekretär Crocker
Alan Keyes, S/P

DATUM: 15./16. April 1981

ORT: Pretoria

GEGENSTAND: Diskussionen mit der südafrikanischen Regierung

KOPIEN AN: AF, IO – McElhaneý, S/P-Keyes, AF/S



Vnr.: P. Botha, Ch. Crocker, M. Malan

Zu den Beziehungen USA – Afrika

(...) Crocker antwortete, daß die jetzige Administration (in Washington; d. Red.) gegenüber dem Druck von außen mehr Rückgrat hätte als die vorherige. Die USA haben viele verschiedene Interessen und Verantwortlichkeiten. Wir stehen aber dafür gerade, was uns richtig erscheint. Unser Ziel ist es, das Vertrauen der südafrikanischen Regierung zu erhöhen.

Gegen Ende der Diskussion kam Botha im Zusammenhang mit Angola auf die Vertrauensfrage zurück. Er sagte, er wäre den USA gegenüber; aufgrund der Art wie sie die südafrikanische Regierung 1975 in Angola fallengelassen hätten, mißtrauisch. Er wies darauf hin, daß die südafrikanische Regierung (SAG) mit Unterstützung der US-Regierung (USG) in Angola einmarschiert sei, danach hätten die USA einer Verurteilung in der UNO zugestimmt. (...)

Zur Streitfrage Namibia/Angola

Malan erklärte entschieden, daß die SAG die Aussicht auf einen SWAPO-Sieg, der sowjetisch-kubanische Streitkräfte nach Walvis Bay bringen würde, nicht akzeptieren könne. Das wäre das Ergebnis jeder Wahl, in der die SWAPO eine dominierende Position erreichen würde. Von daher wäre jeder SWAPO-Sieg im Kontext eines politischen Systems à la Westminster unannehmbar.

Namibia benötigt ein föderales System. SAG schließt eine international annehmbare Lösung nicht aus, kann aber mit einem SWAPO-Sieg, der der SWAPO unkontrollierte Macht beschert, nicht leben. Botha behauptete, daß eine Ovambo-Vorherrschaft nach der Wahl zu einem Bürgerkrieg führen würde. (...)

SAG sieht Savimbi als Puffer für Namibia. SAG glaubt, daß Savimbi Südafrika haben will. Da sie ihn bisher unterstützt haben, würde es die Ehre der SAG verletzen, wenn Savimbi Schaden zugefügt würde. (...)

Malan erklärte, es sei die Auffassung der SAG, daß die Situation um Angola/Namibia Problem Nr. 1 im Südlichen Afrika ist. Angola ist ein Ort, wo die USA die sowjetisch-kubanische Präsenz in Afrika zurückdrängen können. Daher die Notwendigkeit die Kubaner loszuwerden, und der Unterstützung der UNITA. Die UNITA wird immer stärker, während die SWAPO militärisch schwächer wird.

In seiner Antwort stimmt Crocker bezüglich des Zusammenhangs Angola/Namibia zu. Die USG glaubt, daß es möglich wäre, die Beziehungen zwischen den USA und Südafrika zu verbessern, wenn

Namibia nicht länger eine Streitfrage wäre. Wir suchen eine Lösung, aber eine in unserem Interesse, auf der Basis demokratischer Grundsätze. Unsere Ansicht ist die, daß Südafrika unter keinem unmittelbaren militärischen Druck steht, Namibia zu verlassen. Die Entscheidung liegt bei SAG. Und es müssen Wege gefunden werden, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Die USG nimmt an, daß die sowjetisch-kubanische Präsenz eines dieser Anliegen ist und wir suchen nach Wegen, sie im Zusammenhang mit einer Namibia-Lösung zu beseitigen. Wir stimmen zu, daß die UNITA ein wichtiger Faktor in der Angola-Frage ist. Wir glauben, daß es ohne eine Versöhnung zwischen UNITA und MPLA keinen Frieden in Angola geben kann. Wir sehen keine Aussicht für einen militärischen Erfolg der UNITA. Wir müssen etwas in Richtung auf eine Versöhnung bewegen, indem wir auf eine Spaltung innerhalb der MPLA setzen.

In Bezug auf Namibia geht die USG davon aus, daß die Verfassung eine wichtige Streitfrage ist, die vor Wahlen gelöst werden muß. Die Verfassung würde Minderheitsrechte und demokratische Prozesse garantieren. Wir haben gesagt, daß wir an die UN-Resolution 435 als Basis für das Erreichen der Unabhängigkeit Namibias glauben, aber nicht für eine vollständige Lösung. Wir möchten den Anliegen der SAG entgegenkommen und gleichzeitig die Ansichten der anderen Seite berücksichtigen. Wir können Resolution 435 nicht ohne große Schwierigkeiten über Bord werfen. Wir möchten deshalb, statt abzulegen, lieber ergänzen.

Malan griff die Namibia-Frage auf. Die Internationalisierung des Problems stelle die größte Schwierigkeit dar. Er sprach von dem außerordentlichen Mißtrauen gegenüber der UNO in Südafrika. Er stellte die Einbeziehung Südafrikas und der Frontstaaten bei der Suche nach einer Lösung in Frage und machte geltend, die SWAPO und die internen Parteien sollten dies tun.

Er stimmte der Notwendigkeit einer Verfassung zu. Aber Resolution 435 kann es nicht erreichen. Je länger die Lösung der Namibia-Frage dauert, desto weniger wird die südafrikanische Anwesenheit erforderlich sein. Wir werden ein Stadium erreichen, wo die internen Kräfte Namibias die SWAPO militärisch besiegen können. (...)

Gewillt, den Preis des Krieges zu zahlen

(Crocker, d. Red.): Wenn das mit Namibia weitergeht, wird Süd/Zentralafrika den Sowjets geöffnet. Ein auf kleiner Flamme kochender Konflikt ist nicht annehmbar. (...) Wir glauben, daß eine Konferenz à la Lancaster nichts erreichen kann. Wir sehen eine Expertenrunde, die sich mit allen Verhandlungsparteien berät, eine Verfassung schreibt und diese dann durch die Kontaktgruppe verkauft. Mit Hilfe der SAG könnten wir sie an die internen Parteien verkaufen. (...)

Botha betonte die Notwendigkeit der Führungsrolle der USA und der Beratung mit den internen Parteien in Namibia. Botha sagte abschließend, daß die SAG Namibia nicht den falschen Weg gehen lassen will; deshalb ist Südafrika gewillt, den Preis des Krieges zu bezahlen.

Wir beten und hoffen auf eine für uns günstige Regierung. Die internen Parteien möchten uns nicht gehen lassen bis sie in der Lage sind, die Situation zu kontrollieren. Wir möchten eine anti-sowjetische schwarze Regierung. (...)

(Quelle: Counter Spy, Washington, Nr. 4/August-Oktober 1981, S.50-54)



Yankee und Apartheidregime: „Laßt uns unsere Bande enger knüpfen!“

Wie zum Beweis für die Weltverschwörungsideen der US-Regierung – kurz vor der UN-Sicherheitsratstagung – präsentierte Südafrika denn auch einen gefangenen sowjetischen Militärberater aus Angola, um von der eigenen Aggressionsrolle abzulenken. Washington reagierte prompt mit „erhöhter Besorgnis“¹⁶ und behielt ansonsten seine Position bei, „Gewalt von jeder Seite zu beklagen“ und zynisch darauf zu verweisen, daß man schließlich die Präsenz kubanischer Truppen und sowjetischer Berater gleichfalls berücksichtigen müsse. Mit eben dieser Begründung legten die USA dann auch im UN-Sicherheitsrat ihr Veto gegen eine Verurteilung Südafrikas ein – ein Freibrief für das Rassistenregime.

Wenig Grund zur Selbstgefälligkeit Bonns

Die Bundesregierung erklärte ihre Verurteilung des Angriffs und ließ wissen, im UN-Sicherheitsrat hätte man als Mitglied ebenso abgestimmt. So begrüßenswert die klare Aussage ist, so wenige Grund besteht zu eitler Selbstgefälligkeit Bonns. Die Bundesrepublik war es, die z.B. erst angesichts der Niederlage Südafrikas in Angola 1976 die MPLA-Regierung als eins der letzten europäischen Länder anerkannt hatte. Die Bundesregierung war es und ist es nach wie vor, die Südafrika wirtschaftlich und finanziell sowie durch völkerrechtswidrige Waffenlieferungen unterstützt. Erst Ende Juni d.J. veröffentlichte die Anti-Apartheid-Bewegung eine Zusammenstellung (Wortlaut nachstehend), nach der die BRD u.a. Motoren für Raketenschnellboote, eine Munitionsabfüllanlage der Firma Rheinmetall sowie Schwertransporter und „Unimog“-Mehrzweckfahrzeuge an Südafrika geliefert hatte.¹⁷

Und schließlich hat die Bundesregierung auch jetzt noch nicht erkennen lassen, daß sie von ihrer Politik lediglich verbaler Verurteilungen und der Verweigerung realer Schritte gegen das verbrecherische Apartheidregime (so bei allen UNO-Abstimmungen) abzugehen gewillt ist, insbesondere in der Frage eines Wirtschaftsboykotts gegen Südafrika, den die UN-Mehrheit seit langem fordert.

Südafrikas Aggression ist letztlich zum Scheitern verurteilt. Im Südlichen Afrika jedoch droht ein allgemeiner Konflikt mit großen Risiken für den Weltfrieden, denn das Amok laufende Rassistenregime – gestützt auf den Rückhalt einer von dilettierenden kalten Kriegern geführten US-Regierung – ist aufgrund seiner zunehmenden Bedrohung durch den Befreiungskampf aggressiv und deshalb so gefährlich. Solidarität mit der VR Angola und den anderen Frontstaaten, der SWAPO und dem südafrikanischen Nationalkongreß ANC ist deshalb dringende Friedenspolitik.

Anmerkungen:

- 1) Rheinische Post, Düsseldorf, 28. und 29.8.1981; Süddeutsche Zeitung, 31.8.1981; Rheinische Post, 5.9.1981
- 2) Frankfurter Rundschau (FR), 31.8.1981
- 3) Vgl. Kommissionsberichte in: AIB 5/1981, S. 11-15
- 4) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.7.1981
- 5) Afrique Asie, Paris, 31.8.1981, S.15. Zum Komplex Namibia-Lösung vgl. den Beitrag v. H. Mayer in diesem Heft.
- 6) Süddeutsche Zeitung (SZ), 3.9.1981
- 7) FAZ, 15.7.1981
- 8) FAZ, 5.9.1981
- 9) Vgl. z.B. Covert Action, New York, Nr. 13/1981, S. 10 u. 16/17
- 10) FR, 26.8.1981
- 11) Vgl. z.B. Interview mit J. Savimbi in: Newsweek, New York, 7.9.1981, S. 56
- 12) Afrique Asie, a.a.O., S. 14
- 13) Vgl. ebenda, S. 13; Der Spiegel, Nr. 36/31.8.1981, S. 107; FAZ, 29.8.1981
- 14) SZ, 1.9.1981
- 15) Vorwärts, Basel, 3.9.1981
- 16) International Herald Tribune, 31.8., 1.9. und 2.9.1981
- 17) Vgl. Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 7/1981, S. 17/18; Unsere Zeit, 31.8.1981

Die Namibia-Initiative in Trümmern

Über die Angola-Invasion im Jahr 1975, so haben die Südafrikaner in ihrem Gespräch mit dem amerikanischen Unterstaatssekretär Chester Crocker im April d.J. freimütig zu verstehen gegeben (siehe Kasten), waren die USA informiert. Dieses Mal, so vermutet der ehemalige Chefredakteur der südafrikanischen Rand Daily Mail, Allister Sparks, hätten sich die USA vielleicht ganz bewußt entschieden, Südafrika freie Hand zu lassen.¹

Der verzweifelte Versuch des US-Außenministers Alexander Haig, das Veto der USA gegen eine Verurteilung der südafrikanischen Aggression im UN-Sicherheitsrat im Nachhinein mit beträchtlichen Fortschritten in der Namibia-Frage zu rechtfertigen, kann nicht verfangen.² Denn die angebliche Bereitschaft Südafrikas die Resolution 435 (siehe Kasten) als Grundlage einer Namibia-Lösung zu akzeptieren, ist der Stand von 1978.

Damals hatte die westliche Kontaktgruppe („Fünferbände“ genannt)³ ihren Namibia-Plan vorgelegt. Die westliche Kontaktgruppe steht damit heute wieder am Ausgangspunkt ihrer Bemühungen – eine vernichtende Bilanz. Dazwischen liegen 4 Jahre, in denen die Republik Südafrika (RSA) – immer mit der Unterstützung eines westlichen Vetos im Sicherheitsrat – die Verhandlungen dauerhaft lahmlegen konnte und gleichzeitig die „interne Lösung“ vorantrieb.

Pretorias Hinhalten der „Fünferbände“

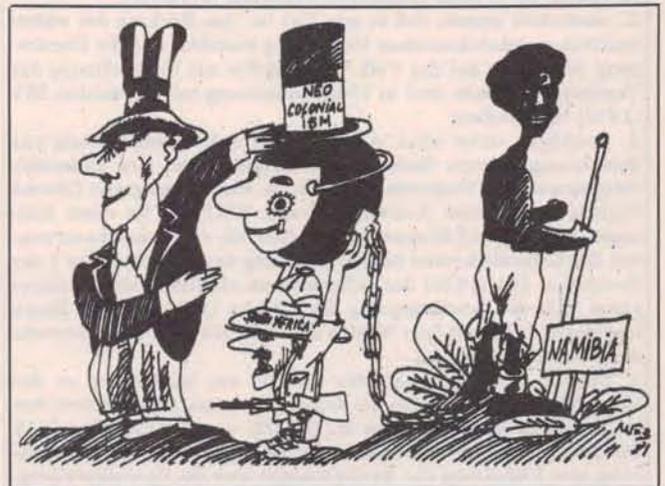
Es wäre freilich verkürzt, wollte man die Erhaltung des Status quo ins Zentrum der damaligen politischen Überlegungen der westlichen Kontaktgruppe stellen. Die Gründung der Kontaktgruppe im Frühjahr 1977 war im wesentlichen ein Versuch gewesen, zwischen den grundlegenden Differenzen von UNO und Südafrika zugunsten der eigenen strategischen, vor allem aber ökonomischen Interessen zu vermitteln.

Dies war nach der Ablehnung des Lösungsvorschlags auf der Basis der Resolution 385 durch Südafrika Ende 1976 und wegen des Widerstands einer UN-Mehrheit gegen eine – zeitweise auch von den USA protegierte – Interimsregierung in Windhoek/Namibia notwendig geworden, um drohende Sanktionen gegen Südafrika abzuwenden. Die teilweise Ausschaltung der UNO begünstigte Pretorias Bereitschaft, die Verfassungsverhandlungen in Windhoek vorläufig zu stornieren und der Namibia-Initiative zuzustimmen.

Von November 1978 an galt die von der Kontaktgruppe ausgearbeitete Resolution 435 als neue Grundlage einer Namibia-Lösung. Die Resolution 385 war endgültig vom Tisch, als auch die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) auf Druck der arg bealsteten Frontstaaten der neuen Verhandlungsgrundlage zustimmte. Mit ihrer Verabschiedung im UN-Sicherheitsrat hatte die RSA wesentliche Zugeständnisse erhalten, die im Ergebnis eine Schwächung der UNO in der Übergangphase beinhalteten.

Die weltpolitischen Veränderungen mit der Zuspitzung der ökonomischen Krise führten allmählich wieder zu einer stärkeren Annäherung der Standpunkte der westlichen Kontaktgruppe und der südafrikanischen Regierung Botha.

Der Wahlsieg Ronald Reagans verhalf dieser Tendenz letztendlich zum Durchbruch. Im Aufwind der neuen außenpolitischen Aggressivität Washingtons konnte es sich Pretoria



leisten, die Genfer Namibia-Konferenz mit der Ablehnung der Resolution 435, der sie noch 1977 im Grundsatz zugestimmt hatten, schlichtweg platzen zu lassen.

Indessen wußte auch die westliche Kontaktgruppe aus Berichten ihrer Geheimdienste, daß begünstigt durch den Wahlsieg Robert Mugabes in Zimbabwe (März 1980) und durch die aktuelle Schwäche der Demokratischen Turnhallenallianz (DTA) in Namibia jede Wahl unter UN-Aufsicht von der SWAPO gewonnen werden würde. Es lag im beiderseitigen Interesse, den Verhandlungsprozeß auf eine neue Grundlage zu stellen.

Dem zunächst vorsichtigen Abrücken von der Resolution 435 in offiziellen Reden seitens der Westmächte folgte angesichts der Verbitterung in der UNO eine geradezu hektische Reisediplomatie, wie sie auch für die Kissinger-Ära typisch gewesen war. Während nach außen noch von einem Meinungsbildungsprozeß der Reagan-Administration gesprochen wurde, war über die neue US-Politik im Südlichen Afrika jedoch längst entschieden.

Scheitern der Genfer Namibia-Konferenz

Dessenungeachtet fuhr Pretoria mit seiner Hinhaltenaktik fort und begann im September 1977 wieder mit den Vorbereitungen für eine interne Lösung. Trotz der strategischen Differenzen mit der westlichen Kontaktgruppe, die eher eine neokoloniale Lösung mit internationaler Anerkennung anstrebte, war die RSA aufgrund der bedeutenden ökonomischen Interessen, die für den Westen in Südafrika auf dem Spiel stehen, mit dieser Taktik erfolgreich. Unter dem Druck der Westmächte erreichte die RSA bis zur Genfer Namibia-Konferenz im Januar 1981 gar eine Reihe weiterer Konzessionen (siehe AIB 6/1980 und 3/1981).

Schon 1979 hatte Chester Crocker in einer Studie für das US-Verteidigungsministerium betont, daß die Afrikapolitik der USA vorrangig die globalstrategischen Auseinandersetzungen zu berücksichtigen habe.⁴ In dem Ende Mai 1981 der New York Times zugespielten grundlegenden Strategiepapier, das Ch. Crocker Anfang Februar d.J. erstellt hatte, wurde dann das völlige Abrücken der USA von der Resolution 435 offenbar.⁵

Nach Ch. Crockers Auffassungen ist Namibia ein zentraler

UN-Sicherheitsrat Resolution 435 vom 29.9.1978

Der Sicherheitsrat (...)

1. billigt den Bericht des Generalsekretärs (S/12827) zur Durchführung des Vorschlags für eine Regelung der Lage in Namibia (S/12636) sowie seine erläuternde Erklärung (S/12869);
2. wiederholt erneut, daß es sein Ziel ist, den Rückzug der widerrechtlichen südafrikanischen Verwaltung Namibias und die Übertragung der Macht auf das Volk von Namibia mit Unterstützung der Vereinten Nationen und in Übereinstimmung mit Resolution 385 (1976) zu erreichen;
3. beschließt, unter seiner Autorität und in Übereinstimmung mit dem obengenannten Bericht des Generalsekretärs eine Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit (United Nations Transitional Assistance Group, UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu 12 Monaten zu schaffen, die den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs bei der Erfüllung des ihm mit Ziffer 1 der Resolution 431 (1978) des Sicherheitsrats erteilten Auftrags unterstützt, d.h. der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie und faire Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen;
4. begrüßt die Bereitschaft der SWAPO zur Mitwirkung an der Durchführung des Berichts des Generalsekretärs, insbesondere ihre im Schreiben des Präsidenten der SWAPO vom 8. September 1978 (S/12841) bekundete ausdrückliche Bereitschaft zur Unterzeichnung und Einhaltung der Bestimmungen über die Feueereinstellung;
5. fordert Südafrika auf, den Generalsekretär unverzüglich bei der Durchführung dieser Resolution zu unterstützen;
6. erklärt, daß alle einseitigen Maßnahmen der widerrechtlichen Verwaltung in Namibia im Zusammenhang mit dem Wahlvorgang, einschließlich der einseitigen Wählerregistrierung, oder eine Übertragung der Macht unter Verstoß gegen die Resolutionen des Sicherheitsrats 385 (1976), 431 (1978) und gegen diese Resolution null und nichtig sind;
7. ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat spätestens am 23. Oktober 1978 über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

Abstimmungsergebnis: 12 Für, 0 Nein, 2 Enthaltungen
(Quelle: Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 4/1979, S. 147-148)

Schauplatz des Kalten Krieges. Jedwede Lösungsstrategie muß daher den westlichen globalen Interessen untergeordnet sein. Die illegale Besetzung Namibias durch die RSA ist – ganz abgesehen von den legitimen Rechten der Mehrheit der namibischen Bevölkerung – demgemäß von zweitrangiger Bedeutung.

Crocker-Plan: zuerst Angola schlagen

In den Mittelpunkt rückte stattdessen die für den Westen ungelöste Angola-Frage. Durch den Abzug der kubanischen Truppen und die Aufnahme der UNITA in eine Koalitionsregierung, so verlangte es der Crocker-Plan, solle der Weg für eine Namibia-Lösung eröffnet werden. Der zweite Schritt des Plans zielte auf eine innenpolitische Stabilisierung in Namibia zugunsten der neokolonialen Interessen.

Vor allem galt es, den Einfluß der SWAPO durch die Beseitigung der UN-Überwachung in der Übergangsphase durch vorgezogene und verfassungsmäßige Garantien bei gleichzeitiger Stärkung der DTA in einer 12-18 monatigen Vorbereitungsphase entscheidend zurückzudrängen.

Ch. Crocker sah zu diesem Zeitpunkt noch die Chance mit entsprechendem ökonomischem und politischem Druck eine ausreichende Unterstützung von einer Reihe afrikanischer Staaten zu erhalten. Der Widerstand, der ihm auf seiner Afrika-Reise im April d.J. jedoch entgegenschlug, zwang zu einer vorsichtigeren Herangehensweise. Geändert wurden freilich nur Nuancen, wie der Gesprächsleitfaden, den Ch. Crocker Mitte Mai d.J. für Alexander Haigs Verhandlungen mit dem südafrikanischen Außenminister Pik Botha in Washington erstellte, belegt.⁶

Dagegen waren die Meinungsunterschiede mit Südafrika nach dem Crocker-Plan auf ein Minimum geschrumpft. Sie bestanden nurmehr in der unterschiedlichen Einschätzung eines langandauernden Guerillakriegs: für die USA aus globalstrategischen Überlegungen ein Zustand der den Vormarsch der Sowjetunion eher beschleunige als zurückdränge. Kein Wunder also, daß die RSA eine Lösung im Rahmen der amerikanischen Vorschläge für möglich erachtete.

Erst die Außenministertagung der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) in Nairobi Ende Juni 1981 brachte die Wende. Innerhalb der westlichen Kontaktgruppe deuteten sich gleichzeitig die ersten Risse an. Die USA konnten als eigentlicher Verhandlungsführer der „Fünferbande“ ihre Position nach dem Wahlsieg der Sozialisten in Frankreich nicht mehr unwidersprochen durchsetzen.

Auf der NATO-Ratstagung in Rom im Mai d.J. ließ das Kommuniqué noch verlauten, daß zusätzliche Vorschläge nötig seien, um die Verhandlungen wieder in Gang zu setzen, womit man die grundsätzliche Veränderung der Resolution 435 kaschierte. Anfang August d.J. sprach sich dann Frankreich offen gegen eine Verbindung zwischen dem Abzug kubanischer Truppen und der Namibia-Lösung aus.⁷ Auch der kanadische Ministerpräsident scherte wenig später aus der gemeinsamen Front der Kontaktgruppe aus und stellte sich voll hinter die ursprüngliche Namibia-Initiative.⁸ Während die RSA ab Mitte Juli d.J. ihre Angriffe gegen Angola verschärfte und die DTA unter Dirk Mudge sowie der südafrikanische Generaladministrator Hough sich in Washington die Türklappen in die Hand gaben, wick die US-Regierung in Teilbereichen erstmals vor dem internationalen Druck zurück.

Zwei Wochen vor der für Anfang September 1981 angesetzten Sondersitzung der Vereinten Nationen zu Namibia sah Südafrika deshalb den Zeitpunkt gekommen, sich mit dem Schlag gegen Angola kurzfristig Luft zu verschaffen.

Es wird darüber spekuliert, ob die RSA die Reagan-Administration vollends auf ihre strategische Linie festlegen wollte, um ihr damit auch den Rückzug auf die Resolution 435 zu verbauen. Fest steht, daß sich der Angriff auf Angola hinsichtlich seiner Ziele völlig im Rahmen des US-amerikanischen Konzepts bewegte. Eine beiden Seiten angenehme, d.h. ihren Interessen entsprechende Neuregelung der Namibia-Lösung war nicht mehr durchsetzbar. Das gilt auch und insbesondere für ihre globalstrategischen Aspekte.

Der militärische Schlag gegen Angola sicherte wenigstens den regionalen Status quo für einen gewissen Zeitraum. Zweifellos ist die SWAPO durch die Zerstörung großer Teil der militärischen Infrastruktur in Südafrika empfindlich geschwächt worden. Ihre Guerilla-Aktivitäten gegen die südafrikanischen Besatzungstruppen in Namibia werden dementsprechend eingeeignet. Auch sind die politischen Konsequenzen in Namibia noch nicht absehbar. (Genauere Einschätzung folgt.)

Gleichwohl hat die SWAPO internationalen Boden gut gemacht. Militärische Aggressivität oder ökonomischer und politischer Druck durch die RSA und die Reagan-Administration sind heute keine geeigneten Mittel mehr, um die Mehrheit der UN-Staaten zu einem weiteren Nachgeben in der Namibia-Frage zu zwingen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Die Zeit, 4.9.1980
- 2) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 8.9.1981
- 3) USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und Bundesrepublik Deutschland
- 4) Vgl. Counterspy, Washington, Nr. 4/August-Oktober 1981, S.31
- 5) Vgl. SWAPO of Namibia, Information & Comments, Stockholm, Juni 1981
- 6) Vgl. ebenda, Special Issue
- 7) Vgl. Facts and Reports, Amsterdam, 21.8.1981
- 8) Vgl. Ethiopian Herald, Addis Abeba, 14.8.1981

Anti-Apartheid-Bewegung

Neue Waffenlieferungen an das Apartheid-Regime

Die Bundesrepublik Deutschland hat entscheidend zum Aufbau des konventionellen und atomaren militärischen Potentials des Apartheid-Regimes in Südafrika beigetragen.

Das verbindliche Waffenembargo des UN-Sicherheitsrates gegen Südafrika wurde im November 1977 auch mit der Stimme der Bundesregierung verabschiedet (Resolution 418 (1977) SC). Dennoch dauern die militärischen Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland an Südafrika weiter an. Geliefert wurden u.a. (siehe Anhang):

- Isotopenmeß- und Steuerungssysteme für die nicht internationaler Kontrolle unterworfenen Urananreicherungsanlage;
- sensitive Kompressoren für die Urananreicherungsanlage;
- eine Munitionsfüllanlage;
- 3.000 Militärlastwagen;
- Fertigungsanlage Atlantis Diesel Engineering für Motoren für Militärfahrzeuge, errichtet durch Daimler-Benz.

Ein weiteres Beispiel für die andauernde militärische Zusammenarbeit Bundesrepublik – Südafrika ist die kürzlich erfolgte Lieferung von zwei Minenkampfböten sowie die Lizenzierung für den Bau solcher Boote in Südafrika.

Die beiden Boote, offiziell als „Forschungsschiffe“ deklariert, sind im Mai¹ bzw. im Oktober 1980² von der Bundesrepublik an Südafrika ausgeliefert worden. Im selben Zeitraum wurden Südafrika auch Lizenzen für den Bau weiterer Boote dieses Typs erteilt.³

Die Boote sind 49 m lang und 9 m breit.¹ Sie werden durch zwei unmagnetische³ MTU Diesel⁴ angetrieben und sind mit Voith-Schneider-Propellern³ ausgerüstet. Außerdem sind sie mit einem MES-Entmagnetisierungssystem von Siemens⁵ und einem schräg wirkenden Sonarsystem³ ausgestattet. Die Bootskörper sind aus Holz gefertigt. Sie tragen einen großen dreifüßigen Radaranlagenträger und neben dem Peildeck zwei Plattformen zum Signalisieren mit Flag-

Anhang

Lieferungen von Waffen und dazugehörigem Material aus der Bundesrepublik Deutschland sowie deren Transport an das Apartheid-Regime vom 4. November 1977

Die Bundesregierung genehmigt nach eigener Aussage die Ausfuhr von unter den Abschnitten A (Waffen, Munition und Rüstungsmaterial) und B (Kernmaterial) der Ausfuhrliste aufgeführten Produkte nach Südafrika nicht, wohl aber „sonstige Waren von strategischer Bedeutung“, die unter C der Ausfuhrliste als genehmigungspflichtig aufgeführt sind. (Brief des Bundesministers für Wirtschaft, V A 4 – 932 592, vom 5. Februar 1979 an A.H., Neuwied)

Dies stellt eine Fehlinterpretation des Waffenembargos des UN-Sicherheitsrates vom 4. November 1977, Resolution 418, dar. Diese Entschließung verbietet nämlich die Belieferung Pretorias mit „Waffen und dazugehörigem Material aller Art“ sowie mit Anlagen zu deren Herstellung.

Unter C der Ausfuhrliste sind zum Beispiel aufgelistet: Maschinen für die Herstellung von Flugzeugen (1081), Spezialmaschinen für die Fertigung von Strahltriebwerken (1086), Anlagen für die Erzeugung militärischer Sprengstoffe und fester Treibmittel (1118), Windkanäle (1361), Schiffe, deren Rumpf und Antriebsmaschinen ganz oder überwiegend aus nichtmagnetischen Stoffen bestehen (1416 c), neue Schiffe mit Decks oder Plattformen, besonders konstruiert oder verstärkt für die Aufnahme von Waffen (1416 c,d), Flugzeuge und Hubschrauber, Flugzeugmotoren (1460), Navigations-, Funkpeil-, Radar- und Bord-Nachrichtengeräte (1561), Unterwasserortungsgeräte (1510), Fernmeß- oder Fernsteueranlagen für bemannte oder unbemannte Luftfahrzeuge, Raumfahrzeuge oder gelenkte oder ungelenkte Waffen (1518), Laser oder Lasersysteme (1522), Chiffriermaschinen (1527).

Derartige Geräte und Anlagen dürfen also nach Aussage der Bundesregierung nach Südafrika gelangen.

Bisher bekannt gewordene Lieferungen:

1) Die Ausfuhrstatistik des Bundesamtes für Statistik in Wiesbaden nennt für den Zeitraum von Dezember 1977 bis Oktober 1979 die Ausfuhr folgender Erzeugnisse aus der Bundesrepublik nach Südafrika, deren Export nach I A der Ausfuhrliste der Bundesregierung ver-

boten ist: 194 Revolver, drei Jagdbüchsen, 900 kg Jagdpatronen, 8.000 kg Sportpatronen, 13.700 kg Kartuschen, 15.600 kg Patronenhülsen, 1.200 kg Geschosse, 138.400 kg andere Waffen, 1.600 kg Teile aus Metall für andere Waffen.

2) Die Bremer Firma Varian MAT lieferte noch nach November 1977 mehrere Massenspektrometer für die südafrikanische Urananreicherungsanlage. In ihrem Prospekt von 1978 beschreibt Varian MAT diese Geräte als „UF-Meßsystem, vollautomatisch arbeitendes Meß- und Überwachungssystem zur kontinuierlichen Bestimmung des Isotopenverhältnisses 235 U/238 U an UF₆-Gas. Es wurde speziell für die Betriebsüberwachung in Anreicherungsanlagen konstruiert.“

Die Lieferung dieser Massenspektrometer verstößt insbesondere gegen den Atomwaffensperrvertrag (NPT, Artikel III, 2 b; INFIRC/209 Memorandum B 2.5.1.), weil es sich um ein vollautomatisch arbeitendes Überwachungsgerät handelt und weil Südafrika weder den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat, noch seine Urananreicherungsanlage einer Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) unterstellt.

Darüber hinaus war der Export der Massenspektrometer gemäß Ausfuhrliste I B 0118 in Zusammenhang mit „Anwendung der Ausfuhrliste“ ohne Genehmigung verboten. Außerdem werden diese Spektrometer durch integrierte Computer gesteuert, deren Export ebenfalls ohne Genehmigung verboten ist. (...)

3) In der ersten Jahreshälfte 1978 lieferte die Firma MAN/GHH Verdichter für die Urananreicherungsanlage nach Südafrika. Diese Lieferung stellt ebenfalls eine Verletzung des Atomwaffensperrvertrags dar (NPT Artikel III, 26; INFIRC/209/Mod.1, Dezember 1978, 2c). (...)

4) Im Dezember 1977 lieferte die Münchner Firma Steigerwald eine Elektronenstrahlperforiermaschine zur Metallbearbeitung in der südafrikanischen Urananreicherungsanlage nach Südafrika. Aufgrund ihrer strategischen Bedeutung fällt diese Maschine unter die Bestimmungen der Ausfuhrliste I C. Der Verkauf eines solchen Geräts an die Sowjetunion war verboten worden. Die Bundesregierung ist der

gen.² Der Farbanstrich der Boote ist grau oberhalb und blau unterhalb der Wasselinie.⁶ Darüber hinaus sind sie mit einem Kran ausgerüstet.⁴

Die Schiffe entsprechen in ihrer Konstruktion den Minenkampfböten der „Schütze“-Klasse der Bundesmarine, die von der Werft Abeking & Rasmussen in Lemwerder gebaut worden sind. Auch die beiden Boote für Südafrika wurden von Abeking & Rasmussen hergestellt und über Bremerhaven an die Kriegsschiffswerft Sandock Austral⁴ in Maydon Wharf auf Salisbury Island/Durban geliefert. Das erste Boot wurde auf der von der Bremer Hansa-Linie gecharterten „Uhenfels“ transportiert,¹ das zweite auf der von der Rotterdamer Mammut Reederij gecharterten „Happy Rider“.²

„Rein zivile Forschungsschiffe“?

Bereits 1974 hatte Südafrika bei Abeking & Rasmussen die Lieferung von Bootskörpern für Minensuchboote beantragt. Bewaffnung und Elektronik sollten in Südafrika hinzugefügt werden. Das Auswärtige Amt hatte damals der Erteilung einer Exportgenehmigung angeblich nicht zugestimmt.⁷ Im „1977 White Paper on South African Defence“ der südafrikanischen Regierung hatte es dann geheißt, Südafrika erwäge jetzt die Anschaffung neuer Minenkampfböten. Ebenfalls 1977 genehmigte die Bundesregierung der Firma Abeking & Rasmussen den Export von „Forschungsschiffen“ nach Südafrika.⁸

Die Exportgenehmigung für die 1980 ausgelieferten „Forschungsschiffe“ war aufgrund des Außenwirtschaftsgesetzes erforderlich. Die Ausfuhrliste (AL) zur Außenwirtschafts-



Bundesdeutsche Militär-Lkws bei der Verschiffung von Bremen nach Durban

verordnung vom 7. Dezember 1976, Teil I A, 0004 b und 0009 a, b, c verbietet den Export von Schiffen, Unterwasser-schiffen, die für Angriffs- oder Verteidigungszwecke gebaut sind,⁹ von Unterwasserortungsgeräten,¹⁰ von Schiffen mit Rumpfen oder Antriebsmaschinen aus vorwiegend unmagnetischen Materialien oder von MES-Systemen¹¹ ohne besondere Genehmigung.

Auf Anfrage der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) antwortete der für die Erteilung der Exportgenehmigung zuständige Bundeswirtschaftsminister:

„Bei den beiden von der Werft Abeking & Rasmussen im Jahre 1980 nach Südafrika gelieferten Einheiten handelt es

Meinung, der Export dieser Maschine nach Südafrika könne ohne Genehmigung erfolgen (Zur Sache, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, Oktober 1978, S.22). (Ausfuhrliste AL I C 1091, 1204)

5) Ebenfalls noch nach dem 4. November 1977 lieferte die Firma MTU, Friedrichshafen, Spezialmotoren aus unmagnetischem Material für Südafrikas Raketenschnellboote Typ „Ramta“. Die Bundesregierung behauptet in diesem Fall, die Motoren von MTU seien „nicht ohne weiteres genehmigungspflichtig, da solche Motoren keine Spezialkonstruktionen“ darstellten. (Zur Sache, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1978, S.35). Eine Genehmigungspflicht ergibt sich aus Ausfuhrliste I A 0009.

6) Seit Januar 1978 liefert die Ulmer Firma Magirus Deutz jährlich 1.000 Militärlastwagen vom Typ 130 M 7 FAL, 130 M 7 FL, 192 D 12 AL, und 320 D 21 AL, für insgesamt etwa 50 Mio DM nach Südafrika. In der „Programmübersicht Militärfahrzeuge (1980)“ von Magirus Deutz sind die Typen 130 M 7 FAL und 192 D 12 AL eigens als Militärfahrzeuge aufgeführt und abgebildet. (...)

7) 1978 lieferte Daimler-Benz 300 Unimog-Militärfahrzeuge für den Einsatz der südafrikanischen Truppen in Namibia. (AL I A 0006 b, h, l)

8) 1977/78 errichteten die Firmen: Rheinmetall, Otto Junker, Süddeutsche Baubeschläge und WASAG in Südafrika eine Munitions-füllanlage zur Herstellung von 155 mm Granaten für das Nato-Artilleriesystem FH 70 bzw. GC 45. (AL I A 0003 b mit § 5,2 AWV und I A 0018)

9) Zu den bereits nach Südafrika gelieferten vier Großraumflugzeugen Airbus A 300 werden zur Zeit drei weitere Exemplare dieser französisch-britisch-bundesdeutschen Koproduktion in Südafrika hergestellt. (vgl. Erwiderung, Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung, AAB, Bonn 1980, S.32) (AL I C 1460)

10) Im Juni 1979 versuchte die Firma Ogus, Oberndorf, nach Südafrika militärische Tarnnetze zu liefern. Sie scheiterte mit ihrem Vorhaben am Widerstand der Hafendarbeiter in Rotterdam, die sich weigerten die Tarnnetze zu verladen. (Rheinische Post, Düsseldorf, 7.6.1979; Unsere Zeit, Düsseldorf, 8.6.1979)

11) Im Februar 1979 berichtete die britische Tageszeitung Observer die kürzlich erfolgte Lieferung eines militärischen Verschlüsselungsgeräts durch die Siemens-Niederlassung Crypto in der Schweiz an das Apartheid-Regime in Südafrika. (Observer, London, 4.2.1979) (AL I C 1527)

12) Die portugiesische Waffenfabrik Braco da Prata produziert in

Lizenz sowie auf Maschinen aus der Bundesrepublik Deutschland G-3 Gewehre. Portugal darf diese Gewehre nur mit Genehmigung der Bundesregierung exportieren. Im Sommer 1978 wurden 150.000 dieser G-3 Gewehre von Portugal an Südafrika verkauft. (Observer, London, 4.2.1979)

Nach Informationen der Befreiungsbewegung Namibias Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), ist die in Namibia operierende südafrikanische Armeeeinheit Namibia National Home Guard mit diesen Gewehren ausgerüstet. (AL I A 0001 mit § 5,2 AWV)

13) 1978 transportierten das Hamburger Schiff „Tugelaland“ und die Bremer „Moon River“ von Kanada über Spanien 155 mm Geschosshülsen nach Südafrika. Ebenfalls 1978 transportierte die Hamburger „Oskar Wehr“ 11 „Bell“-Militärhubschrauber nach Durban, 1979 die Hamburger „Iri“ von Tilbury, Großbritannien, nach Durban 2 „Sikorsky“-Marinehubschrauber. (§ 4 KWKG)

14) Die Firma Volkswagen produziert in Südafrika Jeeps (Blick durch die Wirtschaft, 17.7.1979). Es handelt sich dabei möglicherweise um das „Trax“-Modell, ein mit einem Motor von Daimler-Benz ausgerüstetes Militär-Geländefahrzeug, das seit 1978 in Pretoria montiert wird. (AL I A 0006 mit § 5,2 AWV)

15) Die Motoren für den „Trax“ und für Militärfahrzeuge von 5-7 t Nutzlast sowie die Motoren für gepanzerte Fahrzeuge und Panzerzugfahrzeuge (8-10 Zylinder, 600 PS) sollen in der Firma Atlantis Diesel Engineering bei Kapstadt hergestellt werden. Daimler-Benz gibt die Lizenz für die Herstellung der Motoren und baut die Fabrik. MAN, Nürnberg, baut zusammen mit der südafrikanischen Firma General Mining die erforderlichen Achsen; die Zahnradfabrik Friedrichshafen stellt zusammen mit Sandock Austral die Getriebe her, die Firma Knorr, München, die Bremsen. (AL I A 0006 mit § 5,2 AWV)

16) Bundesdeutsche Firmen wie: Linde, Lurgi, Deutsche Babcock, MAN/GHH, Siemens bauen zur Zeit die Kohleverflüssigungsanlage SASOL II/III in Südafrika. Neben Treibstoff sollen damit auch Stoffe zur Herstellung von Sprengstoff gewonnen werden (Rand Daily Mail, Johannesburg, 31.7.1979; South African Digest, Pretoria, 8.2.1980, S.2). (AL I C 1110)

17) Siemens beginnt in Südafrika mit der Produktion von Mikroelektronik, deren Export aus der Bundesrepublik gegen das UN-Waffenembargo verstoßen würde. Für diese Produktion erhielt Siemens von der südafrikanischen Regierung einen besonderen Zollschatz (Leserbrief von L. van Biljoen, Leiter des Bereichs Elektrotechnik der Universität Pretoria, in: Pulse, Johannesburg, April 1979). (AL I C 1355, 1356, 1364) (...)

sich um rein zivile Unterwasserforschungsschiffe, deren Ausfuhr 1977 von der Bundesregierung nach eingehender Prüfung der Konstruktionsunterlagen genehmigt worden ist. Aufgabengebiet der Schiffe, deren Endempfänger das kommerzielle Forschungsinstitut Council für Scientific and Industrial Research ist, ist die Ausführung von geophysikalischen Forschungsarbeiten. Diese Aufgabenstellung macht die antimagnetische Holzbauweise erforderlich.

Schon die Tatsache, daß die Schiffe nicht bewaffnet sind und auch keine Aufnahmevorrichtungen für Waffen besitzen sowie nur eine geringe Geschwindigkeit (16 Kn) haben, die von den meisten Handelsschiffen übertroffen wird, spricht gegen die Behauptung, es handele sich um Wach- oder Minensuchboote.⁸

Diese Aussage des Bundeswirtschaftsministers ist in mehrfacher Hinsicht nicht zutreffend:

1. „Geschwindigkeit“ – Minenkampfboote müssen keinesfalls schneller als 16 Kn sein. Die „Schütze“-Boote z.B. waren ursprünglich für eine Geschwindigkeit von 15 Kn ausgerüstet. Nach dem Einbau stärkerer Motoren machen sie heute bis zu 25 Kn.

2. „Bewaffnung“ – Die Boote können in Südafrika bewaffnet werden.

3. „Council for Scientific and Industrial Research (CSIR)“ – Die Tatsache, daß der CSIR – bekannt als Empfänger militärischer und nuklearer Technologien – für die gelieferten Boote als offizieller Empfänger fungiert, spricht nicht gegen deren militärische Bedeutung.

4. Der angegebene Verwendungszweck „geophysikalische Forschungsarbeiten“ gehört zur Vorbereitung der Minenjagd.¹²

Die militärische Bestimmung der Boote ist darüber hinaus aus folgenden charakteristischen Merkmalen erkennbar:

5. Die Boote sind mit einem MES-System zur Neutralisierung elektromagnetischer Felder ausgerüstet. Dieses System ist für Minenkampfboote unabdingbar, für Forschungsboote jedoch nicht erforderlich. Das MES-System wurde unter Geheimhaltung durch die Firma Siemens in Lemwerder installiert.

6. Die Boote sind mit einem außergewöhnlich großen Mast für eine Radaranlage versehen, wie er für Kriegsschiffe typisch, für zivile Boote jedoch unangemessen ist.

7. Die Boote sind mit Plattformen für Flaggensignalisieren ausgerüstet. Das ist nur für Kriegsschiffe erforderlich.

8. Der unmagnetische, stoßfeste und geräuscharme Voith-Schneider-Propeller, mit dem präzise und extreme Bewegungsänderungen möglich sind, ist eine militärische Ausrüstung.

9. Die Boote sind mit einem Kran ausgestattet – ungewöhnlich für zivile Boote dieser Größe, überflüssig für Forschungsboote, aber kennzeichnend für Minenkampfboote: damit werden Minenjagdgeräte ins und aus dem Wasser gehievt.

10. Der Anstrich der Boote ist grau und blau. Diese Farben sind für Kriegsschiffe charakteristisch.

Zusätzlich zur Lieferung dieser Boote hat Abeking & Rasmussen die Lizenz zum Bau zweier weiterer Boote in Südafrika vergeben. Die Johannesburgener Tageszeitung The Star meldete, Südafrika wolle eine Flotte von mehr als 30 kleinen Patrouillenbooten bauen. Höchstwahrscheinlich dient dazu die bundesdeutsche Anleitung.

Welche Absichten Pretoria mit der Anschaffung dieser Boote verfolgt, wird aus den täglichen Angriffen des Apartheid-Regimes gegen die benachbarten Frontstaaten deutlich: Pretoria will mit diesen Minenkampfbooten die Küstengewässer der Nachbarstaaten für die Landung eigener Verbände und militärischer Ausrüstung öffnen.

(Quelle: AAB-Pressemitteilung, Bonn, 29.6.1981)

Anmerkungen:

- 1) Nordseezeitung, Bremerhaven, 20.5.1980, S. 11
- 2) Marine Rundschau, München, Nr. 12/1980, S. 757
- 3) Aussage von Borchert, Prokurist bei Abeking & Rasmussen, gegenüber Maass und Herzberg, AAB, am 6.2.1981
- 4) Aussage von Schaedla, Teilhaber von Abeking & Rasmussen, gegenüber Burkhard und Maass, AAB, am 14.1.1981
- 5) Information aus Industriekreisen gegenüber AAB
- 6) Augenzeugenbericht gegenüber AAB
- 7) Quick, München, 20.11.1975
- 8) Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft, V A 4 – 932 592/1, an Thorsten Maass, AAB, vom 9.3.1981
- 9) Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 246 vom 30.12.1976, 32. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste, Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung, vom 17.12.1976: I A, 0009 a) „Kampfschiffe oder für Angriffs- oder Verteidigungszwecke gebaute Über- oder Unterwasserschiffe, auch wenn sie für nichtmilitärische Zwecke umgebaut sind, ohne Rücksicht auf ihren Reparaturzustand oder ihre Einsatzfähigkeit; Rumpfe oder Teile von Rümpfen für solche Schiffe“
- 10) AL, I C 1510 „Unterwasserortungsgeräte zum Auffinden oder Orten von Gegenständen unter Wasser mit Hilfe von magnetischen, akustischen oder Ultraschall-Meßverfahren und Spezialteile hierfür, ausgenommen Echolotgeräte, die ausschließlich zur Messung der Wassertiefe oder der Entfernung untergetauchter Gegenstände oder von Fischen und/oder von Walen senkrecht unter dem Ortungsgerät dienen“
AL, I A 0009 c) „magnetische, akustische und mittels Druckmessung arbeitende Unterwasserortungsgeräte, besonders konstruiert für militärische Zwecke; Steuerorgane und Bestandteile hierfür“
- 11) AL, I A 0009 b) „3. nichtmagnetische Dieselmotoren mit einer Leistung von 50 Pferdestärken oder mehr, besonders konstruiert für militärische Zwecke“
AL, I C 1416 c) „Schiffe, deren Rumpf und Antriebsmaschinen ganz oder überwiegend aus nichtmagnetischen Stoffen bestehen“
AL, I C 1416 e) „Schiffe mit ... Einrichtungen zu ihrer Dauer-Entmagnetisierung“
- 12) Marineforum, Herford, Nr. 3/1981, S. 58
- 13) The Star, Johannesburg, 25.4.1979

AIB - Sonderhefte



SÜDAFR



Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf!

SH 2/1981 bietet eine fundierte Grundlageninformation über den Apartheidstaat. 32 S., 2,- DM

SH 1/1981 gibt einen komprimierten Überblick über die Hauptschauplätze des nationalen Befreiungskampfes heute. 80 S., 4,- DM

Ich bestelle SH 2/1981.

Ich bestelle SH 1/1981.

Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.

Ich abonniere das AIB ab Nr.

Name:

Adresse:

Datum und Unterschrift:

Bitte ausfüllen und einsenden an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/24672



AIB
Antiimperialistisches Informationsbulletin

Daniel Ortega

Wir werden flexibel und standhaft bleiben



Managua: Platz des 19. Juli

Anlässlich des zweiten Jahrestages des Sturzes der Somoza-Diktatur im Juli d.J. konzentrierte sich die Berichterstattung hierzulande einmal mehr auf das Unwesentliche: u.a. auf Eden Pastoras und José Valdivias Niederlegung ihrer Vizeministerfunktionen am 7. Juli d.J. (sie wollen sich der Guerilla andernorts anschließen) oder auf die Rängeleien der nikaraguanischen Kirchenführung, welche die der Revolutionsregierung zugehörigen Priester zur Aufgabe ihrer politischen Funktionen aufforderte (siehe AIB 9/1981, S. 17). Schweigen im Walde aber herrschte darüber, wie in Managua der 2. Jahrestag des Sieges der sandinistischen Volksrevolution begangen wurde.

Mehr als 500.000 Nikaraguaner hatten sich nämlich auf der „Plaza 19 de Julio“ versammelt – ein deutlicher Beleg für die reale Massenunterstützung der Revolution. Bemerkenswert waren auch die Orientierungspunkte, die Daniel Ortega, Sandinista-Führer und Koordinator der Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus, in seiner programmatischen Rede auf dieser Kundgebung setzte: Fortführung diverser Verstaatlichungen, der Agrarreform und der Genossenschaftsförderung, konsequenter Antiimperialismus.

Inmitten einer Welt voll wirtschaftlicher Ungerechtigkeit gibt es eine Situation, welche die nikaraguanische Revolution ernsthaft beunruhigt. Ein Land, das eine Weltmacht darstellt und deshalb eine große Verantwortung in der Welt hat, ein Land, das uns überfiel, uns heimsuchte und unser Territorium mit Blut befleckte, verfolgt eine aggressive

Politik gegenüber unserer Revolution. Wir meinen, wie Sie bereits bemerkt haben werden, die Vereinigten Staaten.

Im Januar 1981, als eine neue Administration die Regierungsgeschäfte in den USA übernahm, gehörte es zu ihren ersten Maßnahmen, Nikaragua einen noch ausstehenden Kredit in Höhe von 20 Mio Dollar zu streichen. Vier Monate später, im April 1981, beschloß jene nordamerikanische Regierung, von einem 70-Mio-Dollar-Kredit 15 Mio Dollar einzufrieren, die schon angewiesen, aber noch nicht ausgezahlt waren. Im gleichen Monat strichen sie uns 11,4 Mio Dollar für wirtschaftliche Entwicklung und weitere 14,7 Mio Dollar für den Kauf von Weizen und Pflanzenöl. Und im Juni 1981 haben sie uns 20 Mio Dollar, die für das Finanzjahr 1982 vorgesehen waren, gestrichen. Auf insgesamt 81,1 Mio Dollar beläuft sich die Summe, welche die USA einem Land vorenthalten, dem sie seit Januar 1981 viel schulden.

Hinzu kommt, mit welchem Wohlgefallen die US-Regierung zuläßt, daß auf ihrem Territorium in aller Ruhe ehemalige Söldner Somozas trainieren können, wobei sie die Existenz solcher Ausbildungslager in unverantwortlicher Weise rechtfertigt.

Nikaragua steht nicht allein

In dieser internationalen Situation des Wettrüstens, abenteuerlicher Überfälle und ökonomischer Aggressionen steht Nikaragua nicht allein. Und es ist gut, daran zu erinnern, daß, abgesehen von der Haltung, welche die USA im Januar 1981 bezogen, Länder wie die Deutsche Demokratische Republik, die Bundesrepublik Deutschland, Algerien, Bulgarien, Kanada, die EG, Kuba, Dänemark, Finnland, Frankreich, die Niederlande, Irak, Libyen, Mexiko, Norwegen, Schweden, die Sowjetunion, die SFRJ u.a. ihre Hilfe für Nikaragua nicht stoppten und zu keiner Zeit von Bedingungen abhängig machten.

Auch innerhalb unseres revolutionären Prozesses sehen wir uns mit Fehlern der Werktätigen in der Produktion, mit Sabotage in der nationalen Wirtschaft konfrontiert, wenn die Arbeitsdisziplin nicht eingehalten, wenn Wirtschaftssabotage verübt wird, wenn Arbeitsverträge gefordert werden, die nicht der schwierigen Situation dieses Landes Rechnung tragen. Wirtschaftssabotage ist es auch, wenn sich Teile unserer Werktätigen von Gewerkschaftszentralen ins Schlepp nehmen lassen, die nicht deren Interessen verfolgen. Dennoch müssen wir sagen, daß sowohl die im Regierungsapparat Tätigen als auch die Werktätigen in der Produktion, daß sich die werktätige Klasse Nikaraguas im allgemeinen positiv, bewußt und diszipliniert verhalten und sich davon leiten lassen, das voranzubringen, was wir schon erreicht haben bzw. erreichen wollen.

Was ist zu tun in dieser Situation (von der einleitend gesprochen wurde; d. Red.)? Welche Richtung sollen wir vorgeben, welche Maßnahmen ergreifen?

Mit der Nationalleitung (der Sandinistischen Front für die Nationale Befreiung – FSLN; d. Red.) hat der Regierungsrat diese Probleme analysiert. Die Nationalleitung tagte vor geraumer Zeit und hat große Anstrengungen unternommen, um auf diese Fragen Antworten zu finden, ernsthafte Antworten, vernünftige Antworten, nicht solche, die uns das Herz zurufen mag, sondern solche, die uns der Verstand diktiert, verantwortungsbewußte Antworten, weil hier ein ganzes Volk, eine Revolution, die Hoffnung auf Veränderungen in Lateinamerika, der Beitrag zur Weltrevolution auf dem Spiel stehen.

Wir haben beschlossen, den Kampf um ökonomische Unabhängigkeit, für Souveränität, Selbstbestimmung und Nichteinmischung fortzuführen und unsere Beziehungen zu allen Ländern in der Welt, die das gleiche Verlangen haben, zu erweitern. Gegenüber den Vereinigten Staaten werden wir flexibel sein, aber wir werden standhaft bleiben.

Sie sollen die Ausbildungslager in Miami verbieten und nicht die konterrevolutionäre Tätigkeit gegen Nicaragua fördern, die uns schon so viele Tote gekostet hat und noch weitere kosten wird. Sie sollen sich nicht in Mittelamerika einmischen, wie sie es schon in El Salvador tun. Sie sollen ihre Angriffe gegen uns auf ökonomischer Ebene unterlassen und keine abenteuerliche, sondern eine verantwortungsbewußte Rolle spielen. Wir sagen ihnen, daß wir immer Antiimperialisten bleiben werden.

Es gibt eine Maßnahme von großer Bedeutung, die unser Volk schon seit vielen Jahrzehnten fordert. Wer kann die Bedingungen ignorieren, unter denen die Bauern unseres Landes leben, wer kann den Mißbrauch ignorieren, der mit dem Boden in unserem Land betrieben wurde?

Es genügt, daran zu erinnern, daß es in diesem Land Latifundienbesitzer gab, Somoza-Anhänger oder konservative Grundbesitzer, die den größten Teil des Bodens hier besaßen. Sie kultivierten davon nur einen kleinen Teil, den Rest bewirtschafteten sie nicht, nutzten ihn aber als ein Instrument ihrer politischen Macht.

Auf die Agrarreform konzentrieren

Im vergangenen Jahr haben wir auf diesem Platz Maßnahmen vorgeschlagen, die den ungenutzten Boden betrafen. Jedermann war einverstanden mit diesem Schritt, aber solch eine Maßnahme ist bei der Vielzahl der Probleme, die unser revolutionärer Prozeß zu bewältigen hat, nicht so einfach zu realisieren. Zuerst kämpften wir darum, jene Ländereien zu konsolidieren, die einst dem Somoza-Clan und seinen Verbündeten gehört hatten und die, faktisch ohne Mittel, verschuldet und zerstört waren. Wir mußten den Boden wieder kultivieren, um die Produktion in Gang zu bringen. Darauf konzentrierten wir unsere Hauptkraft.

Im Ergebnis einer Tagung der Nationalleitung und des Regierungsrates möchten wir am heutigen Tag unserem Volk ein Gesetz über die Agrarreform vorschlagen. Dieses Gesetz über die Agrarreform betrifft Eigentum an Boden über 500 Manzanas (345 ha; d. Red.), das nicht oder ungenügend genutzt wird. Diese Festlegung bezieht sich auf die Departements León, Chinandega, Managua, Masaya, Granada, Rivas, Carazo, Jinotega und Matagalpa, während im restlichen Teil des Landes die Grenze bei 1.000 Manzanas (690 ha; d. Red.) liegt.

Das Gesetz verfügt, daß jene Ländereien betroffen sind, die von Teilpächtern, Pächtern und Kleinbauern bearbeitet werden. Es betrifft auch jene Ländereien, die von ihrem Besitzer nicht bearbeitet werden, ebenso den Grundbesitz all jener, die das Land aufgrund des 19. Juli (1979; d. Red.) verließen und bis zum heutigen Tag nicht zurückgekehrt sind.

Grund und Boden sowie sonstiges landwirtschaftliches Eigentum werden durch das Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung zugeteilt an:

1. landlose Bauern, Teilpächter, Pächter und Siedler;
2. an Genossenschaften;
3. an Betriebe der Agrarreform;
4. an Produzenten, die ihn effektiv bearbeiten;
5. an Kämpfer, die an unserem Befreiungskampf teilnahmen und auf dem Lande arbeiten möchten;
6. an Familienangehörige von Helden und Märtyrern der Revolution, die den Boden bearbeiten möchten.

Der Boden wird unentgeltlich und in genügendem Umfang verteilt, so daß ein Einkommensniveau garantiert wird – ob für Bauern in der Genossenschaft oder in der individuellen Wirtschaft –, das zumindest dem monatlichen Mindestlohn entspricht.

(Quelle: Barricada, Managua, 20.7.1981; Ausschnitte)

Neu bei UNIDOC:

Das Land der Rosen und der Nachtigallen

Die Geschichte des Iran seit der Entdeckung des Erdöls bis zum Sturz des Schah-Regimes – in aufregenden aktuellen und historischen Aufnahmen, Dokumenten und Aussagen – eine exemplarische Geschichte über die koloniale und eokoloniale wirtschaftliche Ausbeutung eines Landes.

(Film von Yoash Tatari – BRD 1981 – Musik: Floh de Cologne – 16 mm – Farbe – 125 Min.)



Wieder lieferbar: UNIDOC-Verleihkatalog

mit ca. 300 Dokumentar- und Spielfilmen, davon 60 aus dem internationalen Bereich. Gegen Voreinsendung von DM 10,- auf Postscheckkonto München 284 58 - 803 – Absender und "Katalog" auf dem Empfängerabschnitt nicht vergessen!

UNIDOC-Film GmbH
Postfach 45,
8 München 19
Tel. 089/15 60 61



ZEITSCHRIFT FÜR NICARAGUA, EL SALVADOR UND MITTELAMERIKA

- NA-Nr. 11, April 81:
Reisebericht- Erwachsenenbildung- Auslandsverschuldung- Frauen in El Salvador- Belize- Indioquerrilla in Guatemala- Kaffeeboykott
- NA-Nr. 12, Mai 81:
Militärische Aggression gegen Nicaragua?- Somoza-Guardia in den USA- Gespräch mit Ex-CIA-Agent Philipp Agee- Costa Rica- Cuba- Solidaritätsarbeit

Ich bestelle (bitte ankreuzen):
 NA-Solidaritätsabo/s (6Hefte, 20DM) NA-Normalabo/s (6Hefte, 12DM)

Name: Bitte ausfüllen und senden an:
 Adresse: MAGAZIN VERLAG
 Datum, Unterschrift: KÖNIGSWEG 7
 2300 KIEL 1



Robert Holden Aufmarschplatz der Konterrevolution

Mitte August d.J. vereinbarten die Diktaturregimes El Salvadors, Guatemalas und Honduras' bei einem Treffen in Tegucigalpa, ein „eisernes Dreieck“ zum koordinierten Militäreinsatz gegen die mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen zu bilden. Einem Korrespondentenbericht der Neuen Zürcher Zeitung zufolge weist die erweiterte Präsenz von US-Militärberatern sowohl im Grenzbereich zu El Salvador (La Virtud) als auch zu Nicaragua „auf einen im Einvernehmen mit dem State Departement und dem Pentagon ausgearbeiteten Plan“ hin. Die US-Berater gäben selbst zu, „Koordinierungsaufgaben zwischen honduranischen und salvadorianischen Militäreinheiten übernommen zu haben“.

Damals hieß der Außenminister John Foster Dulles, nicht Alexander Haig, und 1954 war der Grund für seinen Ärger die reformistische Regierung Guatemalas unter Jacobo Arbenz Guzman. 17 Jahre später behauptet die US-Regierung erneut, in Mittelamerika die von Moskau manipulierten Krakenarme des internationalen Kommunismus wahrzunehmen – diesmal in Nicaragua und El Salvador.

Und wieder einmal scheinen die USA auf das strategisch günstig gelegene Honduras zu bauen, um ihre Interessen durchzusetzen: die Niederschlagung des Kampfes in El Salvador, die schnelle Beendigung des Widerstands in Guatemala und in Honduras selbst, und möglicherweise die Invasion des befreiten Nicaragua durch exilierte Somoza-Anhänger von Honduras aus.

Die Reagan-Administration beabsichtigt, der honduranischen Regierung im Finanzjahr 1982 10 Mio Dollar an Darlehen und Krediten zum Kauf US-amerikanischer Militärausrüstung zu gewähren – fast soviel, wie die USA Honduras in den ganzen 70er Jahren verkauften oder gaben.

„Auffrischung“ für das „lahme“ Garcia-Regime

Mit dieser plötzlichen Unterstützungswelle wird vor allen Dingen Präsident General Policarpo Paz García weiter in seiner Rolle gestärkt, denn seine lahme Führung der Regierungsgeschäfte muß das US-Außenministerium immer nervöser machen. „Die Regierung ist blind, lahm und hinkt“, sagte ein „ausländischer Diplomat“ im letzten Jahr zu einem Reporter der New York Times. „Jeder weiß, daß der Präsident dem Trinken nicht abgeneigt ist und selten öffentlich auftritt. Eine Hälfte der Minister wechselt mit der anderen kein einziges Wort. Hohe Armeeoffiziere füllen sich die Taschen bis zum Bersten, solange sie dazu die Möglichkeit haben. Es ist eine Katastrophe.“¹ Schieberei und Bestechung sind ganz offen und überall an der Tagesordnung.²

Daß man im letzten Jahr ein Parlament wählte, das eine neue Verfassung schreiben und die Wahl eines Präsidenten organisieren sollte,³ erwies sich als eine ziemlich nutzlose Übung; die Abgeordneten ernannten umgehend Paz García zum Interims-Präsidenten. Die Versammlung soll Wahlen noch für dieses Jahr planen.

Nachdem er 1980 Gast in Jimmy Carters Weißem Haus war, ist Paz García zu einem der beliebtesten Statthalter Washingtons in Mittelamerika geworden, trotz der Bedrohung seiner Herrschaft durch das eigene Volk. Zwei Monate nach seinem Besuch im Weißen Haus gab ein besorgter US-Beamter zu, daß der General „ganz schnell in Schwierigkeiten stecken könnte“.⁴ Paz García regiert ein Land, das nach Haiti das zweitärmste in der westlichen Hemisphäre ist, und in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben kann. Anders als El Salvador, wo es nur sehr wenige US-Investitionen gibt, wird die Wirtschaft Honduras von zwei US-Konzernen beherrscht, die Bananen pflanzen und exportieren: United Brands und Castle & Cooke. Beide sind zugleich auch die größten Landbesitzer in Honduras. Obwohl es zu den dünner besiedelten Ländern Zentralamerikas gehört, ist Honduras das zweitgrößte (nach Nicaragua) und einmalig günstig gelegen: es grenzt an Nicaragua, El Salvador und Guatemala.

Aufrüstung von Armee, Somozagardisten, Söldnern

Honduranische Truppen haben die Armee El Salvadors bereits bei verschiedenen Angriffen auf die Guerilleros unterstützt.⁵ Im Exil lebende Angehörige der Nationalgarde Somozas und andere nikaraguanische Konterrevolutionäre gehen in Honduras ihren Aktivitäten nach und haben wiederholt von Schlupflöchern in Honduras aus Gebiete des befreiten Nicaragua überfallen. Dabei sollen honduranische Truppen, die jetzt so großzügig von den USA auferüstet werden, Hilfe geleistet haben.⁶ Das Regime hat neue Gesetze verabschiedet, die es Ausländern (Söldnern?) erlauben, in die Armee einzutreten, und die der Armee Einsätze außerhalb der Landesgrenzen gestatten.⁷ Ein solches Land verdient natürlich die schützende Hand des Imperialismus. Die 10 Mio Dollar Verkaufskredite und Darlehensgarantien für Militärausrüstungen, die von Reagan gefordert – und bereits vom Unterausschuß der Regierung für Interamerikanische Angelegenheiten genehmigt wurden –, sind doppelt so hoch, wie der Honduras für das Finanzjahr 1981 zugesprochene Betrag.

Mit dem Geld soll folgendes bezahlt werden: nicht näher bezeichnete technische Ausrüstungen, A-378- und

T-378-Flugzeuge, ein 35m-Patrouillenboot, eine nicht genannte Anzahl 105mm-Haubitzen, und nicht näher bezeichnete „Zusatzausrüstungen und -fahrzeuge“; außerdem kann damit das Mieten von US-Hubschraubern finanziert werden. Eine weitere Forderung sieht 700.000 Dollar an Stipendien für die Militärausbildung von 288 Angehörigen der Streitkräfte Honduras' vor, was eine Zunahme von 60% gegenüber 1980 und 1981 bedeutet. Außerdem wird die Reagan-Administration wahrscheinlich den Export von Militärausrüstungen im Wert von 2 Mio Dollar genehmigen, die von der Regierung Honduras' direkt bei US-Waffenherstellern gekauft werden. Diese Summe entspricht jener, die 1981 für den Export genehmigt wurde, aber sie ist dreimal so hoch wie die der Exporte von 1980. Die sog. „Wirtschaftshilfe“ (in der Hauptsache durch die Agency for International Development) wurde für 1982 auf 39 Mio Dollar festgesetzt, ist also um 6 Mio Dollar höher als in diesem Jahr.⁸

Eine Analyse der Zahlen, die das US-Außenministerium über „Sicherheitshilfe“ veröffentlichte, zeigt folgendes: Als in Mittelamerikas der nationale Befreiungskampf gegen Ende der 70er Jahre an Stärke gewann, nahm Honduras unter den 6 mittelamerikanischen Republiken den ersten Platz sowohl hinsichtlich der von der US-Regierung finanzierten Waffenverkäufe als auch hinsichtlich der US-Hilfe bei der Militärausbildung ein. Vom Finanzjahr 1978 bis einschließlich 1980 erhielt Honduras Kredite und Darlehen für Auslandsverkäufe militärischer Güter (FMS) in Höhe von 5,9 Mio Dollar – das entspricht 40% aller FMS-Kredite und -Darlehen der vorausgegangenen 30 Jahre. Diese Art von Unterstützung erhöhte sich 1980 sprunghaft mit der Gewährung von 5 Mio Dollar für FMS, nachdem in den vorangegangenen sechs Jahren diese Art von Hilfe im Durchschnitt lediglich 550.000 Dollar pro Jahr betragen hatte.



Im selben Zeitraum (1978-80) bezahlten die USA 1,4 Mio Dollar für die Ausbildung von 613 honduranischen Militärangehörigen – was etwa 1/5 aller Honduraner entspricht, die in den 30 Jahren davor ausgebildet worden sind. Was den direkten Kauf von US-Waffen bei kommerziellen Lieferfirmen betrifft, so steht Honduras während dieses Zeitraums hinter Panama an zweiter Stelle (unter den zentralamerikanischen Republiken). In den 3 Jahren kaufte es Ausrüstung im Wert von 3,6 Mio Dollar – mehr als 3/4 der gesamten Käufe von kommerziellen Lieferanten seit 1950.

Es lohnt sich, die Rechtfertigung der Reagan-Administration für die massive Erhöhung der Militärhilfe für 1982 in vollem Wortlaut zu zitieren (so wie sie den Genehmigungsantrag der Regierung an den Kongreß begleitete):

„US-Hilfe zur Aufrechterhaltung der Sicherheit ist ein wichtiges Mittel zur Förderung unserer guten Beziehungen zu Honduras. Das Ziel des Programms ist die Pflege von Kon-

takten zu den Streitkräften, die in der Vergangenheit den USA gegenüber ein freundschaftliches Verhältnis hatten und außerdem eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung des eigenen Landes spielten. Die Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Regierung über Wahlen ist in Angriff genommen. Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung sind im April 1980 abgehalten worden, und allgemeine Wahlen werden für 1981 erwartet. Es wird erwartet, daß auf diesem Wege eine friedliche und geregelte Entwicklung gefördert wird, bei der das honduranische Militär weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird.

Das Hilfsprogramm zur Aufrechterhaltung der Sicherheit hält durch Kontakte von Fachleuten und Verbindungen zwischen den Streitkräften Zugangswege offen, die das Verfolgen gemeinsamer Interessen mit dem Heer von Honduras erlauben. Es erhöht weiterhin die Stabilität in der immer unbeständigeren und unsichereren mittelamerikanischen Region, indem die Befähigung der honduranischen Streitkräfte zur Erfüllung ihrer legitimen Verteidigungsaufgabe verstärkt wird. Außer der verbesserten beruflichen Befähigung in militärischer Hinsicht demonstriert das Programm das Interesse der USA am Fortschritt von Honduras, und trägt zur Stärkung seines Selbstbewußtseins bei, auf mögliche Herausforderungen reagieren zu können.“

Unter „möglichen Herausforderungen“ ist natürlich das zu verstehen, was Außenminister Haig als die Vier-Phasen-Strategie des internationalen Kommunismus für die Eroberung Mittelamerikas bezeichnet hat. Vor dem Regierungsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat Haig am 18. März 1981 seine phantastischen Vorstellungen hinsichtlich dessen dargelegt, was er als „General-Plan für die endgültige Eroberung Mittelamerikas“ ansieht.

Als Antwort darauf überschütten die USA die verbleibenden Diktaturen mit Waffen; Haigs Unterstaatssekretär, James L. Buckley, hat versprochen, den Strom der US-Waffen zu jedem beliebigen Punkt des Erdballs zu verstärken, der durch „sowjetische Eroberung“ bedroht ist.⁹ Diese Politik wurde vor kurzem vom Rat für Auslandsbeziehungen abgesegnet, der „erhöhte Kapazität“ bei Geheimdienstaktivitäten und bei der Militärhilfe und -ausbildung für befreundete Länder im Interesse ihrer inneren Sicherheit empfahl.¹⁰

Diese Politik für Mittelamerika wurde von Harold Brown, Jimmy Carters Verteidigungsminister, während seines Schlußberichts an den Kongreß klar verkündet. Brown wies während darauf hin, daß die „bescheidene“ Militärhilfe für Lateinamerika erhöht werden müsse, und zwar „um den zunehmenden Spannungen und dem Druck“ besonders in Mittelamerika und im karibischen Raum zu begegnen. „Das Zeitalter der Minimalkosten-Sicherheit an der Südflanke der USA ist vorbei.“¹¹ (...)

(Quelle: Counter Spy, Washington, Nr. 4/August-Oktober 1981, S. 13-15)

Anmerkungen:

- 1) New York Times (NYT), 23.12.1980
- 2) Ebenda
- 3) Siehe Honduras-Einschätzung in: AIB 5/1981, S. 30-32; d. Red.
- 4) NYT, 20.4.1980
- 5) The Nation, 14.3.1981; vgl. auch NACLA (North American Committee on Latin America) Report on the Americas 1980, S. 28
- 6) The Nation, 14.3.1981
- 7) Granma Resumen Semanal, Havanna, 26.4.1981, S. 15
- 8) Alle Zahlen aus den von der Reagan-Regierung dem Kongreß zur Begründung ihrer finanziellen Forderungen für das Finanzjahr 1982 vorgelegten Dokumenten.
- 9) NYT, 22.5.1981
- 10) NYT, 14.5.1981
- 11) Bericht des Verteidigungsministers Harold Brown an den Kongreß bezüglich des Finanzjahres 1982. Genehmigungsersuchen für das Finanzjahr 1983 und Verteidigungsprogramm 1982-86, 19.1.1981, S. 228

Schreiben der Frente Amplio an den UN-Generalsekretär Menschenrechtsverletzungen in Uruguay – ein Fall für die UNO

Gregorio Alvarez heißt der neue Staatspräsident Uruguays, der am 1. September d.J. den Vorzeigezivilisten Aparicio Mendez ablöste. Die Nominierung des 55jährigen Heeresgenerals i.R. durch den von Militärs beherrschten Staatsrat wird von diesen als Auftakt zu einer sog. „kontrollierten Demokratisierung“, die Regierung Alvarez als „Übergangsregierung“ ausgegeben. Sie soll nach den jüngsten Versprechungen bis zum März 1985 amtieren, dem Zeitpunkt, zu dem die Militärdiktatur durch eine vom Volk gewählte Zivilregierung abgelöst werden soll.

Diese Öffnungsverheißungen sind die unumgängliche Reaktion der Militärs auf ihre Schlappe (nahezu 2/3 Nein-Stimmen) beim Verfassungs-Referendum im November 1980. Präsident Alvarez versprach in seiner Antrittsrede eine allmähliche Liberalisierung und warnte vor „Marxismus, Leninismus und anderen Formen des Extremismus“. Aber sind von ihm substantielle Demokratisierungsschritte zu erwarten? Die weiter in der Illegalität wirkende Opposition bleibt skeptisch und reklamiert Kernforderungen an eine wahre demokratische Öffnung (siehe Kasten). Warum sie dies tut, veranschaulicht der hier dokumentierte Brief des Exekutivrates des Linksbündnisses Frente Amplio an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Der Unterzeichner dieses Schreibens, Dr. Hugo Villar, ist Sekretär des Exekutivrates der Frente Amplio Uruguays im Ausland. Die Frente Amplio ist eine demokratische Koalition, die ein breites Spektrum politischer Organisationen umfaßt und nach Erfüllung aller geltenden rechtlichen Bestimmungen an den letzten Wahlen im November 1971, bei denen sie 20% der Stimmen gewann, teilnahm. Ihr Präsident, General Liber Seregni, einer der hervorragendsten Militärs unseres Landes in den letzten Jahrzehnten und ein Mann von lauterer demokratischer Gesinnung, erhielt bei dieser Wahl in Montevideo, wo 40% der gesamten Bevölkerung des Landes leben, die meisten Stimmen als Präsidentschaftskandidat.

Im Namen der Frente Amplio protestiere ich dagegen, daß in der Republik Uruguay weiterhin die Menschenrechte offensichtlich systematisch und massiv verletzt werden. In Anhang 1 dieses Schreibens werden diese Verletzungen zusammenfassend dargelegt.

Diese Situation ist im letzten Jahrzehnt, insbesondere nach dem Staatsstreich vom 27. Juni 1973, entstanden. In unzähligen Zeugenaussagen uruguayischer Bürger vor den zuständigen Organen der Vereinten Nationen (Generalsekretär, Menschenrechtskommission, Unterkommission für die Verhütung von Diskriminierungen und den Schutz von Minderheiten, Internationale Arbeitsorganisation), die unter Einhaltung der geltenden Vorschriften erfolgten, wurde dies wiederholt unter Beweis gestellt.

Gegen diese Situation haben sich gleichfalls zahlreiche nationale und internationale Organisationen gewandt, die mit Be-

sorgnis auf die schwere Verletzung der Menschenrechte in Uruguay verwiesen und die Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten forderten. In diesem Sinne haben sich auch folgende Organisationen geäußert: Interparlamentarische Union, Lateinamerikanisches Parlament, Europäisches Parlament, Sozialistische Internationale, Internationale Christlich-Demokratische Union, Europäische Volkspartei, Lateinamerikanischer Verband für Menschenrechte, die drei internationalen Gewerkschaftsverbände (WVA, WGB, IBFG), die internationalen Studentenverbände, die internationalen Jugend- und Frauenverbände, Amnesty International, zahlreiche nationale Parlamente sowie politische, gewerkschaftliche und religiöse Organisationen.

Zahlreiche Zeugenaussagen und Dokumente haben den Beweis erbracht, daß für diese Situation die Regierung der Republik Uruguay verantwortlich ist. Die Regierung Uruguays ist verfassungswidrig und entbehrt jeder Grundlage einer politischen und sozialen Unterstützung.

Die Regierung wird von keiner einzigen politischen Organisation unterstützt und überdies von der überwältigenden Mehrheit der Werktätigen und Studenten abgelehnt, wie seit dem Generalstreik als Antwort auf den Staatsstreich bewiesen worden ist. Gescheitert ist auch der Versuch, die Gründung ihr höriger Gewerkschafts- und Studentenverbände zu fördern. Diese innere Isolierung widerspiegelt sich international in den zahlreichen Stellungnahmen und Erklärungen, die von demokratischen Organisationen der ganzen Welt abgegeben wurden.

Angesichts dieser Situation unternahm die Regierung Uruguays den Versuch, ihr Image gegenüber der Weltöffentlichkeit aufzubessern, indem sie ein Projekt „zur Institutionali-



Abgelöster Staatspräsident A. Mendez (r.) mit herrschenden Militärs

sierung und schrittweisen Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten" ankündigte.

Entsprechend einem vom Regime ausgearbeiteten „Zeitplan" sieht dieses Projekt die Ausarbeitung und Billigung eines neuen Verfassungsentwurfs in einer ersten Etappe vor; in einer zweiten Etappe sollen ein Gesetz zur Gründung von Berufsverbänden und ein Statut für politische Parteien angenommen werden, und als Abschluß sind allgemeine Wahlen mit einem Einheitskandidaten für das Amt des Präsidenten, der von der Armee gebilligt werden soll, vorgesehen.

Die erste Etappe wurde abgeschlossen, indem in betrügerischer Weise jegliche Teilnahme repräsentativer Vertretungen des Volkes verweigert und die freie Diskussion des Planes verhindert wurde.

Die Kommission für Politische Angelegenheiten der Armee hatte hinter dem Rücken des Volkes und ohne Beteiligung irgendeiner politischen oder gesellschaftlichen Organisation einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet. Dieser Entwurf wurde dem Staatsrat vorgelegt, einem Organ, das jeglicher Repräsentativität entbehrt, da es von der verfassungswidrigen Exekutivgewalt selbst nach dem Staatsstreich ernannt wurde. Der Entwurf selbst wurde erst einen Monat vor der Abstimmung zur Veröffentlichung freigegeben. Die Regierung veranstaltete einen Propagandafeldzug, um für diesen Verfassungsentwurf ein Ja zu sichern. Bei dieser Kampagne bediente sie sich aller zugelassenen Medien.

Der wirkliche Inhalt der Befragung wurde verfälscht und entstellt. Entsprechend der Regierung bedeutete ein Ja, für Uruguay zu stimmen, und ein Nein, Terrorismus und Subversion zu wählen, also gegen die Nation zu stimmen. Trotz der begrenzten Zeit konnten die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen den Inhalt des Entwurfes analysieren und seine wahren Ziele einschätzen.

Das Nein zum Verfassungsentwurf der Militärs

Ich füge von der Frente Amplio (Juristische Abteilung und Komitee Mexiko) ausgearbeitete Juristische Berichte und Berichte des Internationalen Sekretariats der Juristen für Amnestie in Uruguay (SIJAU) bei; Anhang 2, 3 und 4. Im Verlauf dieses einen Monats sprach sich die überwiegende Mehrheit der Führer der Nationalen Partei und der Colorado-Partei, die Gewerkschaftszentrale CNT und des Studentenverbandes (FEUU) für ein Nein bei der Abstimmung aus. Die Propaganda für eine Abstimmung mit Nein mußte illegal erfolgen. Nur für sehr kurze Zeit wurden einige Veröffentlichungen in der Presse, eine Rundfunk-Debatte und einige Veranstaltungen hinter verschlossenen Türen gestattet.

Diese Organisationen stimmten in der Einschätzung überein, daß dieser Verfassungsentwurf allen demokratischen Traditionen des uruguayischen Volkes widerspreche und eine besorgniserregende Rückwärtsentwicklung darstelle, da er die seit unserer ersten Verfassung von 1830 errungenen wichtigsten Erfolge negiere. Es sei ein eindeutig antidemokratischer Entwurf, dessen Hauptziel in der Legalisierung des Regimes, in der Institutionalisierung der Herrschaft der Militärs über den Staatsapparat, in der verfassungsmäßigen Verankerung der Verbote und Beschneidung der nach dem Staatsstreich in den sog. „Institutionellen Gesetzesverordnungen" festgelegten Rechte und Freiheiten bestünde.

Trotz eines Klimas des Terrors, der Unterdrückung und Beschneidung der Rechte und Freiheiten war die Entscheidung der Bevölkerung bei der Volksabstimmung vom 30. November 1980 überwältigend. Von einer geschätzten Bevölkerungszahl von 2.886.187 (Dezember 1979) waren 1.944.951 Personen stimmberechtigt. Die Anzahl der tatsächlichen Wähler betrug 1.689.424, d.h. 86,8%. Mit einem Nein stimmten 945.176 Bürger, das sind 57,2% aller abgegebenen

Frente Amplio: Programmpunkte für eine wahre demokratische Öffnung

1. Vollständige und uneingeschränkte Amnestie, Freilassung aller aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen Inhaftierten, Aufhebung aller politischen Verbote, Schaffung von Bedingungen, die eine Rückkehr der im Exil lebenden Uruguayer ermöglichen, Klärung des Schicksals der Verschwundenen, sofortige Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten sowie vollständige Gültigkeit der gewerkschaftlichen Freiheiten als Mittel zur Sicherung der Beteiligung des Volkes;

2. Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung durch das Volk mit uneingeschränkter und ausnahmsloser Beteiligung aller politischen Parteien und Meinungsströmungen;

3. Annahme dringender Wirtschaftsmaßnahmen zur Wiederherstellung der Kaufkraft der Löhne der Werktätigen und Linderung der Notlage der landwirtschaftlichen Produzenten, der im Interesse des Landes tätigen Gewerbetreibenden und Händler.

Dieses Programm einer echten Demokratisierung kann nur durch die Anstrengungen und den Kampf des ganzen uruguayischen Volkes Realität werden. Dazu ist es notwendig, die Einheit und das Zusammengehen aller demokratischen Kräfte bei der großen Aufgabe der Wiedereroberung der Demokratie und des Wiederaufbaus des Landes zu verstärken und zu vertiefen. General Seregni stellte dazu Anfang 1973 fest: „Niemand kann für sich das Monopol des Wiederaufbaus des Vaterlandes in Anspruch nehmen. Alle Uruguayer haben die Pflicht und das Recht, an dieser großen nationalen Aufgabe teilzunehmen."

Stimmen.

Nur zweimal ist es in den letzten 80 Jahren einer Partei oder einem Verfassungsentwurf gelungen, ähnliche Ziffern zu erreichen. Wenn wir noch die Stimmen der im Exil lebenden Uruguayer (über 500.000), der des Landes verwiesenen Uruguayer und der politischen Häftlinge hinzuzählen, wäre der erreichte Prozentsatz so hoch wie noch nie zuvor in der politischen Geschichte unseres Landes.

Das war nicht nur ein Nein gegen einen antidemokratischen Verfassungsentwurf. Es war eine wirkliche nationale Abstimmung gegen das Regime, eine erneute Bestätigung der demokratischen Gesinnung der Bevölkerung und ein Ausdruck des Willens des Volkes, im Lande wieder eine repräsentative Ordnung herzustellen, die die Rechte und Freiheiten respektiert.

Es war weiterhin, Herr Generalsekretär, eine volle Bestätigung des historischen Widerstandes unseres Volkes, das unter Kerker und Folterungen gelitten hat, das in seinen Rechten durch die unsinnige Anwendung von Gewalt unterdrückt wurde, das jedoch unbeugsam sein traditionelles und starkes demokratisches Bewußtsein, sein Streben nach Fortschritt, sozialer Gerechtigkeit und vollständiger Befreiung bewahrt hat.

Vor der Volksabstimmung hatte die Regierung wiederholt die Absicht zum Ausdruck gebracht, den Willen des Volkes zu respektieren. Jedoch schon 72 Stunden nach dem Volksentscheid wurde jeglicher Kommentar über das Plebiszit und seine Ergebnisse verboten.

Aus diesen Gründen, Herr Generalsekretär, bitte ich die Kommission für Menschenrechte, die seit einigen Jahren Uruguay auf ihrer Tagesordnung stehen hat, auf der Grundlage der in ihrem Besitz befindlichen zahlreichen Zeugenaussagen und umfangreichen Dokumente, eine öffentliche Diskussion über die fortgesetzte, schwerwiegende und systematische Verletzung der Menschenrechte in Uruguay und notwendige Maßnahmen einzuleiten, um die sofortige Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten in Uruguay zu fördern.

Ich versichere Sie, werter Herr Generalsekretär, meiner vorzüglichen Hochachtung

gez. Hugo Villar, Exekutivsekretär

(Quelle: Desde Uruguay, o.O., Nr. 6/Juni 1981, S. 2-3)

Pen Sovan

Bericht an den IV. Parteitag der Revolutionären Volkspartei



Im Anschluß an die Wahlen zur Nationalversammlung vom 1. Mai 1981, bei denen sich über 95% der rund 3,5 Mio wahlberechtigten Kampucheaner zur Revolutionsregierung H. Samrin/P. Sovan bekannten, trat vom 26.-29. Mai d. J. die Revolutionäre Volkspartei Kampuchea (RVPK) als die Führungskraft des Landes hervor. Auf ihrem 4. Parteitag in Phnom Penh wurden die Richtlinien für den Wiederaufbau und die gesellschaftspolitische Orientierung der Volksrepublik Kampuchea formuliert. Pen Sovan, als Erster Sekretär des RVPK-Zentralkomitees wiedergewählt, hielt den programmatischen Bericht an den Parteitag.

Seit dem Reorganisations-Parteitag sind erst gut zwei Jahre vergangen. In diesem kurzen Zeitraum ist die Nation wiedererstanden, die Lage des ganzen Landes hat sich allmählich stabilisiert, unser Volk hat unter der weitsichtigen Führung der Partei zahlreiche Hindernisse überwunden und sich bemüht, alle Schwierigkeiten zu meistern. Wir konnten Erfolge erzielen, die uns mit Stolz erfüllen.

1979 baute die Bevölkerung trotz vieler Schwierigkeiten Reis und andere Kulturen auf mehr als 800.000 ha Fläche an. Im Jahr 1980 hat die Bevölkerung dank der guten Bedingungen, die wir schaffen konnten, und dank unserer umfassenden Produktionskampagne 1.300.000 ha mit Reis und 126.000 ha mit anderen Kulturen, insgesamt also fast 1.500.000 ha Boden bestellt. Die Gesamtproduktion an Rohreis beträgt nach Schätzungen mehr als 1.500.000 t. Außerdem konnte die Bevölkerung folgende Flächen wieder kultivieren: 5.000 ha Naturkautschukpflanzungen, 3.700 ha Tabakfelder, 1.495 ha Jute-, Baumwoll- und Zuckerrohrkulturen sowie 36.000 ha Feldgemüse. Die Viehbestände zählen mehr als 1 Mio Rinder und Büffel sowie mehr als 100.000 Schweine.



Kampucheanische Soldaten – Helfer bei der Reisernte

Die revolutionären Machtorgane haben der Bevölkerung empfohlen, gemeinschaftliche Produktionsgruppen zu organisieren. Gegenwärtig gibt es im ganzen Land 95.000 Produktionsgruppen, so daß mehr als 90% aller Bauernfamilien an dieser Produktionsorganisation teilnehmen. In der Fischerei und im Handwerk werden die Produktionsgruppen gegenwärtig wieder aufgebaut. Die Fischproduktion in den zwei Fangperioden der beiden vergangenen Jahre wird auf mehr als 40.000 t geschätzt.

Auch die Industrie wird wieder errichtet. Hier werden vor allem die wichtigen Betriebe entsprechend den Leistungsmöglichkeiten und den durch vorhandene einheimische Produktion bestehenden günstigen Möglichkeiten entwickelt. Auch die Betriebe der Leichtindustrie wurden wieder aufgebaut und beginnen zu produzieren. 1980 gab es allein im zentralgeleiteten Bereich wieder 60 produktionsfähige Betriebe. Obwohl die Arbeitsproduktivität noch sehr niedrig und der Produktionsumfang noch nicht groß genug ist, haben wir mit diesen ersten Schritten eine Reihe von Waren für den täglichen Bedarf und für die Produktion erzeugen können.

Die Elektroenergieproduktion beträgt insgesamt 104 Mio kWh. 3 Mio qm Stoffe wurden hergestellt. Die Häfen von Kompong Som und Phnom Penh arbeiten wieder, auf der Bahnstrecke zwischen Kompong Som, Battambang und Phnom Penh rollen die Züge wieder. Sie dienen dem Gütertransport und zum Teil dem Personenverkehr. Für den Kraftverkehr verfügen wir nur über 1.800 Lastkraftwagen, für die Binnenschifffahrt über 31 Schiffe.

Die ökonomischen Entscheidungszentren entstehen schrittweise auf zentraler und regionaler Ebene. Die leitenden Kader erhalten die notwendige Ausbildung, um bei der Lösung der anspruchsvollen Aufgaben der staatlichen Wirtschaft an der Spitze stehen zu können.

Das Bildungswesen und der Kampf gegen den Analphabetismus sind organisiert und entwickeln sich rasch. Nachdem die Kinder vier Jahre lang nicht lernen konnten, sind die Schulen jetzt wieder geöffnet. An den Grundschulen werden gegenwärtig 1.400.000 Schüler unterrichtet. In mehreren Regionszentren nahmen die Mittel- und Oberschulen ihre Arbeit auf.

Auch die medizinische Fakultät hat sofort wieder Studenten immatrikuliert. 1980 verteidigten 17 Ärzte ihre Doktorarbeiten. 16 Pharmazeuten schlossen ein Studium ab. Im neuen Studienjahr zählen wir 389 Medizin- und 139 Pharmaziestudenten. Die Pädagogische Fakultät der Zentralverwaltung und die 15 Lehrerbildungsanstalten der verschiedenen Provinzen bilden Lehrkräfte aus. Die Alphabetisierungszentren werden bereits von mehr als 230.000 Erwachsenen besucht.

Nach der Befreiung flüchteten die Reste der Pol-Pot-Truppen in die Berge und warteten dort auf eine günstige Gelegenheit für eine Offensive. Unsere revolutionären Streitkräfte unternahmen im engen Zusammenwirken mit der befreundeten vietnamesischen Armee Säuberungsaktionen und vernichteten einen Großteil der feindlichen Kräfte. Die anderen zogen sich hinter die thailändisch-kampucheanische Grenze zurück oder hausten verstreut in Bergregionen.

Dank einer richtigen Orientierung auf dem Gebiet der Landesverteidigung zum Schutze unserer Menschen können wir jetzt eine Armee aufbauen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Vor der Befreiung hatten unsere Streitkräfte eine zahlenmäßig geringe Stärke. Heute verfügen wir über Divisionen und entsprechende Militärtechnik. Alle Bezirke haben ihre eigenen regionalen Truppen und Tausende von Milizangehörigen.

Damit wurden die innere Sicherheit und die Grenzsicherung weiter verbessert. Die Volkssicherheitskräfte beteiligen sich aktiv daran, das Leben unserer Bevölkerung auf allen Gebieten zu stabilisieren.

Die Organe der Volksmacht wurden und werden schrittweise vom Zentrum bis zur Basis aufgebaut. Die Wahlen der Mitglieder der Orts- und Wohngebietsausschüsse sowie die allgemeinen Wahlen zur Nationalversammlung der Volksrepublik Kampuchea (vom März bzw. Mai 1981; d. Red.) führten zu positiven Ergebnissen. Zum ersten Mal in unserer tausendjährigen Geschichte wählten die Staatsbürger Kampuchreas frei und ungehindert Menschen ihres Vertrauens, damit diese den revolutionären Aufbau des Landes leiten.

Ausgehend von einer richtigen Aneignung der marxistisch-leninistischen Lehre, unter Beachtung der konkret-historischen Situation sowie der spezifischen Bedingungen Kampuchreas auf ökonomischem und sozialem Gebiet – wobei wir die Erfahrungen der revolutionären Weltbewegung auswerten –, hat die RVPK die gemeinsame Aufgabe für die Partei und das ganze Volk in der gegenwärtigen Phase der Revolution bestimmt. Sie besteht darin, die nationale Unabhängigkeit entschlossen zu verteidigen, das Land aufzubauen und so die Übergangsperiode zu meistern, die Schritt für Schritt zum Sozialismus führt.

Wir müssen unsere Aufmerksamkeit auf die Machenschaften der reaktionären Kreise Pekings konzentrieren, die einen langen Krieg in Gang halten wollen, um unser Territorium zu erobern. Ihre Strategie zielt darauf ab, Kampuchea zu einem Sprungbrett zu machen, von dem aus sie Vietnam und Laos an sich reißen und dann die südostasiatische Region annektieren wollen. Unserem Volk muß begreiflich gemacht werden, daß die soeben erst errungene Unabhängigkeit unseres Landes weiterhin bedroht ist. Der besondere Charakter der kampucheanischen Revolution in dieser Phase besteht darin, daß wir aufbauen und zugleich stets kampfbereit sein müssen.

Drei Komponenten der Volkswirtschaft

Unsere ökonomische Basis hat einen ausgesprochen agrarischen Charakter, wir verfügen über eine relativ große Nutzfläche und sehr günstige natürliche Bedingungen. Deshalb ist die Landwirtschaft für uns ein großer Trumpf. Wir werden die Übergangsperiode, in der wir Kurs auf den Sozialismus nehmen, auf landwirtschaftlicher Grundlage durchlaufen.

Um die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten voll auszuschöpfen und die Lücken der staatlichen Wirtschaft zu überbrücken, haben wir uns das Prinzip zu eigen gemacht, die Wirtschaft unseres Landes auf der Basis von drei Komponenten zu entwickeln. Diese Komponenten sind die staatliche Wirtschaft, die kollektive Wirtschaft und die Familienwirtschaft.

Die staatliche Wirtschaft erstreckt sich auf alle Bereiche: Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel und Versorgung. Diese Einheiten werden zentral oder regional geleitet. Wir müssen auf den Aufbau der staatlichen Wirtschaft hinwirken und ihre führende Rolle in der Volkswirtschaft entwickeln.

Die kollektive Wirtschaft setzt sich gegenwärtig zum großen Teil aus den gemeinschaftlichen Produktionsgruppen im Bereich der Landwirtschaft und der Fischerei sowie aus den unlängst organisierten gemeinschaftlichen Forstproduktionsgruppen zusammen. Im Handel bestehen die Einkäufer- und Verkäufergruppen. Den gemeinschaftlichen Produktionsgruppen können Großhandelsaufgaben übertragen werden. In der gegenwärtigen Lage sind sie eine überaus rationelle ökonomische Organisationsform in der Landwirtschaft.

Die Organisation der gemeinschaftlichen Produktionsgruppen wird von den Prinzipien der Freiwilligkeit, der kollektiven Beratung und des gemeinsamen Interesses bestimmt. Sie hält sich an den Grundsatz der Verteilung nach der geleisteten Arbeit, der eng mit der Tradition der gegenseitigen Hilfe verbunden wird: Versehrte und Arbeitsunfähige erhalten Unterstützung.

Die Familienwirtschaft umfaßt die häusliche Wirtschaft aller Familien. Insbesondere das Handwerk hat aktiven Anteil daran, das Lebensniveau der Bevölkerung zu heben und die Probleme in der gegenwärtigen Situation lösen zu helfen. Die über das staatliche Soll hinaus produzierten Erzeugnisse sind frei verkäuflich. Wenn der Staat den Wunsch hat, sie aufzukaufen, muß der Preis auf der Grundlage der gegenseitigen Verständigung festgesetzt werden.

Kampuchea, Vietnam und Laos sind eine Familie in der großen Gemeinschaft der sozialistischen Länder in der Welt. Wir werden die Freundschaftsbande mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern weiter festigen.

Schrittweise zum Sozialismus

Der Kommunismus ist ein hehres Ideal unserer Partei, die leuchtende Zukunft, der die Menschheit entgegenstrebt. Die Pol-Pot-Clique hat den Namen „Kommunistische Partei Kampuchreas“ mißbraucht, um das Volk zu betrügen und ihren schmutzigen Machenschaften Vorschub zu leisten. Sie hat das Ansehen der Kommunistischen Partei schwer geschädigt. Daher schlägt das Zentralkomitee dem Parteitag vor, den Namen der Partei in „Revolutionäre Volkspartei Kampuchreas“ (RVPK) zu ändern. Diese Namensänderung zeigt klar, daß wir entschlossen sind, die Partei auf der Basis des Marxismus-Leninismus und der Traditionen unserer Partei zu reorganisieren und uns eindeutig von der Pol-Pot-Partei zu unterscheiden.

Die Revolutionäre Volkspartei Kampuchreas ist die revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse Kampuchreas, die die neue, höhere Produktionsweise repräsentiert. Unsere Partei stützt sich auf die Ideologie der Arbeiterklasse, auf die marxistisch-leninistische Lehre. Sie ist in ihren Analysen der politischen, ökonomischen und sozialen Situation Kampuchreas dem Marxismus-Leninismus treu, um eine richtige politische Linie auszuarbeiten, die die kampucheanische Revolution weiter voranbringt.

Unsere Partei erhebt das Banner des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit und den Sozialismus. Getreu dem revolutionären Ideal der Arbeiterklasse bemüht sich die RVPK, das Land schrittweise zum Sozialismus zu führen. Das ist der einzige Weg für die nationale und soziale Befreiung, der dem Volk Harmonie und Glück bringen und das Fundament der nationalen Unabhängigkeit sicher schützen wird.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 29/1981, S. 25-26; Ausschnitte)

Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Gegenwärtig hat das AIB etwa 4500 Abonnenten. Die Standardauflage liegt – je nach der Brisanz des Schwerpunktthemas der Hefte – bei 5000 bis 8000 Exemplaren. Wir sind damit die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt in der Bundesrepublik. Ein gutes Ergebnis, meinen wir, aber dennoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir wollen mehr. Mehr Leser. Und vor allem: Mehr Abonnenten! Denn ein kontinuierlicher Abonnentenzuwachs ist die wichtigste Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Aufwärtsentwicklung unserer Zeitschrift. Die positive Entwicklung der Abonnentenzahlen in den ersten Monaten 1981 hat uns veranlaßt, uns ein ganz konkretes Ziel zu stecken: Tausend neue AIB-Abonnenten bis zum Sommer 1982!

Appell an unsere Leser: Helft mit – werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

Unser Angebot:

Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

Es lohnt sich, neue AIB-Abonnenten zu werben

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplatten-

prämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein; und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.

Für einen Abonnenten:

Eduardo Galeano

Die offenen Adern Lateinamerikas.
Die Geschichte eines Kontinents
von der Entdeckung bis zur Gegenwart
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten,
Peter Hammer Verlag 1981

Autorenkollektiv

**AFRIKA. Geschichte von den Anfängen
bis zur Gegenwart in vier Bänden**
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten
Pahl-Rugenstein Verlag 1979/80

Hermann Kohn

El Salvador/Nicaragua.
Aufstand im US-Hinterhof
191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981

Jürgen Roth/Kamil Taylan

Die Türkei – Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv Verlag 1981

Ernesto Cardenal

Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981



Plácido Erdozaín

San Romero de America.
Das Volk hat dich heilig gesprochen.
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Peter Schütt

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg)

Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme, Grundsätze und
Ziele von 1945 bis zur Gegenwart
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing

**Das ist unser Land – Westbank und
Gazastreifen unter israelischer Besatzung**
320 Seiten, Lamuv 1980

Sergio Ramirez

Vom Vergnügen des Präsidenten.
Erzählungen aus Nicaragua
141 Seiten, Peter Hammer 1981

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
 388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Brönner
**Afghanistan.
 Revolution und Konterrevolution**
 290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
Erinnerungen seines Privatsekretärs
 429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
**Südafrika.
 Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf**
 160 Seiten, Pahl Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild
**Die zweite Befreiung.
 Alphabetisierung in Nicaragua**
 Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal
 204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez
**Viva Sandino! Leben und Tod des
 ersten lateinamerikanischen Guerillaführers**
 157 Seiten, Peter Hammer 1981

MALIBONGWE.
Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen
 176 Seiten, Weltkreis 1980

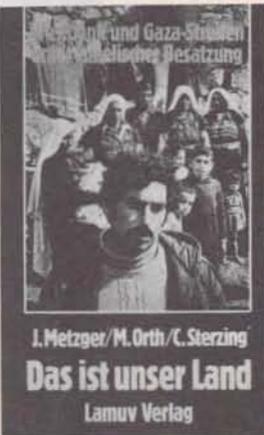
Michael Opperskalski
**Gott ändert nichts...
 Iran gestern und heute**
 236 Seiten, Weltkreis 1980

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis
**Das neue Äthiopien.
 Vom Kaiserreich zur Revolution**
 196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouvou
**Angola. Vom Königreich Kongo zur
 Volksrepublik**
 272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

**Ernesto Cardenal
 Die Stunde Null**

Von der Heiligkeit der Revolution - Getreu für
 Marxische Ideale - Für die höchsten Anstrengungen - Das
 Buch von der Liebe
 Hammer



Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer
**Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und
 Befreiungskampf heute**
 219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Günter Giesenfeld
Vietnam - Laos - Kambuchea
 240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt
Das Sexbuch
 249 Seiten, Weltkreis 1979

Für zwei Abonnenten:

Autorenkollektiv
**Länder der Erde.
 Politisch-ökonomisches Handbuch**
 7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Lutz Görner spricht Nâzim Hikmet
Ich liebe mein Land
 30-cm-LP, Verlag Pläne 1981

Quilapayun
UMBRAL
 30-cm-LP, Verlag Pläne

Bongi Makeba
Blow on Wind
 30-cm-LP, Verlag Pläne

Jabula
African Soul
 30-cm-LP, Verlag Pläne

Ernesto Cardenal
**Unser Land mit den Menschen
 die wir lieben**
 Gedichte. Mit Bildern aus
 Solentiname und dem neuen Nicaragua
 64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba. Vom Zuckerrohr zur Zukunft
 144 Seiten, reich illustriert
 Weltkreis 1978

Buch- und Schallplattenprämien für die Werber!

Jabula
 AFRICAN SOUL

Unser Land mit den Menschen die wir lieben
 ERNESTO CARDENAL

Lutz Görner spricht Nâzim Hikmet
Ich liebe mein Land

Mohammed Sarkash/Seamus O'Faolain

Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden (2. Teil)

Gailanis Gruppe ist das letzte Mitglied in der Islamischen Allianz (siehe 1. Teil in: AIB 9/1981; d. Red.), und sie ist die einzige, die offen die Wiederherstellung der afghanischen Monarchie unterstützt.

Gailanis Herkunft unterscheidet sich von der seiner Allianz-Mitstreiter insofern, als sein Vater eine irakische religiöse Persönlichkeit war, welche sich vor dem 1. Weltkrieg in Afghanistan ansiedelte. Nachdem sein Vater wegen seiner Gegnerschaft zur afghanischen Unabhängigkeit 1919 gehängt wurde, häufte Sayed Gailani großen Reichtum an.

Er tat dies durch Landbesitzungen, Farmen und Tributzahlungen der Nomaden an ihn, die ihn als Sohn eines großen religiösen Führers verehrten (er wird als „Pir“ angesprochen, der Titel einer hochgestellten religiösen Persönlichkeit). In den 70er Jahren war er auch als Geschäftsmann erfolgreich, indem er der Alleinvertreter von Peugeot-Wagen in Afghanistan wurde. Durch seine Frau ist er mit dem früheren König von Afghanistan verwandt (der jetzt in Rom lebt).

Pir Gailani – ein saudischer „Modernist“

Gailani gründete seine Nationale Front für die Islamische Revolution bald nach der Revolution von 1978, wobei er stark auf seine Unterstützung unter den Nomaden setzte.

Das Manifest der Front zeigt einen liberaleren Standpunkt als jenen Hekmatyars.¹⁵ Die fundamentalistischen Prinzipien, zu denen es sich bekennt, sind „Islam, Nationalismus und Demokratie“, und es macht sogar ein Zugeständnis an die Gleichheit der Geschlechter. Trotz einer „modernistischen“ Sprache ist das Manifest jedoch streng gegen irgend-

Moslembrüder: gemeinsame Wurzel der Rebellen

Seling Harrison, ein ranghohes Mitglied der Carnegie-Stiftung, wies in *Foreign Policy* (Winter 1980/81) nach, daß US-Hilfe an Rebellen-Gruppen in Afghanistan umgeleitet wurde, und stellte klar die politische Verantwortung der Moslem-Bruderschaft heraus: „Die meisten der in Peshawar stationierten Widerstandsgruppen unterstützen die militante, fundamentalistische Abart des Panislamismus, die mit der Moslem-Bruderschaft identifiziert wird. Die Bruderschaft, die in der gesamten islamischen Welt operiert, bestreitet die Wichtigkeit, ja sogar die Gültigkeit eines getrennten afghanischen, pakistanischen oder arabischen Nationalismus und betont demgegenüber die Einheit des Islam. Unter anderem aus diesem Grunde wurden in den vergangenen Jahrzehnten afghanische fundamentalistische Führer vom Hauptstrom des afghanischen politischen Lebens isoliert und hatten deshalb Schwierigkeiten, als Widerstandsführer anerkannt zu werden.“

Die Bruderschaft, 1928 in Ägypten gegründet, verbreitet sich schnell über Ägypten, den Sudan, Syrien, Palästina, Libanon und Nordafrika, und sammelte innerhalb eines Jahrzehnts 200.000 Mitglieder, organisiert in festgefühten örtlichen Zellen. In der Forderung nach „Reinheit“ der islamischen Welt haben sie lange Zeit ausländischen Einfluß durch Säkularisation oder Modernisierung zurückgewiesen. Seit sie in den 50er Jahren in Ägypten in den Untergrund gedrängt wurde, hat die Bruderschaft ihre Aktivitäten auf terroristische Angriffe auf die weniger fundamentalistischen Regimes in der Region (darunter derzeit gegen Syrien) konzentriert.



Afghanischer Rebellenführer Zia Nassery: Im Iran auf Eis gelegt

eine Art von Agrarreform.

Gailanis etwas liberalere Redeweise hat häufig offene Spaltungen in der Allianz hervorgerufen. Als er nach Westeuropa ging, um Waffen für die Aufrührer zu beschaffen, kritisierte Abdul Rasul Sayaf, der Präsident der Allianz, seine Bemühungen als „zu prowestlich“ und gab eine Erklärung heraus, in dem sich die Allianz davon distanzierte.¹⁶

Zusätzlich zu Gailanis Unterstützung durch Ägypten (über die Allianz) erhielt er starke saudiarabische Finanzhilfe. Die Saudis fördern seine monarchistischen Sympathien und haben saudische Pässe an die Mitglieder der Familie des Ex-Königs in Italien ausgegeben. Gailani unterhält je einen Wohnsitz in London und Peshawar. Im Juni 1980 traf er sich in London mit Douglas Hurd, einem hohen Beamten im Außenministerium, sowie mit anderen Regierungsbeamten, um sie um Waffenlieferungen zu ersuchen.

Zwei Monate später wurde im britischen *Sunday Telegraph* enthüllt, daß einige der Waffen, die Großbritannien an arabische Länder verkauft hatte, an afghanische Rebellen umgeleitet worden seien.

Während die iranische Regierung in ihrer verbalen Verurteilung sowjetischer Truppen in Afghanistan weitaus weniger zurückhaltend war als Pakistan, war sie in der Unterstützung von Rebellen-Aktivitäten von ihrem Territorium aus weniger nachgiebig. Im Juni 1980 verboten die iranischen Behörden vom Iran ausgehende Aktivitäten von Rabbanis Islamischem Bund Afghanistans, wobei sie sich darauf beriefen, Beweise zu besitzen, daß die Gruppe zum CIA sowie zu israelischen und ägyptischen Geheimdiensten Verbindungen hatte. Der Iran ließ auch verlauten, daß Rabbanis Anhänger Heroin

schmuggelten und Waffen und Geld an konterrevolutionäre Gruppen im Iran lieferten.

Auf der anderen Seite begann die Belutschi-Minorität des Iran im Spätjahr 1978 Waffen, Medikamente und Geld an afghanische Belutschi-Kräfte zu liefern. Die Unterstützung wurde von Maulawi Abdul-Aziz Mollazadeh, dem religiösen Führer der halben Millionen sunnitisch-moslemischer Belutschi, und seiner iranischen Etehadol-Moslem-Partei koordiniert.¹⁷ Der afghanische Belutschi-Führer ist Mohammed Sharif.

Rebellen der schiitischen Hazara-Minorität haben ebenfalls Repräsentanten zu sympathisierenden iranischen Gruppen gesandt und von ihnen Unterstützung erhalten.

In den nördlichen, nordöstlichen und zentralen Teilen Afghanistans wurden die tadschikischen, usbekischen und Hazara-Rebellen-Bewegungen von China militärisch unterstützt.¹⁸ Dies geschieht zusätzlich zu Chinas Beratern und Militärnachschub, der zu Rebellen-Ausbildungslagern in Pakistan gesandt wird.

Anfang des Jahres 1981 jedoch kündigte China an, daß es infolge der Konzentration auf seine eigene wirtschaftliche Entwicklung in großem Ausmaß seine Hilfe für Regierungen von Ländern der Dritten Welt und für Befreiungsbewegungen (als solche betrachtet es die afghanischen Rebellen) kürzen werde. Es kann noch nicht genau festgestellt werden, ob dies die Hilfe für die afghanischen Rebellen berührt.

Rebellenförderer im Iran, China, Ägypten

Im Frühjahr 1980 ging Counter Spy auf CIA-Unterstützung an afghanische Rebellen ein, die gegen 1979 begann. Erst Mitte Februar 1980 gab ein höherer Beamter des Nationalen Sicherheitsrates offiziell zu, daß die USA mit der Zustimmung Präsident Carters Waffen an nicht näher bezeichnete Rebellen-Gruppen lieferten.¹⁹

Eine Person mit Verbindungen zu Rebellen, Zia Nassery (ein US-Staatsbürger), traf sich mit hochrangigen US-Beamten und -Senatoren während seiner Besuche in den Jahren 1979 und 1980.²⁰ Nassery erzählte später einem Interviewer des deutschen Magazins Der Spiegel, daß seine Anhänger von Anwar al-Sadat in Ägypten Ausbildungseinrichtungen bekommen hätten.²¹ Im Spätjahr 1980 trafen sich zwei afghanische Rebellenführer, Sayed Bahddin Madschruh und Sadeddin Schpoon, die für sich in Anspruch nehmen, ein weites Spektrum von Widerstandskämpfern zu vertreten, mit Beamten des Außenministeriums, einem halben Dutzend Senatoren und Henry Kissinger (bis 1976 US-Außenminister; d. Red.).²²

Jetzt fällt die Frage des Ausweitens dieser Unterstützung voll auf die Schultern von Ronald Reagans Umgebung. Einer von Reagans Spitzenberatern auf dem Geiet ist der frühere Botschafter in Afghanistan, Robert Neumann, der sich klar für ein konfrontierendes Herangehen an die Sowjetunion ausspricht. Die Far Eastern Economic Review berichtete nach Präsident Reagans Amtsübernahme vertraulich, daß „die USA wahrscheinlich versuchen werden, sich mit militärischer und wirtschaftlicher Hilfe bis zu 200 Mio Dollar in ihre Gruppen (Gailani, Khalis, Mohammadi und Mujaddedi) einzuschalten“.²³

Andere Ausdrucksformen von äußerer Hilfe gab es in viel kleinerem Maßstab. Typisch ist die in Paris beheimatete Gesellschaft der Freunde Afghanistans, die über Anzeigen in französischen Zeitungen Spenden für die Rebellen sammelt. Sie verteilten den Gegenwert von 45.000 Dollar im Juni 1980 unter Rebellenführer.²⁴

Wird fortgesetzt

(Quelle: Counter Spy, Washington, Nr. 3/Mai-Juni 1981, S. 24-33)

Söldner als „afghanische Freiheitskämpfer“

Eine der US-Organisationen, die offen Geld für die afghanischen Rebellen sammelt, ist der Afghan Freedom Fighters Fund (Afghanischer-Freiheitskämpfer-Fonds) mit Sitz in Boulder/Colorado, der vom Verleger des Magazins Soldier of Fortune (SoF), Robert Brown, gegründet wurde. Seine Postfach-Nummer ist die gleiche wie die der Anzeigenabteilung von SoF.

In der Anzeige des Fonds, auffallend auf der Rückumschlagseite von SoF plaziert, heißt es: „Kaufen Sie eine Kugel, schießen Sie einen russischen Eindringling ab... Alle gesammelten Gelder werden einer von der Redaktion des SoF ausgewählten afghanischen Widerstandsgruppe übergeben. Diese Gelder werden dazu benutzt, Waffen, Munition und Medikamente zu kaufen, je nach den spezifischen Bedürfnissen der afghanischen Widerstandsgruppe, die die Gelder erhält.“

Verschiedene SoF-Reporter sind nach Peshawar gegangen und behaupten, sich Rebellen-Gruppen angeschlossen zu haben und nach Afghanistan vorgedrungen zu sein. Die letzten Ausgaben von SoF sind voll von ihren Prahlereien über ihre Erlebnisse in Afghanistan. (Die Ausgabe vom Mai 1981 enthält auch ein Foto von Maschmet Mujaddedi, dessen Vater der Nationalen Befreiungsfront Afghanistans vorsteht, wie er mit einem chinesischen Sturmgewehr posiert.)

Drei Söldner, die angaben, Mitglieder der mit SoF zusammenhängenden Söldner-Vereinigung „Wildgänse“ zu sein, kamen kürzlich in Pakistan an, um die afghanischen Rebellen zu unterstützen. Sie behaupteten, „die Vorhut eines Kontingentes von 72“ zu sein. Die drei gaben ihre Namen als Walter John Pilgrim, Robin Hugh Morrison (beide sind Briten) und Eugene Trajan Shipley, US-Bürger, an. Pilgrim (der angab, Söldner in Kongo und „Rhodesien“ gewesen zu sein) und Morrison (der angibt, Söldner in der französischen Fremdenlegion und in Angola gewesen zu sein) sagten, sie wollten „Russen töten“.

Verschiedene andere Mitglieder der „Wildgänse“ kamen und gingen nach Peshawar in den zurückliegenden Monaten. Einige von ihnen behaupteten, daß sie von der US Defense Intelligence Agency (DIA) angeworben worden seien, um spezielle sowjetische Militärausrüstungen in Afghanistan zu erbeuten und herauszubringen. Dem Londoner Observer vom 22.3.1981 zufolge „sagen sie, daß es die Amerikaner bequem finden, Briten anzuwerben, weil diese kein Einreisevisum für Pakistan benötigen. Diese Geschichte wird teilweise durch die Tatsache bestätigt, daß US-Beamte mit Sicherheit einige selbständige Fotografen gebeten haben..., die Instrumente von abgeschossenen Kampfflurschraubern zu fotografieren.“

Anmerkungen:

- 15) Vgl. P. Franceschi, Ils ont choisi La Liberté, Paris 1981, S. 260ff.
- 16) New York Times (NYT), 20.7.1980
- 17) NYT, 16.1.1980
- 18) Le Monde Diplomatique, Februar 1980
- 19) NYT, 16.2.1980
- 20) Nassery ging Anfang 1980 in den Iran und wurde im März 1980 unter dem Vorwurf der Spionage festgenommen. Zwei Beamte der Schweizer Botschaft in Teheran (die die US-Interessen dort wahrnimmt) besuchten Nassery im März 1981 im Evin-Gefängnis.
- 21) Der Spiegel, Nr. 3/1980
- 22) Wall Street Journal (WSJ), New York, 5.12.1980
- 23) Far Eastern Economic Review (FEER), 23.1.1981
- 24) FEER, 5.12.1980

WER BAUTE DAS SIEBENTORIGE THEBEN...?

Kritische, materialistisch geführte Studienreisen, in den

Weihnachtsferien nach Rhodos und Kos

(15 Tage ab 1640 DM, Halbpension), andere im Frühjahr 1982. Von Althistoriker und erfahrener Reiseleiter. Kinder willkommen.

Information: Andreas Schneider, Schierenberg 20, 2000 Hamburg 73, Tel.: 040/6475146 (abends)

Wolfram Bröner / Anni Friese

Der „Krieg im Innern“

„Wir sehen uns einem regelrechten inneren Krieg gegenüber“, sagte der Stellvertretende iranische Außenminister Mohammad Ahmad Azizi Anfang September d.J. in einem Interview. „Und er kommt zu dem hinzu, den wir gegen den Irak führen. Aber tatsächlich ist der Krieg gegen die inneren Feinde härter. Sie tragen keine Uniform und wir wissen nicht, von wo der nächste Angriff kommt.“

M.A. Azizi erläuterte, daß die Feinde bis in die Regierungsebenen hinein hätten gelangen können, da nach der Revolution die alten Sicherheitsmethoden des kaiserlichen Geheimdienstes SAVAK vollkommen zurückgewiesen worden seien und man keine „neuen Methoden angenommen (hat), die sich auf die Unterstützung des Volkes stützen. Methoden, die es unseren Feinden erleichtern, unsere Regierung zu infiltrieren“, fügte der stellvertretende Außenminister hinzu. „Aber niemals werden uns die Terroristen davon abhalten können, auf dem Weg der Revolution voranzuschreiten.“¹ Spektakulärste Zeichen dieses „inneren Krieges“ waren die Teheraner Bombenexplosionen vom 26. Juni und 30. August d.J. Beim ersten Anschlag starben in der Zentrale der regierenden Islamisch-Republikanischen Partei (IRP) allein 74 ihrer Führungskräfte, darunter mit Ayatollah Beheshti, IRP-Generalsekretär und Präsident des Obersten Gerichts, die nach Imam Khomeini dominierende Persönlichkeit der islamischen Bewegung. Beim zweiten Anschlag starben im Regierungssitz der – erst Ende Juli d.J. mit über 90% der Stimmen gewählte – Staatspräsident Mohammad Ali Rajai und der ebenfalls gerade neuernannte Ministerpräsident Mohammad Djawad Bahonar, der auch Beheschtis Nachfolge als IRP-Generalsekretär angetreten hatte. Bei demselben Bombenanschlag kam auch der iranische Polizeichef Oberst Wahid Dastgherdi ums Leben.

„Erfolgreichste“ Bombenanschläge der Geschichte

Am 5. September d.J. wurde Ayatollah Ali Ghodussi, Generalstaatsanwalt der Revolution, ermordet. Damit überstieg die Liste der seit der Absetzung des Präsidenten Abolhassan Bani-Sadr durch Terroranschläge getöteten Führungskräfte der IRP die Zahl 80. Es ist dies die wohl „erfolgreichste“ Attentatsbilanz der Geschichte, bei der bis auf Ayatollah Khomeini, den Parlamentspräsidenten Haschmi Rafsandshani und den nunmehrigen IRP-Generalsekretär Ayatollah Ali Khomeini (Teheraner Freitags-Imam und Vertrauter Khomeinis) praktisch keine der Schlüsselfiguren der islamischen Staats- und Parteiführung überlebte.

Die Machtorgane antworteten mit einer neuen Verhaftungs- und Hinrichtungswelle, der im Zeitraum Juni bis Anfang September d.J. rund 900 Regimegegner,² vornehmlich Mitglieder der Volksmujahedin, zum Opfer fielen. Letztere bekannten sich im übrigen zu einer Reihe von Mordanschlägen und rechtfertigten auch ausdrücklich – so ihr Vorsitzender Massoud Radjavi gegenüber der Time vom 14.9.1981 – den Mord am Staats- und Ministerpräsidenten vom 30. August d.J. Die anderen aktuell Betroffenen gehören vornehmlich ultra-linken Gruppierungen wie der maoistischen Paykar, Randjbar und der kurdischen Kumuleh an.



Millionen demonstrierten in Teheran im Juli/August d. J. gegen die Morde an den IRP-Führern Beheshti, Rajai, Bahonar

Dieser „innere Krieg“ nahm seinen eigentlichen Anfang im Juni d.J. mit der dramatischen Zuspitzung des Machtkampfes zwischen dem Staatspräsidenten A. Bani-Sadr und seiner breitgefächerten Anhängerschar auf der einen Seite und der islamischen Führung um Ayatollah Khomeini und die IRP, die in den Regierungsfunktionen, dem Parlament und den anderen Revolutionsorganen das Übergewicht hatten, auf der anderen Seite.

Treffend nannte Le Monde Diplomatique im August d.J. den Staatspräsidenten „Cefangenen einer Verfassung, die seine Funktion begrenzt“. Entgegen den Bestrebungen A. Bani-Sadrs, zusätzliche Machthebel an sich zu reißen, sieht die im Dezember 1979 per Referendum angenommene Verfassung der Islamischen Republik die gewählten Vertreter des Volkes – also die Parlamentsabgeordneten und die aus ihren Reihen gewählten Regierungsmitglieder (Minister) – als die eigentlichen machtausübenden Organe an. So wird der Präsident laut Verfassung vom Parlament kontrolliert und ihm eine mehr koordinierende und repräsentative Rolle zugewiesen.

Während A. Bani-Sadr die Verfassung für sich dahingehend auslegte, die Regierung Rajai weitestgehend zu blockieren und zu behindern,³ warf er gleichzeitig der Regierung in einer Kampagne seines Hausblattes Enghelab-e Eslami (Islamische Revolution) vor, „den Islam zu monopolisieren“ und „Despotismus“ an den Tag zu legen. Eingeladen zur Diskussion im Fernsehen, verweigerte er die Teilnahme, „solange das Fernsehen und der Rundfunk zensiert werden“ und machte sich zum Sprecher aller derjenigen, die mehr „Freiheiten“, „mehr Demokratie“ verlangten.

In seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Armee, die ihm von Imam Khomeini übertragen worden war, trug A. Bani-Sadr nach Beginn der irakischen Aggression gegen den Iran dazu bei, die iranische Abwehr an der Westfront zu verzögern.⁴ Er tat alles, um kurz nach der Aufdeckung eines Putschversuches der Luftwaffe im Juli 1980 eine Säuberung unter den Luftwaffenoffizieren zu verhindern, die der islamischen Führung – wegen der zumeist amerikanischen Ausbildung und bourgeoisen Herkunft der Militärs – als potentielle konterrevolutionäre Gegenkraft von vornherein ver-

dächtig waren.

Zur Offensive gegen den „Führer der Opposition“, wie sich A. Bani-Sadr mittlerweile vor ausländischen Interviewern selbst bezeichnete, kam es dann, als im Juni 1981 mehrere seiner engen Mitarbeiter, darunter Zentralbankdirektor Nobari, wegen Staats- und verfassungsfeindlicher Vergehen verhaftet und Bani-Sadrs Zeitung sowie die ihm nahestehende Mizan, Hausblatt des liberalen Ex-Ministerpräsidenten Mehdi Bazargan, verboten wurden. Das Parlament beschloß am 10. Juni 1981, A. Bani-Sadr den Oberbefehl über die Armee zu entziehen und kündigte auch ihm eine Untersuchung seiner Tätigkeit auf Verfassungsmäßigkeit an. Daraufhin verschwand Präsident Bani-Sadr am 13. Juni d.J. im Untergrund.

Am 20. Juni 1981 endete die politische Konfrontation zwischen Regierung/Parlament und dem Staatspräsidenten: Das Parlament forderte nach einer zweitägigen Debatte über die „politische Kompetenz“ des Präsidenten dessen Absetzung, die von Ayatollah Khomeini tags darauf verfassungsgemäß bestätigt wurde. Seitdem besteht gegen den einer Reihe von Verfassungsbrüchen angeklagten Expräsidenten Bani-Sadr Haftbefehl.

Mit der Entfernung A. Bani-Sadrs und seiner Mitstreiter aus wichtigen Positionen im Staats- und Verwaltungsapparat wurden praktisch die letzten der „liberalen“, den revolutionären Zielen der islamischen Führung um Khomeini entgegenstehenden Kräfte aus den Schaltstellen der Machtorgane verdrängt. Die sich zur „Opposition“ zählenden Elemente verschärften nun auf allen Ebenen ihre Konfrontation.

Bani-Sadr und die Verirrung der Volksmujahedin

Am stärksten reagierten die Volksmujahedin, die Abolhassan Bani-Sadr nach dessen Untertauchen versteckt hielten und ihm anschließend zur Flucht verhalfen. Als Antwort auf den Entscheid vom 20.6.1981 gingen sie zum „bewaffneten Kampf“ gegen die des „Despotismus“ bezichtigte IRP bzw. „Khomeinis schwarze und reaktionäre Diktatur“ über⁵.

Mehr noch. Am 11. August d.J. gaben die gemeinsam geflohenen Abolhassan Bani-Sadr und Volksmujahedin-Führer Massoud Radjavi im Pariser Exil die Gründung eines „Nationalen Widerstandsrats“ bekannt, der als Vorläufer eines künftigen „Verfassungsrates“ – unter der Losung „Freiheit, Unabhängigkeit und Islam“ – den vereinten „Sturz Khomeinis“ zum Ziel hat. Laut A. Bani-Sadr ist man dabei, eine „Regierung der nationalen Zusammenarbeit“ zu bilden, mit ihm als dem angeblich weiterhin „rechtmäßigen Präsidenten“. M. Radjavi hingegen sei befugt, die Maßnahmen zu ergreifen, die zum Sturz des Regimes in Teheran führen könnten. Damit seien die Volksmujahedin von A. Bani-Sadr beauftragt, die „Oppositions- und Subversionspolitik“ gegen das „Regime Khomeinis“ weiterzuführen.⁶

Die im Jahr 1965 gegründeten Volksmujahedin haben damit ihre bislang vorrangige Ausrichtung an antiimperialistischen, den Islam sozialrevolutionär auslegenden Grundsätzen eingetauscht gegen eine aus der Verabsolutierung von Repressalien gegen sie und aus machtpolitischen Erwägungen herausgeborene Allianz mit der iranischen Bourgeoisie und ihrem Sachwalter Abolhassan Bani-Sadr. Ihre heute vorrangige Ausrichtung gegen die im revolutionären Prozeß dominierende radikale Geistlichkeit⁷ ließ die Volksmujahedin sich in der Falle des Imperialismus und seiner iranischen Mitstreiter verfangen, wie der Volksmujahedin-Führer Reza Sa'adati in seinem Testament Ende Juli d.J. selbstkritisch resümierte (siehe Kasten).

Seit dem Sieg der Revolution vom Februar 1979 sieht sich der Iran einem – so Eric Rouleau – „unerklärten Krieg“⁸

gegenüber, der das Ziel hat, die Revolution zu stürzen. Nach wiederholten, aber immer wieder mißglückten Versuchen der Carter-Administration, die „stabilste Basis“ neokolonialer Interessen im Mittleren Osten, zurückzuerobern, stellte sich Nachfolger Ronald Reagan auf den Standpunkt, überhaupt erst „mit dem Iran zu reden, wenn dort gemäßigte Elemente an die Macht kommen“.⁹

Bisher jedoch schlugen alle von und mit Washington geplanten Versuche, diese den Imperialismus schmerzende Wunde zu heilen, nicht nur fehl, sondern sie gaben auch immer wieder unfreiwillige Anstöße zur weiteren Radikalisierung der revolutionären Kräfte. Ihre von Anfang an ausgeprägt antiamerikanisch-antiimperialistische Ausrichtung, die sich nach dem Sturz der Monarchie in der Hauptlosung „Unser Feind Nr. 1 ist Amerika“ niederschlug, förderte unter ihnen und den Volksmassen nach und nach die Erkenntnis, daß nicht nur die USA selbst – in Form ihrer Soldaten und Kriegsflotte am Persischen Golf – die Revolution bedrohen. Zunehmend erkannt wurde auch, daß der imperialistische Kontrahent in vielerlei Gestalt und sogar unter der Maske des Islam auf einen Umsturz hinarbeitet. Ayatollah Khomeini selbst warnte in einer seiner Reden vor dem Feind, der „sogar in der Maske des Islam sich eingeschlichen habe“ und warnte die Bevölkerung auch vor jenen Mullahs, die „schlimmer als Savakis und Verräter“ seien.¹⁰

Das ursprüngliche US-amerikanische Konzept, mit der Provisorischen Regierung eine „friedliche“ Rückeroberung des verlorenen Einflusses zu erreichen, ging mit dem Scheitern ihres Premiers Bazargan im November 1979 zu Bruch. Die von Washington verhängte Wirtschaftsblockade und zusätzliche Sabotage in verschiedener Form an Industrie- und Landwirtschaftseinrichtungen des Iran führte zur Forcierung des staatlichen Eingreifens in bedeutende Wirtschaftsbereiche, darunter zur Verstaatlichung von Banken, Versicherungen und des Gros der Industrie. Als schließlich, nach dem Scheitern mehrerer Putschversuche inklusive der US-Operation „Blaulicht“ vom April 1980 (siehe AIB 7-8/1980, S. 6/7), das irakische Hussein-Regime im September 1980 mit einem Kriegszug gegen den Iran assistierte,¹¹ ging die Rechnung derer, die um jeden Preis „Khomeini loswerden“ (Z. Brzezinski) wollten, wiederum nicht auf.

Weder kam es zu der erhofften allgemeinen Erhebung der nationalen Minderheiten (Araber im okkupierten Khuzistan, Kurden usw.) noch zu einem Einbruch der „radikalen“ Komponente der islamischen Bewegung, repräsentiert durch die vom schiitischen Klerus geführte Islamisch-Republikanische Partei (IRP).

Konfliktpunkte Außenhandel und Bodenreform

Sie und nicht die um Staatspräsident Bani-Sadr gescharten versöhnlerischen „gemäßigten Elemente“ vermochten in den Machtorganen stetig ihre Position zu konsolidieren. Ja, der Verteidigungskrieg gegen den Irak bot den radikalen Anhängern der Linie Khomeinis die Gelegenheit, die suspekten Armee – die potenteste gegenrevolutionäre Kraft, die weitgehend in ihren Kommandostrukturen verblieben war – mit engagierten Kräften der islamischen Bewegung zu durchsetzen und ihr die revolutionären Streitkräfte der Revolutionsgarden (Pasdaran) sowie der Freiwilligen Kampfgruppen („Armee der 20 Mio“) und Partisanen zur Seite zu stellen. Andererseits hat der irakisch-iranische Krieg infolge beträchtlicher Zerstörungen, Deviseneinbußen und anderer wirtschaftlicher Schwierigkeiten – erhöhte Inflation (offiziell 30%), Arbeitslosigkeit (Anstieg von 2,5 auf 4 Mio), Absinken der Industrieproduktion um ca. 40% gegenüber 1978/79 usw.¹² – die ohnehin vom Schah-Regime hinterlassenen großen ökonomisch-sozialen Probleme verschärft.

Das umso stärkere Drängen Khomeinis und der IRP-Führung auf einschneidendere soziale Veränderungen zugunsten der unterprivilegierten Massen (Mostazafin) aber stieß auf einen zusehends massiveren Widerstand nicht nur der im Land verbliebenen Großgrundbesitzer und Großbourgeoisie, sondern auch der sog. „liberalen“ Bourgeoisie und oberen Mittelschicht. Ihr Beharren auf uneingeschränkter, „freier“ Entfaltung des Privateigentums machte sich an zwei zentralen Punkten, den im Parlament diskutierten Gesetzentwürfen zur Bodenreform und zur Verstaatlichung des Außenhandels, fest. Worum geht es dabei?

Die Verstaatlichung des Außenhandels rührt an eine der Pfründen der Bourgeoisie und Basaris und ist eine Schlüsselfrage bei der Realisierung eines sozial gerechteren Verteilungs- und Versorgungssystems. Und dem kommt ein enormes Gewicht zu, da der Iran infolge der neokolonialen Öffnungspolitik des Schah zu 90% vom Import lebenswichtiger

Güter abhängig wurde.

Die Bodenreform ist, obwohl gesetzlich noch nicht endgültig fixiert, bereits in einigen Provinzen (z.B. Isfahan) in Angriff genommen worden. Dort wurde etwa brachliegendes, von den Besitzern nicht genutztes Land bereits verteilt, Saatgut subventioniert und Formen genossenschaftlicher Feldbestellung eingeführt. In der Diskussion um den Gesetzentwurf hatten die Großgrundbesitzer und einige ihre Eigentümerrechte als dem Islam nach gerecht verteidigende Geistliche sich vor allem heftig gegen die Artikel G und D gewandt, in denen von der Enteignung der Großgrundbesitzer und von Beschränkungen auf eine bestimmte Menge Land die Rede ist.

Erste heftige Reaktionen waren unter den Großbasaris und Importeuren festzustellen, als Ende 1980 die Diskussion über die Verstaatlichung des Außenhandels im Parlament begann. Im Dezember 1980 wurden in verschiedenen

Testament des Volksmodjahedinführers S. Mohammad Reza Sa'adati

Wir sind den Revolutionsgegnern in die Falle gegangen



S. Mohammad Reza Sa'adati, Führungsmittglied der Organisation der Volksmodjahedin wurde am 26. Juli d.J. im Teheraner Evin-Gefängnis hingerichtet. Er war dort seit April 1979 wegen angeblichem „Landesverrat“ (Gespräch mit einem sowjetischen Journalisten!) inhaftiert und im November 1980 zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Im Sommer 1981 wurde daraus ein Todesurteil, weil Reza Sa'adati mit dem Mord an dem Leiter des Evin-Gefängnisses in Verbindung gebracht worden war.

Vor seiner Erschießung verfaßte S. Mohammad Reza Sa'adati ein politisches Testament, in dem der aktuelle Kurs der Volksmodjahedin einer kritischen Standortbestimmung unterzogen wird.

Brüder, in Vietnam, in Kambodscha, in Algerien, in Kuba und in Nicaragua standen die revolutionären Kräfte – gestützt auf das gesamte Volk – auf der einen Seite, die Imperialisten, abhängige Kapitalisten, Feudalherren und Aristokraten und inneren Söldner auf der anderen Seite. Aber, meine Brüder, welcher Konstellation sehen wir uns gegenüber? Ich sehe ... die gehässigen und kriegstreiberischen Hände der Weltunterjocher und ihrer inneren Söldner, die seit dem Sieg der großen Revolution vom 22. Bahman (im Februar 1979; d. Red.) versuchen, die Kräfte gegeneinander, insbesondere die Organisation der Volksmodjahedin gegen die Herrschaft (die regierende Islamisch-Republikanische Partei (IRP) und ihre Anhänger; d. Red.), auszuspielen.

Ihr redet von der Diktatur, von der Unterdrückung und den schrecklichen Zuständen. Welche Diktatur? Diktatur stützt sich entweder auf Feudalismus – diese feudalistische Grundlage existiert im Iran jedoch nicht – oder auf eine Kompradorenwirtschaft – auch diese hat keinen Platz in dem herrschenden System.

Mit unseren neuen Positionen haben wir die politischen und strategischen Abgrenzungen zur Bourgeoisie und zur privilegierten Kleinbourgeoisie auf der einen Seite und zu den Positionen des Linksopportunisten auf der anderen Seite, d.h. jene Abgrenzungen, die den Schutz und den Bestand einer Organisation in ihren selbständigen Dimensionen garantierten, völlig verzerrt.

Wir sind in der uns vom Imperialismus aufgestellten Falle gefangen. Wir befinden uns in einer Szenerie, in der keine der streitenden Parteien siegen wird, sondern die Imperialisten und ihre inneren Söldner, die wie Aasgeier auf den Moment ihres Beutefangs warten, um ein Blutbad zu veranstalten (wie in Indonesien; 1965 massakrierten dort ultrarechte Kräfte über 1/2 Mio Menschen; d. Red.) um ihre schreckliche Diktatur zu errichten und Tausende von beiden Parteien (gemeint sind die streitenden Parteien Organisation der Volksmodjahedin und der heutigen Herrschaft) dem Erschießungskommando auszuliefern. Wir sind unsererseits verantwortlich für die Geburt dieser Szenerie, die psychisch den Boden für die Realisierung eines solchen Putsches vorbereitet.

Die Bourgeoisie einerseits und der Linksopportunisten andererseits

haben ein solche propagandistische Atmosphäre hervorgerufen und uns in diese Atmosphäre hineingezogen.

Ich meine, daß es die prinzipielle und richtige Linie ist, die antiimperialistischen Positionen des herrschenden Regimes zu verteidigen und zu unterstützen. Widerstand und Schwächung dieses Regimes sind dem Linksopportunisten anzulasten. Wir haben von Anfang an solche Prinzipien propagiert und die Kräfte aufgerufen, die linkssektiererischen und abenteuerlichen Machenschaften zu unterlassen und die antiimperialistischen Positionen des herrschenden Regimes zu stärken...

Aber wir selbst haben diese Prinzipien unter dem Einfluß der drückenden propagandistischen Atmosphäre – verursacht durch die Bourgeoisie und die privilegierte Kleinbourgeoisie einerseits und durch den Linksopportunisten andererseits – aus den Augen verloren. Die antiimperialistischen Züge, die wir an dem Regime beobachteten, waren nicht dem liberalen Flügel zuzurechnen – wir wußten sehr gut, daß die Liberalen unfähig sind, den Imperialismus und seine Gefahr zu erkennen. Diese antiimperialistischen Züge beobachteten wir bei einem anderen Flügel des Regimes. Ich sage es sehr deutlich: Ich sehe noch diese Züge und weiß, daß man sie entschieden unterstützen muß.

Ich hätte vor meiner Verurteilung zum Tode durch offizielle Mitteilung dieser meiner Ansichten der Gefahr des Todes entgehen können. Ich habe jedoch den Tod gewählt, um dem Gedanken vorzubeugen, daß diese meine Ansichten aus der Angst vor dem Tod gewachsen sind. Ich habe den Tod angenommen.

Vielleicht bleiben mit bis zum Tod nicht mehr als einige Stunden. Ich sehe mich als Märtyrer der Verschwörungen der Imperialisten. Ich ziehe diesbezüglich niemanden zur Verantwortung. Mein Tod kann nicht gerächt werden, es sei denn, man rächt ihn an den imperialistischen Weltunterjochern und ihren inneren Söldnern.

Iman Khomeini ist – unter der jetzigen Voraussetzung der Geschichte unseres Landes – die Widerspiegelung des Zorns der entrechteten Massen des Iran und sogar der Region auf die Ausplünderung und die Verbrechen der Weltunterjocher. Warum sollen wir diesen Zorn nicht unterstützen?

Die Imperialisten und ihre inneren Söldner sind durch diesen revolutionären Zorn in Schrecken versetzt worden. Mit der Unterstützung der Bourgeoisie im Innern und aller anderen Kräfte, die den Imperialismus im Iran an den gedeckten Tisch bitten wollen, sind sie bestrebt, diese Widerspiegelung zu vernichten oder zu schwächen.

Wir dürfen nicht das Gedankengut der Liberalen übernehmen. Es gibt einen Unterschied zwischen einer revolutionären, volksnahen Organisation und den liberalen Kräften. Wir dürfen uns nicht von einem solchen Stolz und solchen Empfindungen leiten lassen, die die Liberalen innerhalb der Gesellschaft propagieren.

(Quelle: Ettela'at, Teheran, Nr. 16488/29.7.1981)

Städten des Iran Protestdemonstrationen von Bazaris gegen das Revolutionsregime inszeniert, an denen übrigens auch gewissen Geistliche teilnahmen, die der besitzenden Oberschicht im Iran schon immer nahe standen und die volksverbundene, antiimperialistische Linie Khomeinis und seiner Mitarbeiter mit Mißbilligung betrachten.

Dieselben Kräfte ergriffen aktiv Partei für A. Bani-Sadr im Machtkampf mit der Regierungs- und Parlamentsmehrheit. In diesen Auseinandersetzungen und im Ringen um die Kontrolle der Massenmedien formierte sich die bunte Koalition von alten Ausbeuterklassen und monarchistischen Restbeamten, konservativer Geistlichkeit, Liberalen und diversen ultralinken Gruppierungen zu einem Gegenlager, das das Ziel des Sturzes des Khomeini-Regimes und die Unterstützung A. Bani-Sadrs als gemeinsames Sprachrohr eint.

Auf der anderen Seite steht das ebenfalls heterogene Lager jener Kräfte, die, nach wie vor unterstützt von der Mehrheit der unterprivilegierten Massen, das Ja zur antiimperialistisch-volksnahen Linie des Imam Khomeini verbindet. Die von der IRP angeführten radikalen Kräfte der islamischen Bewegung sind seit dem Sommer d.J. in den Entscheidungszentren durchgängig allein tonangebend, obgleich es hier drei Grundströmungen zu unterscheiden gilt:

Jene Kräfte, die trotz antiimperialistischer Positionen hinsichtlich der Rechte und Freiheiten Andersdenkender und anderer revolutionäre Organisationen eine unduldsame Haltung einnehmen. Unter ihnen, die wegen ihrem Anspruch auf alleinige Machtausübung auch monopolistische Kräfte genannt werden, finden sich zahlreiche Verfechter eines vermeintlichen „heiligen Tabus“ des uneingeschränkten Privateigentums. Danaben bestehen ein realistischer, gegenüber Bündnispartnern aufgeschlossener Flügel und eine überdies progressive, auf soziale Veränderungen drängende Strömung der islamischen Bewegung.

Die Linie Khomeinis unterstützen ferner die beiden Linksorganisationen Volksfedayin (Mehrheit) und Tudeh-Partei, die sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus berufen. Beide drängen auf eine beschleunigte Durchführung sozialökonomischer Veränderungen und die Respektierung der verfassungsmäßig garantierten Freiheiten (siehe Kasten zu Tudeh-Forderungen), die sie durch das im Parlament am 9.7.1981 verabschiedete Parteiengesetz, die Nichtzulassung ihrer Kandidaten zu den Parlamentswahlen Ende Juli d.J. oder Suspendierung ihrer Presseorgane verletzt sehen.

Beide verurteilen gleichermaßen bewaffnete Aktionen bzw. Terroranschläge gegen die Machtorgane der Islamischen Republik ebenso wie sie deren Massenexekutionen und Unterdrückungspraktiken gegen nationale bzw. religiöse Minderheiten „als unverhältnismäßige Reaktionen der herrschenden Organe“ und „nicht als eine richtige Lösung für diese Schwierigkeiten“ (so die Tudeh-Partei) kritisieren.¹³ Es versteht sich, daß die Einheit und Aktionsfähigkeit aller dieser antiimperialistischen Kräfte die beste Gewähr für die Verteidigung und Vertiefung des revolutionären Prozesses im Iran böte. Dies geht jedoch offenbar nur über ein Zurückdrängen bzw. ein Umdenken der monopolistischen Komponente innerhalb der islamischen Bewegung. Und dies erfordert weiter, daß die momentan von Mahdavi Kani geführte IRP-Regierung ernst macht mit den Maßnahmen zugunsten der unterprivilegierten Massen, die der ermordete Ministerpräsident Bahonar im August d.J. angekündigt hatte.

Die seit dem Sturz des Schah-Regimes amtierenden Regierungen hätten, so bemängelte Ayatollah Khomeini bei der Bestätigung des neuen Kabinetts, bislang nicht viele Taten gezeigt. Sie müßten nun, um dem Vertrauen des iranischen Volkes gerecht zu werden, schleunigst folgen. Sie werden auch nötig sein, um angesichts eines absehbaren neuerlichen Interventions- oder Putschversuches die Verteidigungsfähigkeit der Revolution zu gewährleisten.

Tudeh-Partei Forderungen an die neue Regierung

(...) Das Programm, das die Regierung des Herrn Dr. Bahonar dem Parlament und der Bevölkerung vorgelegt hat, ist die Widerspiegelung jener Veränderungen, die sich in der politischen Herrschaft des Landes vollzogen hat. In diesem Programm ist versucht worden, die grundsätzliche Orientierung der antiimperialistischen, antidiktatorischen und volksverbundenen Linie Imam Khomeinis festzulegen, die Ausdruck der dringendsten Forderungen der Mehrheit unserer Gesellschaft – d.h. der Millionen Werktätigen in Stadt und Land – ist, obwohl es in einigen Bereichen unklar und undeutlich ist. (...) Aber, so sprach es der Imam Khomeini in einem Gespräch mit dem Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und den Ministern offen aus, die Ausgebeuteten und Unterprivilegierten unserer Gesellschaft, die – dem Imam zufolge – ihre revolutionäre Pflicht hundertprozentig erfüllt haben, können sich nicht mehr allein mit einem Programm zufrieden geben. Sie erwarten von der Regierung und dem Parlament, d.h. von ihren Vertretern, revolutionäre Maßnahmen. Die wichtigsten ökonomischen und gesellschaftlichen Forderungen der Millionenmassen der Werktätigen sind wie folgt:

- Konsequente Zerschlagung der Überreste der Konterrevolution auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und Beseitigung konterrevolutionärer Elemente und versöhnlicher Liberaler aus den Schlüsselpositionen des Staatsapparates, der Streitkräfte und der Ordnungskräfte des Landes;
- Schaffung der in der Verfassung garantierten Freiheiten für die gesamte Bevölkerung, für alle politischen Gruppen und Parteien, die die Verfassung der Islamischen Republik Iran respektieren, und schnellste Anwendung der 10-Punkte-Erklärung des Generalstaatsanwaltes der Revolution (von Ajatollah Beheshti 1981 vorgelegter Entwurf eines Parteiengesetzes, demzufolge alle nichtkonterrevolutionären Parteien zugelassen werden sollen; d. Red.);
- Beseitigung der ökonomischen Wurzeln der gegenüber dem Imperialismus, unter Führung des US-Imperialismus, versöhnlichen Linie durch die bedingungslose Anwendung des Artikels 49 der Verfassung und damit der Einschränkung des Eigentums und der Möglichkeiten zur Ausplünderung im privaten Sektor;
- Konsequente und radikale Durchführung der Landreform zugunsten der landlosen und landarmen Bauern, und Forcierung der Entwicklung von Landwirtschaft und Viehzucht;
- Ankerbelung der Wirtschaft, insbesondere auf dem Gebiet der industriellen Produktion und der Bauwirtschaft; Schaffung von Arbeitsplätzen zur Beschäftigung der Arbeitslosen;
- Belebung des staatlichen Sektors der Wirtschaft durch die Nationalisierung des Außenhandels und Aufbau eines volksverbundenen staatlichen und genossenschaftlichen Handelsnetzes für die Organisation und Verteilung im Inland; Belebung der staatlichen Industrie und Abbau ihrer Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern;
- Planung einer autarken nationalen Wirtschaft auf wissenschaftlicher Basis und Aufbau einer Schwerindustrie, der Eisenerzindustrie, des Maschinenbaus und der Petrochemie, und umfassende Ausnutzung der Naturressourcen des Landes.

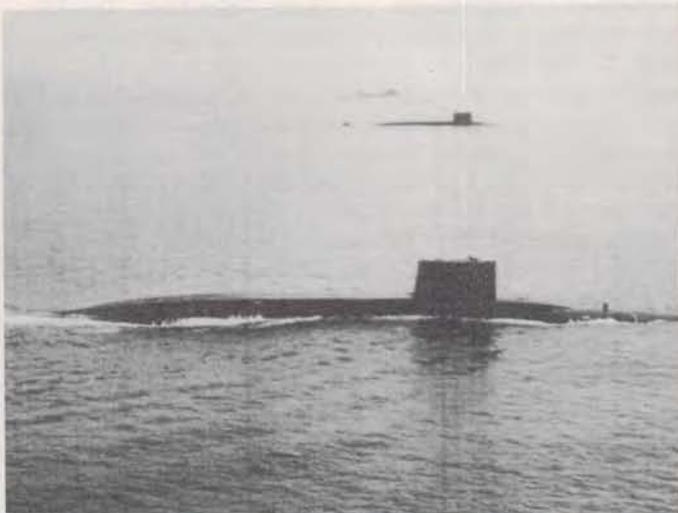
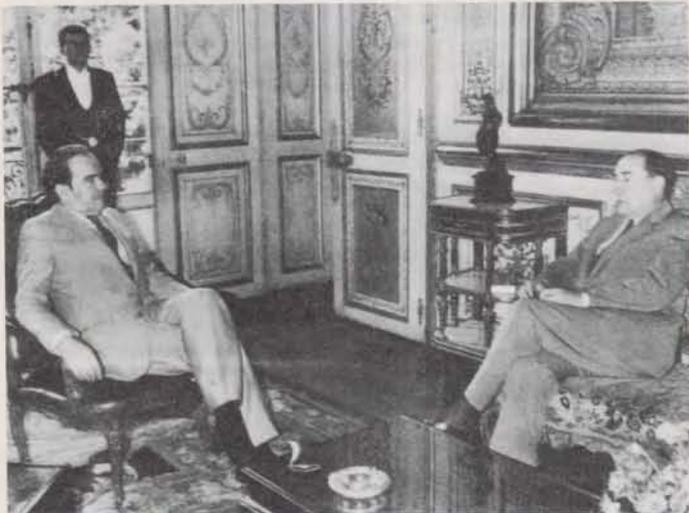
(Quelle: iran aktuell, September 1981)

Anmerkungen:

- 1) Le Monde, Paris, 8.9.1981
- 2) Laut Afrique Asie, Paris, Nr. 248/14.9.1981, S.30
- 3) So blockierte Bani-Sadr bis zuletzt den Amtsantritt von Außen-, Wirtschafts- und Handelsministern der IRP-Regierung Rajai, trotz ihrer Bestätigung durch das Parlament.
- 4) Siehe bei: E. Rouleau, The War and the Struggle für the State, in: MERIP Reports, Washington, Juli-August 1981, S. 3-8
- 5) Nach: Afrique Asie, a.a.O., S. 32/33 und E. Rouleau, The War..., a.a.O.
- 6) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 12.8.1981
- 7) Im Organ der Volksmoghajedin Modjahed, Nr. 103/Januar 1981 hieß es zur radikalen islamischen Führung von Khomeini und die IRP bereits deutlich, sie sei „Repräsentant einer rückschrittlich-traditionellen, dörflichen Kleinbourgeoisie“. Und alle sie unterstützenden Kräfte seien als „reaktionär, opportunistisch“ und „konterrevolutionär“ zu bezeichnen.
- 8) E. Rouleau, The War..., a.a.O.
- 9) Zit. nach: Kayhan, Teheran, 12.1.1981
- 10) E. Rouleau, The War..., a.a.O.
- 11) Vgl. AIB 1/1981, S. 16-22
- 12) Daten nach: Le Monde, 22.7.1981. Siehe auch E. Rouleau in: AIB 1 und 2/1981
- 13) Vgl. KAR (Labour), London, Mai 1981 und iran aktuell, Juli/August und September 1981

Rainer Falk

Mitterrands Wahlsieg – Chance für ein neues Verhältnis zur Dritten Welt (1)



Repräsentanten der linken Koalitionsparteien F. Mitterrand (im Text versehentlich mit einem r) und G. Marchais (L); U-Boote der französischen Atomstreitmacht

„Solidarität“ und ein „neuer Typ der Kooperation“ mit den Entwicklungsländern – das sind die Zentralbegriffe in den programmatischen Erklärungen der seit Juni 1981 amtierenden französischen Linksregierung zur Dritte-Welt-Politik.

100 Tage nach dem Wahlsieg des Sozialistenführers François Mitterrand gibt es Anzeichen dafür, daß von Frankreich neue Impulse für den „Nord-Süd“-Dialog ausgehen könnten, die den Spielraum der Entwicklungsländer zur Durchsetzung ihrer dringendsten Forderungen zu erweitern vermögen. Im Verhältnis zu den Befreiungsbewegungen ist ein positiver Neubeginn erkennbar, der sich deutlich von der neokolonialistischen Politik der Regierung Giscard d'Estaing unterscheidet.

Für einen grundlegenden Wandel bedarf es allerdings nicht nur an Zeit, sondern vor allem einer radikaleren Neudefinition der französischen Rolle in den internationalen Beziehungen, als sie in den bislang abgegebenen Erklärungen und politischen Schritten sichtbar wurde. Vor allem der Sachverhalt, daß der Regierung Mitterrand eine konsequente Abrüstungspolitik fehlt, markiert die Grenzen einer neuen positiven Rolle Frankreichs in der Weltpolitik.

Ein Widerspruch: „Solidarität mit der Dritten Welt“...

Bereits die ersten Verlautbarungen der neuen Regierung, in der die Sozialisten gegenüber den Kommunisten, die lediglich vier der insgesamt 42 Minister stellen (darunter kein außenpolitisches Ressort), den dominierenden Part spielen, zeigten die Ambivalenz des neuen Kurses.

In seiner Regierungserklärung am 8. Juli d.J.¹ versicherte Premierminister Pierre Mauroy den Willen seines Kabinetts, zu einer neuen internationalen Ordnung beizutragen und internationale Spannungszonen abzubauen. Die französische Außenpolitik sei von drei „Imperativen“ geleitet: „unseren Platz in der Welt zu wahren; für die Achtung des Rechts zu

kämpfen; die internationale Solidarität voranzutreiben“. Was den letzten Imperativ betrifft, so verständigten sich die Sozialistische Partei (SP) und die Kommunistische Partei (FKP) in ihrem politischen Abkommen vom 23. Juni d.J., auf dessen Grundlage die Regierungsbildung erfolgte, auf folgende Willensbekundung: „Sie (die beiden Parteien; d. Verf.) drücken – sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf politischem Gebiet – ihre Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt aus, die – wie in El Salvador und Nicaragua – für ihre nationale Emanzipation, ihre Entwicklung und ihre demokratische und soziale Befreiung kämpfen.“²

Während man mit Blick auf die politische Linie gegenüber der Dritten Welt durchaus von der Einführung des Solidaritätsprinzips in die Außenpolitik sprechen kann, muß man im Hinblick auf die Ost-West-Beziehungen konstatieren, daß die neue Regierung vollends die Nachrüstungsdoktrin der NATO übernommen hat.

Der sicherheitspolitische Teil der Regierungserklärung ist ein eindeutiges Bekenntnis zu den Vereinigten Staaten und „unseren anderen Partnern der atlantischen Allianz“, die „in der ersten Reihe unserer Verbündeten“ stünden.

In offenkundiger Anlehnung an die Sicht Helmut Schmidts ließ P. Mauroy durchscheinen, das zur Verteidigung des Friedens notwendige Gleichgewicht der Kräfte sei durch „das ununterbrochene Anwachsen des militärischen Potentials der Sowjetunion“ bedroht, um daran die Rechtfertigungsformel für den NATO-Raketenbeschluß von 1979 anzuschließen: „Nur in einer Situation des Gleichgewichts können Verhandlungen zum Erfolg führen.“

Angesichts solcher Erklärungen ist es nicht verwunderlich, daß z.B. Mitterrands Bonn-Besuch vom Mai 1981 im Ergebnis als Rückendeckung für Bundeskanzler Schmidt gewertet werden mußte und es in sicherheitspolitischen Fragen bislang auch keine Dissens zwischen Paris und der Reagan-Administration zu geben scheint.

Zugleich setzt Frankreich, das der militärischen Organisation der NATO seit 1966 nicht mehr angehört, aber bei

allen ihren politischen Führungsentscheidungen mit am Tisch sitzt, auch unter Präsident Mitterrand – bei prinzipieller Unterstützung des NATO-Kurses – seine die französische Eigenständigkeit betonende Sicherheitspolitik fort, die seinerzeit von General de Gaulle mit dem Aufbau der französischen Atomstreitmacht („Force de Frappe“) begonnen worden war: „Daher lege ich Wert darauf“, so P. Mauroy in der Regierungserklärung, „feierlich an unser Festhalten an allen Bestrebungen zu erinnern, die unser Land unternommen hat, um sich mit den Mitteln seiner Unabhängigkeit zu versehen, ganz besonders den militärischen. Diese Bemühungen werden fortgesetzt, damit unsere Verteidigungspolitik, die sich auf die nationale Abschreckungsfähigkeit stützt, die letzte Garantie unserer Souveränität bleibt.“

... und das Ja zum NATO-Rüstungskurs

Im Gegensatz zu diesen eher traditionellen Linien der „neuen“ französischen Außenpolitik, die durch die Unterstützung des aktuellen NATO-Rüstungskurses die konfrontativen Momente und die Spannungen in den internationalen Beziehungen eher verstärkt als mindert, steht der besonders von Außenminister Claude Cheysson verfochtene „New Deal“ mit der Dritten Welt, ein in Anlehnung an Theorien des englischen Ökonomen John M. Keynes angestrebter staatenübergreifender Kompromiß zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, der auf einem kräftig ausgeweiteten Ressourcentransfer in die Dritte Welt beruhen soll. Das Ziel dieses Konzepts ist es, die Konfrontation in den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern durch „Kooperation“ zu ersetzen. Zwar ist der neue Kurs auch hier nicht in allen Fragen eindeutig; er könnte indessen den Beginn eines Wandels darstellen, der an einem entscheidenden Punkt mit der Tradition des französischen Imperialismus bricht. Ein solcher Wandel wäre insofern um so einschneidender, als die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien für Frankreich auch noch nach dem Zerfall seines Kolonialreiches einen besonderen Stellenwert beibehalten haben.³

Der französische Imperialismus war von seinem Machtpotential her, über das er verfügte, immer ein „zweitrangiger“ Imperialismus geblieben. Obwohl er 1953 mit 36,9% den flächenmäßig größten Kolonialbesitz in Afrika hielt und namentlich mit Indochina auch in Fernost Fuß gefaßt hatte, erreichte er weder in der Vergangenheit die machtpolitische Größe Großbritanniens noch heute die Stärke des US-Imperialismus oder die Effizienz des bundesdeutschen und japanischen Imperialismus.

Die Präsenz Frankreichs in seinen Kolonien war vor allem politisch, militärisch und kommerziell, während Investitionen des Privatkapitals eine eher untergeordnete Rolle spielten. Vor dem 1. Weltkrieg entfielen auf das Kolonialreich gerade 12% des französischen Außenhandels und nicht einmal 10% der französischen Auslandsinvestitionen. Erst im Gefolge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1929-33 wurde das Kolonialreich zum ersten Handelspartner Frankreichs. Vor Beginn des 2. Weltkrieges machte der Kolonialhandel 27% des französischen Außenhandels aus, während das relative Gewicht der Kolonien bei den Investitionen nach wie vor schwach blieb. Nach 1954 kamen aus den „Überseeländern“ (Indochina ausgenommen) 26,5% der Importe, während Frankreich dort 31% seiner Exporte absetzte.

Wie bei anderen Kolonialmächten auch fungierten die Überseebesitzungen in erster Linie als Lieferanten wichtiger Rohstoffe und als geschützte Absatzmärkte für französische Fertigwaren. Ausdruck des politisch motivierten Strebens, dieses Jagdgebiet zu erhalten, und der Schwäche des priva-

ten Investitionskapitals war, daß in der Niedergangphase des französischen Kolonialismus zwischen 1945 und 1960 4/5 der in den Afrikakolonien vorgenommenen Investitionen staatlichen Ursprungs waren.

Die politische Selbständigkeit, die Frankreich seinen Kolonien seit der Niederlage im Indochinakrieg 1954 gewähren mußte (1956 Tunesien und Marokko, 1958 Guinea, 1960 fast alle Kolonien des subsaharischen Afrika und 1962 nach erbittertem achtjährigem Kolonialkrieg Algerien), besiegelte somit vor allem das Scheitern der Pläne relevanter großbürgerlicher Kreise, nach denen die Kolonien als wirtschaftliche Basis zur Wiedererlangung der französischen Großmachtrolle fungieren sollten. Denn der Übergang zum Neokolonialismus bedeutete auch für Frankreich trotz der Aufrechterhaltung privilegierter Einflußzonen in Schwarzafrika grundsätzlich die Inkaufnahme der rechtlichen Gleichstellung der Handels- und Kapitalexporthinteressen der kapitalistischen Konkurrenzländer.⁴

Der französische Imperialismus stand jetzt vor der Alternative des weiteren Abstiegs oder der Einfügung in ein multilateralisiertes System der imperialistischen Arbeitsteilung unter Anerkennung der Führungsrolle der USA. Frankreich wählte – bei Beibehaltung gewisser Momente der Eigenständigkeit in seiner Außenpolitik – unter den Präsidenten Georges Pompidou und Giscard d'Estaing den zweiten Weg.

Die verstärkte Einfügung in die imperialistische Arbeitsteilung kam in verschiedenen Entwicklungen zum Ausdruck. Sozialer Träger war eine neu strukturierte Finanzoligarchie, in der die traditionelle Kolonialbourgeoisie ihre dominante Rolle verloren hatte. Unter ihrer Ägide und zu ihrem Nutzen setzte bereits unter de Gaulle in den 60er Jahren ein gewaltiger, staatsmonopolistisch gestützter Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft ein; die Konkurrenzposition des französischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt sollte so einmal dadurch erhöht werden, daß die Größenstruktur seiner Konzerne gleichsam auf Weltniveau gebracht würde. Zum anderen sollte dies die Anpassung des veralteten Produktionsapparats an die Erfordernisse intensiver Kapitalakkumulation bewirken.

Eigenheiten des französischen Neokolonialismus

Einen wichtigen Stellenwert hatte in diesem Zusammenhang, daß Frankreich 1956 der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zugestimmt hatte. Mit in die Gründungsmasse der EWG hatte Paris vor allem seine Einflußzonen in Afrika eingebracht, und im Zusammenhang mit den beiden Assoziierungsabkommen von Jaunde hatte es schrittweise alle rechtlichen Sonderansprüche fallengelassen. Der staatsmonopolistische Modernisierungskurs und die Teilhabe am westeuropäischen Integrationsprozeß hatten fast zwangsläufig eine Umorientierung des französischen Außenhandels zur Folge, während sich die Unterordnung unter den US-Imperialismus in einer gewissen Überfremdung der französischen Binnenwirtschaft durch das nordamerikanische Kapital niederschlug.⁵

Der Anteil der EWG (Sechsergemeinschaft) an den französischen Exporten stieg zwischen 1960 und 1970 von 30 auf 50%, bei Importen sogar von 17 auf 49%. Der Anteil der Fertigwaren (Aufrüstungs- und Konsumgüter) am französischen Import wuchs im gleichen Zeitraum von 20 auf 36%. Auf der anderen Seite ging das Gewicht des Außenhandels mit der Franczone, also dem traditionellen kolonialen Einflußgebiet, von 30 auf 10% (Exporte) bzw. von 23 auf 9% (Importe) zurück. Auch die privaten Kapitalinvestitionen flossen jetzt verstärkt in die Länder der Europäischen Gemeinschaft und in die USA. Zusammen entfielen 1973-75

Frankreich-Daten

Territorium: 547.000 qkm (mehr als doppelt so groß wie die Bundesrepublik); hinzu kommen als Reste des früheren Kolonialreichs als Überseedepartements (DOM), Réunion, Martinique, Guadeloupe, Französisch-Guyana und die Inseln Saint Pierre und Miquelon sowie als Überseeterritorien (TOM) Neukaledonien, Wallis und Futuna, Französisch-Polynesien und Französisches Südpolargebiet.

Bevölkerung: 53,2 Mio (ohne DOM/TOM)

Hauptstadt: Paris, mit 2,3 Mio Einwohnern

Geschichte:

- 1789 Französische Revolution
- Seit 1830 Zielstrebige Eroberung des französischen Kolonialreiches, das 1914 10,6 Mio qkm umfaßt (zum Vergleich: Großbritannien 33,5, Deutschland 2,9 Mio qkm)
- 1848 Februarrevolution
- 1871 Pariser Kommune
- 1934 Einheitsfrontabkommen FKP-SFIO
- 1936 Sieg der Volksfront bei den Parlamentswahlen
- 1940-45 Widerstand gegen die Nazi-Okkupation
- 1946-54 Kolonialkrieg in Indochina
- 1956 Suezkrieg gegen Ägypten
- 1954-62 Algerienkrieg
- 1958 Zentralistische Präsidialverfassung General de Gaulles
- 1958-69 Präsidentschaft General de Gaulles
- 1960 Unabhängigkeit der meisten französischen Afrikakolonien
- 1966 Rückzug Frankreichs aus der Militärorganisation der NATO
- 1968 „Französischer Mai“; Studentenrevolte und Klassenkämpfe unter Beteiligung von 10 Mio Werktätigen
- 1969-74 Präsidentschaft Georges Pompidous
- 1972 Unterzeichnung des Gemeinsamen Programms durch FKP, SP und der Bewegung der Linken Radikalen
- 1974-80 Präsidentschaft Valéry Giscard d'Estaings
- 1978 Bruch der Linksunion
- 1977/78 Zweimalige französische Intervention in Zaire
- 1981 Wahlsieg François Mitterands

Staatsform: Zentralistische Präsidialrepublik mit Zwei-Kammer-System (Nationalversammlung und Senat). In der Nationalversammlung, die wie der Präsident nach dem Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen gewählt wird, sind seit 1981 die Sozialistische Partei (SP) mit 285, die Kommunistische Partei (FKP) mit 44, die gaullistische Sammlungsbewegung für die Republik (RPR) mit 83, die giscardistische Union für die Französische Demokratie (UDF) mit 64, sowie diverse Linke mit insgesamt 4 und diverse Rechte mit 8 Sitzen vertreten.

Wirtschaft: Frankreich ist ein entwickeltes kapitalistisches Industrieland. Mit seiner Industrieproduktion steht es an dritter Stelle in Europa und an fünfter Stelle in der Welt. Die wichtigsten Monopolgruppen sollen wie die Privatbanken größtenteils nationalisiert werden. Rund 20% der Industrieproduktion entfielen bisher bereits auf den staatlichen Sektor. Etwa 1/4 des Gesamtumsatzes der Industrie und der industriellen Investitionen entfällt auf ausländisches Kapital, insbesondere aus der EG und den USA.

Außenwirtschaft: Frankreich nimmt mit einem Anteil von etwas über 6% den 4. Platz im Welthandel ein. Bedeutendste Handelspartner sind der Reihenfolge nach: BRD, Italien, Belgien-Luxemburg, Großbritannien und die USA. In Frankreichs Exportstruktur dominieren Ausrüstungen und Anlagen vor chemischen Gütern, Metallen und Metallprodukten und Konsumgütern. Unter den Importen nehmen seit der Ölkrise 1973/74 Energierohstoffe den ersten Platz ein, gefolgt von Ausrüstungen und Anlagen, chemischen Produkten und Konsumgütern.

Bei den ausländischen Direktinvestitionen steht Frankreich nach den USA, Großbritannien, der BRD, Japan und der Schweiz erst an 6. Stelle, wobei eine Unterschätzung des Bestandes der Auslandsanlagen dadurch wahrscheinlich ist, daß eine systematische Erfassung erst seit 1960 stattfindet. Bei den jährlichen Kapitalexporten in Form von Direktinvestitionen lag Frankreich in den 70er Jahren etwa gleichauf mit Großbritannien auf Platz 4 hinter der BRD und Japan.

Frankreich ist mit 10% hinter den USA und der UdSSR der drittgrößte Exporteur von Großwaffen in die Dritte Welt. 5% des französischen Exports sind Waffen. Hauptabnehmer der französischen Waffenexporte sind in jüngster Zeit die arabischen Staaten (70%), besonders Saudi Arabien und der Irak.

51% der französischen Finanzinvestitionen auf diese beiden Regionen, wohingegen Mitte der 70er Jahre gerade noch 1/4 aller französischen Auslandsinvestitionen in die Dritte Welt floß.

Mit dem relativen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust der Entwicklungsländer für den französischen Imperialismus ging indessen weder ein grundsätzlicher Wandel im neokolonialistischen Charakter seiner Beziehungen zur Dritten Welt einher, noch bedeutet dies, daß Frankreich heute nicht mehr über relevante neokolonialistische Positionen in der Dritten Welt verfügte. Vielmehr waren es gerade diese Positionen, die es den herrschenden Kreisen Frankreichs in den 70er Jahren erlaubten, in weitgehender Abstimmung mit den anderen neokolonialistischen Hauptmächten einen eigenständigen Beitrag zur Erhaltung, Stabilisierung und Erweiterung gesamtimperialistischer Positionen, zur Abwehr des wachsenden Einflusses des Sozialismus auf die Staaten und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu leisten.

Die ökonomisch bestimmende Rolle im französischen Neokolonialismus spielen einerseits immer noch die traditionellen Handelsmonopole, andererseits die Ölgesellschaften und Bergbaukonzerne; letztere organisieren die Ausbeutung der Bodenschätze in den Entwicklungsländern oftmals in Kooperation (Konsortien oder Gemischtunternehmen) mit Konzernen anderer imperialistischer Länder. Frankreich ist stark abhängig vom Import von Energierohstoffen (Öl, aber auch Kohle, Gas und Uran). Es muß darüber hinaus mehr als die Hälfte seiner übrigen Rohstoffe aus der Dritten Welt einführen, besonders Kupfer, Blei, Zinn, Phosphate, Eisen, Manganerz usw.



Expräsident Giscard d'Estaing bei Zaires Diktator Mobutu

Bei seinen **Auslandsinvestitionen** in der Dritten Welt nehmen Erdölinvestitionen immer noch den ersten Platz ein, gefolgt von Investitionen im Bergbausektor und im Handel. Industrielle Investitionen spielen eine untergeordnete Rolle. Dies bedeutet, daß Frankreich (im Vergleich etwa zur BRD) über eine relativ starke Position im Rohstoffsektor verfügt, während es andererseits schlecht vorbereitet ist auf die industrielle Arbeitsteilung der 80er Jahre, die durch verstärkte Tendenzen zur Verlagerung arbeitsintensiver und umweltfeindlicher Produktionsbereiche in die Entwicklungsländer gekennzeichnet ist, bei gleichzeitiger Konzentration in den kapitalistischen Industrieländern auf die Entwicklung der sog. neuen Wachstumsindustrien.

Auch geographisch folgten die neokolonialistischen Aktivitäten Frankreichs in den 70er Jahren weitgehend den kolonialen Traditionslinien. Eindeutiger Schwerpunkt sind die Länder des subsaharischen Afrika.

Hier machen die Direktinvestitionen der französischen Monopole mindestens 1/3 der Aktiva der imperialistischen

Staaten aus, während sie in den meisten frankophonen Staaten immer noch absolute Spitzenpositionen halten (z.B. Niger 95,7%, Zentralafrikanische Republik 91,8%, Senegal 87,4%, Elfenbeinküste 80% der Direktinvestitionen).⁶ Zur finanziellen und politischen Stabilisierung seiner Vasallenstaaten in Afrika konzentrierte Frankreich in den 70er Jahren mehr als die Hälfte seiner Entwicklungshilfe (oft als reine Budgethilfe zum Ausgleich von Haushaltsdefiziten) auf die Region und war damit das größte Geberland in Afrika. Frankreich hat südlich der Sahara doppelt so viel Entwicklungshelfer eingesetzt wie alle kapitalistischen Industriestaaten und die UNO zusammengenommen.

Mit Ausnahme von Algerien und Guinea gelang Frankreich im Zuge des „Entkolonialisierungsprozesses“ überall die Etablierung ihm ergebener Regimes, deren Verwaltungsstrukturen dem Zentralismus der Metropole nachgestaltet wurden. Hinzu kommt ein ausgeklügeltes System von über 20 militärischen Kooperationsverträgen mit schwarzafrikanischen Staaten, darunter sieben Verteidigungsabkommen, die dem französischen Imperialismus jederzeit auch direkte Militärinterventionen in Afrika ermöglichen. Frankreich kann sich dabei auf sechs Militärstützpunkte in Schwarzafrika und im Indischen Ozean stützen. Es hat dort zwischen 8000 und 9000 Soldaten und Offiziere stationiert. Hinzu kommen knapp 1000 französische Militärberater sowie eine in Frankreich stationierte militärische Eingreiftruppe von 21.000 Mann, die durch 7000 Fremdenlegionäre verstärkt werden kann.⁷

Gerade diese militärische Seite des französischen Neokolonialismus, sein ausgeprägt interventionistischer Charakter, machten ihn in den letzten Jahren zu einem attraktiven und aktiven Element in der konzertierten westlichen Strategie, die nach den strategischen Veränderungen im Süden des Kontinents mehr denn je darum bemüht ist, ein weiteres Abbröckeln imperialistischer Positionen aufzuhalten. In diesem Sinne intervenierte Paris 1977 und 1978 in Zaire, 1979/80 im Tschad und leistete es im Kampf gegen die Frente POLISARIO Luftunterstützung auf marokkanischer Seite.

Die Interventionsstreitmacht in Schwarzafrika

Es kann festgehalten werden, daß dieser militärische Interventionismus in den letzten Jahren mehr und mehr zum bestimmenden Merkmal des französischen Neokolonialismus geworden ist, auch wenn sich seine Aktivitäten in Lateinamerika (Schwerpunkt Brasilien) hauptsächlich auf die Wirtschaft konzentrieren und er im Nahen Osten und in der Palästinafrage (aus seinen Ölinteressen heraus) eine konziliantere Haltung eingenommen hat. Immerhin fungiert Frankreich auch dort (über die Militärpräsenz auf den Inseln im Indischen Ozean) als Wächter über die Ölroute. Und obwohl Frankreichs Stützpunkte in dieser Region sicher unbedeutender sind als die der USA, sind sie doch fester Bestandteil des allgemeinen imperialistischen Überwachungssystems in der Region. Ebenso operierte Paris von seinen Antilleninseln stets in enger Kooperation mit der karibischen Vorherrschaftsmacht USA.

Diese Einfügung des französischen Imperialismus in die neokolonialistische Gesamtstrategie unter Dominanz der USA darf nicht mechanisch verstanden werden. Sie schließt ein gewisses Maß an Eigenständigkeit nicht aus und auch nicht das Wirksamwerden von Rivalitätsmomenten. Frankreich ist z.B. nach den USA der größte westliche Waffenlieferant der Dritten Welt, und die davon profitierenden Konzerne, die jetzt teilweise nationalisiert werden sollen, waren seit jeher auf die Wahrung ihrer Konkurrenzposition bedacht.

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) Wortlaut in: *Le Monde*, Paris, 10.7.1981
- 2) Wortlaut in: *Unsere Zeit*, 25.6.1981
- 3) Einen exzellenten Überblick über die Beziehungen zwischen Frankreich und der Dritten Welt geben: M. Beaud/G. de Bernis/J. Masini (sous la direction de), *La France et le tiers-monde*, Grenoble 1979. Vgl. darin bes. die Analyse von M. Beaud (Unité et diversité du capitalisme français à l'égard du tiers-monde, S. 41-69), auf die sich die folgenden Ausführungen teilweise stützen.
- 4) Vgl. dazu: H. Elsenhans, *Frankreichs Algerienkrieg 1954-1962. Entkolonialisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole. Zum Zusammenbruch der Kolonialreiche*, München 1974, S. 285ff.
- 5) In diesem Sinne ist die Beunruhigung der französischen Öffentlichkeit zu verstehen, die Mitte der 60er Jahre u.a. in Jean-Jacques Servan-Schreibers Buch „Die amerikanische Herausforderung“ zum Ausdruck kam.
- 6) Nach: L. Schrader/M. Reinicke, *Zu den Grundlagen und Zielen der Politik des französischen Imperialismus im subsaharischen Afrika*, in: *Asien-Afrika-Lateinamerika*, Berlin/DDR, Heft 6/1980, S. 1029-1036, hier S. 1033
- 7) Vgl. ausführlich zur französischen Afrikapolitik: *La France contre l'Afrique, tricontinental*, Numéro spécial, 1/1981, Paris 1981. Ein spezieller Artikel zur Afrikapolitik Frankreichs soll folgen.

Zeitschriftenschau

Forum, Nr. 43-44/September 1981

El Salvador: Kaffeboykott und alternativer Handel ● Materialien zum Chile-Solidaritätsmonat September ● Nestlé und Dritte Welt ● BUKO und BMZ ● Südafrika-Protestaktionen ● Pharma-Brief ● Die kolumbianische „Demokratie“ und der bewaffnete Kampf ● Medien: Götter, Gräber und Experten ● Journalistengespräche ● Seminare, Termine, Aktionen, Materialien
Einzelpreis 3 DM, Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel

Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 4/Frühjahr 1981

Herrschaftsinstrument Erziehung: Das „Funktionsmodell Schule. Zum Charakter formaler Bildung in abhängigen Klassengesellschaften Afrikas ● Von der Fragwürdigkeit der Bildungshilfe in die Dritte Welt. Eine Kritik eurozentristischer Machtstrategien ● Chinesische Bildungspolitik – (kein Modell für die Dritte Welt ● Umwelterziehung in Afrika – Ein Weg zu mehr Eigenständigkeit im Bildungswesen? ● Staatliche Siedlungsprojekte in Peru: Erfahrungen aus der Arbeit mit Bauern ● Wirtschaftspolitik, gesellschaftlicher Wandel und politischer Prozeß in Chile seit 1976 – Buchbesprechungen
Einzelpreis 6 DM, Abo 24 bzw. 40 DM
Bezug: CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen

Guatemala-Nachrichten, Nr. 7/1981

Meldungen ● Guatemala in der Militärstrategie der USA ● Hintergrundinformationen über Guatemala ● Streitkräfte in der US-Militärhilfe ● Ein Befriedigungsprogramm
Einzelpreis 2 DM, Abo 20 DM
Bezug: Informationsstelle Guatemala, Maistr. 29, 8000 München 2

Solidarität, Nr. 59/September 1981

Agro-Multis: Alternative zur Agrarreform? ● Nachlese zum Symposium ● Der Entwicklungskuchen: Mit frischem Mut in die 80er Jahre? ● Ernüchterung und Trauer ● Dossier Schweiz-Trikont ● Dokument El Salvador ● Palästina-Solidarität ● Bücher ● Chile: Gewerkschaften einigen sich ● Blick über den Zaun
Einzelpreis 2,50 sFr, Abo 20 sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 692, CH-8026 Zürich

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 96/September 1981

Chile: Repression und Rezession ● Kongreß chilenischer Journalisten im Exil ● Zur Ermordung Hugo Riveros ● Rettet das Leben von Fernando Espinoza ● Der Besuch der kalten Dame ● Argentinien: Generäle – was nun? Neutral rot-weiß-rote Waffen schmiede ● BRD-Argentinien: Bundesverdienstkreuz für einen Massenmörder? ● BRD-Brasilien: Bundesdeutsche Marine Schutzmacht im Südatlantik? ● Uruguay: Das Volk wurde nicht gefragt ● Haiti: Selbst für Reagan zu viel ● Peru: Wenn die Kirche Terroristen heiligspricht ● Guatemala: Erklärung der Bischofskonferenz ● Dominica: Ein zweites Grenada in der Karibik? ● El Salvador: Zur Situation der Häftlinge ● FMLN durch Mexiko und Frankreich anerkannt ● Honduras: Wahlen und Repression = „Stabilität“ ● Stoppt den Atomexport
Einzelpreis 3 DM, Abo 35 bzw. 60 DM
Bezug: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

Encuentro Latinoamericano, Nr. 23/Oct-Dic 1981

Chile a ocho años del golpe militar: La oposición política en Chile y las transformaciones realizadas por la Junta Militar ● Carta del pintor Hugo Riveros ● Chile canta por Chile, balance de un encuentro ● Novísima poesía chilena: Moro, F. Banderas e I. Cartens ● Laura Allende murió pensando en Chile y en su pueblo, por Anibal Palma F.
Bezug: Brunnenstr. 24/25, 2300 Bremen

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8-9/1981

Südafrika/Ciskei: Referendum zur „Unabhängigkeit“ ● Zur Ernährungslage in den Bantustans ● Lage der Landarbeiter ● Zimbabwe: Landwirtschaftliche Entwicklung ● Namibia: Neue US-Namibia-Politik ● Sanktionskonferenz Paris ● Gewerkschaften gegen Uranlieferung ● Tagungen und Aktionen: Kirchentag in Hamburg ● Rundreise von südafrikanischen Kirchenvertretern in der BRD ● 2. ICSA-Workshop ● Daimiers umstrittene Unimog-Exporte in den „Tagesthemen“ ● SDAJ-Festival ● Namibia-Ausstellung und ihre Folgen ● Fernsehfilm: Lisa und Tshepo ● Thesen: Befreiungsbewegungen an der Macht ● Nachrichten, Rezension
Einzelpreis 5 DM, Abo 40 DM
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 95/August 1981

Themenschwerpunkt Rüstung: Die BRD – Ein Waffenexportland? ● Warum exportiert die BRD Waffen? ● Sichern Waffenexporte Arbeitsplätze? ● Ökonomische Auswirkungen von Rüstungsimpporten ● Militärausrüstung und Rüstungstendenzen in Lateinamerika ● Energie: Atomkraftwerke hier, um für die Dritte Welt zu sparen? ● Minderheiten: Bangladesch – „Zivilisierung“ eines Bergvolkes ● Nicaragua: Eine Revolution für die Bauern und Landarbeiter ● Nachrichten und Berichte zu Türkei und Sri Lanka
Einzelpreis 4 DM, Abo 25 bzw. 35 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Gespräch mit Arlindo Barbeitos

Wir sitzen nicht im Elfenbeinturm

Unser Interviewpartner, der angolische Schriftsteller Arlindo Barbeitos, ist seit einiger Zeit Dozent für Geschichte an der Universität von Lubango (in Südafrika, unweit der Grenze zu Namibia gelegen). 1975 veröffentlichte er den Gedichtband „Angola, Angolê, Angolema“. Er kommt, wie er uns erzählte, nur noch selten zum Schreiben. Die Aufbau-probleme des Landes und die ständigen Aggressionsakte Südafrikas erfordern andere Prioritäten.

AIB: Herr Barbeitos, wie und unter welchen Umständen ist in Angola eine eigenständige Literatur entstanden?

A. BARBEITOS: Die angolische Literatur im modernen Sinn, also nicht die orale Literatur,¹ entstand schon im 19. Jahrhundert. Sie war literarisch Ausdruck einer alten angolischen Bourgeoisie, die gleich am Anfang des Jahrhunderts von der salazarischen Kolonialregierung weitgehend aufgegeben wurde. Infolge der Zerschmetterung der alten angolischen Bourgeoisie durch Salazar gab es ein vorübergehendes Schweigen in der angolischen Literatur. Doch während der 50er Jahre und wegen des Einflusses der Bewegungen, die sich in Frankreich und England innerhalb der afroasiatischen Welt entwickelten, begann man sich auch in Angola Gedanken zu machen über die Zukunft des Landes.

Aber da die strenge und grausame Kolonialmacht auf keinen Fall eine politische Betätigung der Angolaner erlaubte, hatte man bei dieser Wiederbelebung der Literatur – was an sich ein politisches Phänomen ist – natürlich den Schein wahren müssen, und es sah zunächst wie eine harmlose Beschäftigung mit angolischen traditionellen kulturellen Elementen oder wie die Suche nach einer neuen Identität aus.

So erschienen einige Zeitungen. Damit war der verstorbene Präsident Agostinho Neto befaßt; er war eine der Hauptfiguren dieser Bewegung. Aber kurz nach dem Erscheinen dieser Zeitungen wurden sie alle verboten und die portugiesische Geheimpolizei „entlarvte“ die Absichten dieser jungen Leute.

Literatur im Befreiungskrieg, Gefängnis und Exil

Ich erzähle zugleich von politischen und literarischen Erscheinungen, weil es in Angola eine enge Verflechtung von Literatur und Politik gibt. Während des letzten Jahrhunderts war die angolische Literatur mit den ersten nationalistischen Anstrengungen des 19. Jahrhunderts verbunden. Im 20. Jahrhundert geschah haargenau dasselbe. So kann man in Angola Literatur nicht von Politik, d.h. vom Befreiungskampf trennen.

AIB: Welche Rolle hat denn die Literatur konkret im Befreiungskampf gegen die Portugiesen gespielt?

A. BARBEITOS: Die Literatur – ob Lyrik oder Prosa – war sozusagen die politische Artikulation einer Schicht, die dadurch die Wünsche und Hoffnungen der unterdrückten Massen ausdrückte.

AIB: Wie wurde sie während des Befreiungskampfes verbreitet? Wie hat sie die Massen erreicht?



A. BARBEITOS: Es war natürlich schwierig, weil die Massen analphabetisch waren und das war eine niedergeschriebene Literatur. Aber es entstanden Arbeitskreise in einigen Städten.

Natürlich war alles geheim. So wurden Bücher mit Gedichten von dem Präsidenten Neto und von anderen prominenten Widerständlern, wie Antonio Jacinto² verbreitet, oder in diesen Arbeitskreisen von Gruppen von Freunden gelesen. Einige dieser Gedichte wurden bei bestimmten Schichten der Stadtbevölkerung, hauptsächlich in Luanda bekannt, ohne daß diese Bevölkerung Lesen und Schreiben konnte; eben durch Hörensagen oder durch die Teilnahme an diesen Arbeitskreisen, wo man das oft laut las.

In den befreiten Gebieten, wo sich auch ein großer Teil der Literatur entwickelte, las man sehr oft Gedichte und Prosastücke vor, spielte Theater und versuchte so den Massen Literatur beizubringen. Selbstverständlich gibt es immer Grenzen, oft sogar sehr enge bei dieser Tätigkeit. Aber ich glaube, daß trotzdem etwas erreicht wurde.

Wir merkten nach der Unabhängigkeit, daß viele Leute, die oft nicht schreiben und lesen konnten, doch schreiben wollten; kleine Stücke schrieben, Prosastücke und Gedichte – und das ist eine Folge dieser Tätigkeit.

Aber noch zur Literatur. Die moderne Literatur kann man dem Ursprung nach so unterscheiden: Es gibt eine, die sich im Guerillakrieg entwickelte. Eine andere entwickelte sich in den Gefängnissen. Wieder eine andere entwickelte sich im Exil.

AIB: Ergaben sich aus diesen doch sehr verschiedenen Entstehungsbedingungen gewisse Unterschiede hinsichtlich der zur Sprache kommenden Inhalte?

A. BARBEITOS: Das ist schwierig zu sagen, weil es bis heute noch keine ernsthafte Studie darüber gibt. Ich glaube, daß die Literatur, die im Guerillakrieg entstanden ist, viel direkter ist. Sie befaßte sich mit Problemen des Lebens im Krieg, was natürlich viel weitreichender ist als der Krieg.

Die Literatur, die in den Gefängnissen entstand, befaßte sich nicht mit dem Krieg. Es ist eine Art recherche des temps perdu,³ wenn Sie wollen; die andere von der Guerilla teilweise auch. Es gibt Gemeinsamkeiten, aber die Literatur der Gefängnisse ist weitgehend eine Literatur der Rückbesinnung auf die Zeit, in der man noch nicht in Gefängnissen saß, und die Darstellung des Leidens unter der Kolonialherrschaft. Bei der Literatur, die im Exil entstanden ist, gibt es ganz ähnliche Züge, wobei von einigen Schriftstellern, die im Exil waren, schon der Versuch unternommen wurde, eben die Darstellung des Leidens mit den Darstellungen des Kampfes zu verbinden.

AIB: Welche konkreten Funktionen kommen der Literatur beim Aufbau des Sozialismus in Angola zu? Direkter gefragt: Kommen Sie überhaupt zum Schreiben angesichts der großen ökonomischen Probleme und der politischen Situation im Südlichen Afrika insgesamt?

A. BARBEITOS: Der angolansiche Schriftsteller ist kein Schriftsteller, der in einem Elfenbeinturm sitzt und dann schreibt. Nein, er kann es gar nicht sein! Er ist derart verbunden mit dem Wiederaufbau, daß er oft wirklich nicht zum Schreiben kommt. Er sammelt Erfahrung für einen bestimmten Tag, an dem er möglicherweise etwas schreiben kann.

Also, wenn wir die Beziehung zwischen Schriftsteller und Realität berücksichtigen, dann gibt es große Unterschiede zwischen uns – Angola, Moçambique und anderen portugiesischsprachigen afrikanischen Ländern – und den übrigen afrikanischen Schriftstellern. Ich spreche nicht von den Südafrikanern sondern von den sog. abhängigen Ländern. Andererseits ist die Literatur, die bei uns geschrieben wird, eine Literatur, mit der wir im Dienst des Fortschritts Hoffnung bringen wollen. Es ist noch immer keine Literatur der Trostlosigkeit, der Hoffnungslosigkeit, wie wir es in anderen afrikanischen Ländern sehen. Wir hoffen, daß das nicht geschieht.

Das ist vielleicht dadurch zu erklären, daß – wie ich schon sagte – erstens die Funktion des Schriftstellers eine andere ist und zweitens diese Literatur anders entstanden ist. Sie entstand unter einem ungeheuren Druck und wurde – so oder so – geprägt durch den Kampf.

Portugiesisch – die Sprache der Revolution

AIB: Welche Aufgaben haben die angolansichen Schriftsteller nach der Befreiung 1975 übernommen?

A. BARBEITOS: Wir haben selbstverständlich neue Schulbücher machen müssen, weil wir die alten, durch die Kolonialmentalität geprägten Bücher nicht akzeptieren konnten. In diesen Lesebüchern sind allerlei Stücke und Gedichte der angolansichen Schriftsteller. Das ist das Erste. Zweitens ist es so, daß man vom Verband angolansicher Schriftsteller aus ständig versucht, durch Vorträge in Fabriken, in Kulturzentren oder in den ärmeren Vierteln die Arbeit der angolansichen Schriftsteller bekannt zu machen und näher zu bringen. Aber wie ich schon sagte, es gibt Grenzen. Es wird ständig darüber diskutiert. Irgendwann wird man eine Lösung finden.

AIB: Wie ist das Sprachproblem zu bewerten?

A. BARBEITOS: Unsere Sprachprobleme sind natürlich sehr bedeutend. Wir haben sie und dürfen das auf keinen Fall vom Tisch wischen. Nur sind sie anders gelagert als in vielen anderen afrikanischen Ländern.

Ein wesentlicher Aspekt dieses Sprachproblems ist z.B. gerade die portugiesische Sprache. Aber welche portugiesische Sprache? Sollen wir Portugiesisch wie es in Portugal gesprochen wird oder wie es in Angola gesprochen wird als Muster akzeptieren? Die portugiesische Umgangssprache Angolas ist ganz anders als die portugiesische Umgangssprache Portugals oder Brasiliens. Natürlich, wir verstehen sie und sie verstehen uns und wir verstehen auch die anderen Afrikaner, die portugiesisch sprechen.

Jetzt das andere. Es gibt afrikanische Sprachen bei uns. Sie dürfen auf keinen Fall verschwinden. Sie müssen gepflegt werden. Nur ist es so: In bestimmten Gebieten wie gerade in Luanda, das 1 Mio Einwohner hat und praktisch eine portugiesischsprechende Stadt ist, sind die afrikanischen Sprachen schon derart verdrängt, daß die Gefahr besteht, daß sie, wenn nicht verschwinden, so doch stark vermindert werden. Das heißt die portugiesische Sprache in Angola hat solch eine Durchschlagskraft, weil sie die Einheitssprache ist, weil sie die Sprache der angolansichen Revolution ist, daß man anfangen muß, die afrikanischen Sprachen zu schützen.

Ich kenne kein Beispiel in Afrika, wo eine europäische Sprache sich derart verbreitet hat. Man darf nicht vergessen, daß Portugiesisch in bestimmten Gegenden Angolas seit 500 Jahren gesprochen wird, d.h. diese Sprache hat eine Tradition in Angola. Sie wurde schon angolansiziert. Sie wurde sogar schon als Waffe gegen den Kolonisator benutzt. Man hat Portugiesisch genommen und es verwandelt, so daß der Kolonisator es oft gar nicht wiedererkennt hat.

Anmerkungen:

- 1) Die orale oder mündliche Literatur ist typisch für die afrikanischen Kulturen, die sich südlich der Sahara unabhängig von der europäischen Kolonisation entwickelt hatten.
- 2) Antonio Jacinto, geb. 1924 in Luanda, war aktives Mitglied der MPLA und Leiter des Zentrums für revolutionäre Ausbildung. Er ist gegenwärtig Staatssekretär für kulturelle Angelegenheiten. Werke: Poemas (1961), Vovo Bartolomeu (1979) und zahlreiche Erzählungen.
- 3) Suche nach der verlorenen Zeit



Vor 25 Jahren: Das Suez-Abenteuer

Am 26. Juli 1956 verkündete Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser vor rund 100.000 Zuhörern die Nationalisierung des Suez-Kanals. Die enormen Gewinne aus den Passagegebühren – bislang von den Londoner und Pariser Großaktionären kassiert, während Ägypten ganze 7% erhielt – würden zur Finanzierung des Assuan-Staudammprojekts verwendet, die Aktionäre zum aktuellen Pariser Börsenkurs entschädigt, Ägypten übernehme fortan „sämtliche Rechte, Mittel und Pflichten“ der Kanal-Gesellschaft. In London und Paris heulte man auf.

Schon am Abend des nächsten Tages telegrafierte der britische Premierminister Anthony Eden an US-Präsident Eisenhower: „Die Seemächte können es sich nicht leisten, daß Ägypten (den Kanal) enteignet und exploitiert, indem es die Einkünfte für seine eigenen, mit dem Kanalbetrieb und den Interessen der Kanalbenutzer in keinerlei Zusammenhang stehenden internen Zwecke verwendet... Meine Kollegen und ich sind überzeugt, daß wir uns darauf vorbereiten müssen, im äußersten Fall Gewalt anzuwenden, um Nasser zur Vernunft zu bringen. Wir unsererseits sind bereit dazu. Ich habe heute vormittag unsere Stabschefs angewiesen, entsprechende militärische Pläne auszuarbeiten.“ Etwaige Zweifel wischte A. Eden beiseite: „Wir sollten uns nicht in juristische Sophistereien darüber einlassen, ob die ägyptische Regierung das Recht hat... zu verstaatlichen.“

Die „westliche Freiheit“ stand wieder mal auf dem Spiel: „Wenn man Nasser diesen Coup durchgehen läßt, wird der gesamte britische und sonstige westliche Besitz im Nahen Osten zerbröckeln“, so die Londoner Times am 1. August 1956. Und Belgiens Außenminister Spaak (später NATO-Generalsekretär) kam laut Edens Memoiren aus dem Belgischen Kongo „aufs höchste alarmiert nach Europa zurück. Nassers Coup ... werde in ganz Afrika Schößlinge treiben, nicht allein im Norden, sondern bis tief ins tropische Zentralafrika hinein.“

Im herrschenden Primitiv-Weltbild war Nasser – und dahinter natürlich Moskau – an nahezu allem Schuld, ähnlich wie heute Libyens Präsident Ghaddafi. London lastete ihm die Entlassung des britischen Generals Glubb als Chef der jordanischen Armee im März 1956 an, die französische Regierung Mollet erachtete ihn wegen seiner Unterstützung des algerischen Freiheitskampfes als „Feind Nummer eins“, so der damalige Londoner Außenminister Selwyn Lloyd in seinen Memoiren.

Im Propagandakrieg gegen Nasser befand die New York Times am 1. November 1956: „Wenn sich jemand der Aggression schuldig gemacht hat, dann ist es der ägyptische Präsident. Denn er hat gegen Israel, England und Frankreich mit Propaganda, Waffenschmuggel, eingeschleusten Mörderbanden, durch Anstiftung von Aufruhr in Französisch-Nordafrika und durch die gewaltsame Inbesitznahme des Suez-Kanals Krieg geführt.“

Für die USA wie für Paris und London lag der Fall klar: Eine „Lektion“ war fällig, Nasser mußte dazu gebracht werden, „wieder auszuspuken, was er zu schlucken versucht“ hatte (US-Außenminister Dulles), am besten gänzlich „beseitigt“ werden (Edens Staatsminister Anthony Nutting). In grotesker Selbstüberschätzung dachte A. Eden

an eine Lektion für die ganze Welt: „Wenn Nasser ... 'wieder ausspucken' mußte, würden die Folgen vor aller Welt klar zutage liegen. Der Diebstahl hätte sich nicht bezahlt gemacht, ... und man würde eine heilsame Lehre erteilt haben ... von tiefer erzieherischer Wirkung für die ganze Welt...“

Zielte England auf den Erhalt seiner strategischen Schlüsselstellung für den Nahen und Fernen Osten und seine Ölversorgung, Frankreich vor allem auf eine Verbesserung seiner Lage im Algerienkrieg und Israel auf weitere Annexionen, so einte alle die Absicht mit Nasser einen „Störfaktor“ dieser Bestrebungen und im kolonialen System überhaupt zu beseitigen. Hierin deckte sie sich mit denen der USA. Die USA verfolgten jedoch das Ziel, England und Frankreich durch ihr militärisches Eingreifen im Nahen Osten diskreditieren und dann beider Stellung in der ölreichen Region einnehmen zu können, wie US-Präsident Eisenhowers Amtschef Sherman Adams in seinen Erinnerungen indirekt zugibt: „Falls die USA es nicht unternehmen, dieses (durch das „Verschwinden des anglo-französischen Einflusses“ entstandene) Vakuum aufzufüllen..., würden wir uns darauf verlassen können..., daß die Sowjets sich in den Mittleren Osten hineinschöben.“ Diese Option bestimmte denn auch den Kurs der USA von der anfänglichen Unterstützung für Edens Pläne bis zur schließlichen öffentlichen Verurteilung und zur Schau getragenen Ahnungslosigkeit (dazu CIA-Chef Alan Dulles: „In Wirklichkeit hatte der amerikanische Nachrichtendienst die Regierung laufend unterrichtet“).

Die militärische Planung Englands und Frankreichs hatte am 29. Juli 1956 begonnen. Am 10. August segnete das „ägyptische Komitee“ des Londoner Kabinetts den Angriffsplan („Musketier“) ab.

Israel als Assistent im britisch-französischen Aktionsplan

Es besteht kein Zweifel, daß den Regierungen in Paris und London an einer friedlichen Lösung – ausgenommen einer durch freiwillige Unterwerfung Nassers – nicht gelegen war. Demgemäß hielt Eden auch die Anrufung der UNO für „riskant“, konnten doch im Sicherheitsrat „alle möglichen Vorschläge zur Lösung unserer Differenzen eingebracht werden, die diese nur in die Länge ziehen würden“. Nachdem die mehrfach verzögerten Generalstabsplanungen abgeschlossen waren, ging es rasch zur Sache.

Am 14. Oktober 1956 vereinbarten Eden und der französische Luftwaffengeneral Challe einen Aktionsplan, der am 21. und 24. Oktober mit der israelischen Regierung bei einem Geheimgespräch in Sèvres bei Paris paraphiert wurde. Hier beschloss britische und französische Regierungsvertreter sowie für Israel Ministerpräsident Ben-Gurion, Vizeverteidigungsminister Shimon Peres und Generalstabschef Moshe Dajan, daß Israel am 29. Oktober 1956 Ägypten angreifen und auf den Suez-Kanal vorrücken solle. Dann wollten England und Frankreich als Garantemächte für die Offenhaltung des Kanals beiden kriegführenden Parteien das Ultimatum stellen, sich jeweils 16 km hinter den Kanal zurückziehen und nach Ablauf der gesetzten Frist ihrerseits ägyptische Militärbasen bombardieren sowie die Kanalzone besetzen.

So geschah es. Am 29. Oktober 1956 überfielen israelische Truppen die unvorbereiteten ägyptischen Einheiten auf der Sinai-Halbinsel und im Gaza-Streifen und stießen rasch vor. Am 30. Oktober erfolgte das geplante Ultimatum – für Kairo unannehmbar, für Israel jedoch, das noch weit vom Kanal entfernt war, eine Aufforderung seine militärischen Aktionen fortzusetzen. Teil 2 des Plans trat in Aktion.

Britische und französische Luftwaffen- und Flotteneinheiten beschossen bzw. bombardierten ab dem 31. Oktober 1956 ägyptische Ortschaften, am 5. November landeten Fallschirmjäger in Port Said und anderen strategischen Punkten. Die angeblich zur „Offenhaltung“ des Kanals gedachte „Polizeiaktion“ (Eden) erwies sich als makabre Absurdität: Tausende Ägypter – allein über 10.000 Zivilpersonen in Port Said und Port Fuad – mußten die zynisch ins Werk gesetzte Aggression mit dem Leben bezahlen, doch gleichzeitig konnten die Angreifer nicht verhindern, daß die Ägypter den Kanal durch die Versenkung von 49 Schiffen unpassierbar machten.

Klänglich war das Ende des „Abenteuers“ zur Sicherung imperialer Größe. Am 5. November 1956 übermittelte die Sowjetunion London und Paris gleichlautende Warnungen, die Aggression unverzüglich einzustellen. Sie waren der entscheidende Schritt, der nun auch die USA bewog Druck auf England und Frankreich auszuüben. Binnen 22 Stunden waren die Kämpfe eingestellt und bis zum Jahresende 1956 hatten alle ausländischen Truppen Ägypten verlassen, Premierminister Eden trat im Januar 1957 zurück. Englands Rolle als Vormacht im Nahen Osten war ausgespielt.

J. Ostrowsky



Invasionstruppen 1956 am Suez-Kanal

Mythos Welthunger

Die Proklamation eines Welternährungstags in diesem Monat macht deutlich, daß sich das Hungerproblem auch aus der Sicht der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und anderer internationaler Organisationen in den 80er Jahren eher noch verschärfen dürfte. Die Programme zur integrierten ländlichen Entwicklung und die Grundbedürfnisstrategie haben ebensowenig Linderung bringen können wie die „Grüne Revolution“. Die Suche nach Ursachen und Lösungen geht also weiter.

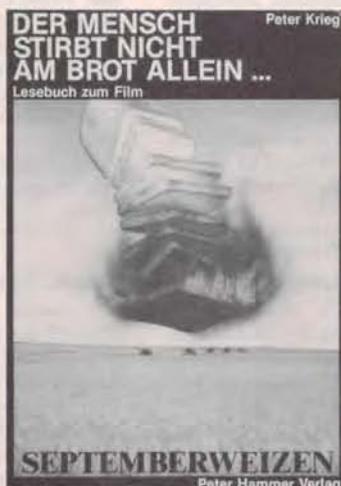
Während dabei nur allzuoft und zum wiederholten Male auf die gemeinhin mit dem Schlagwort Bevölkerungsexplosion umschriebene Theorie von Malthus zurückgegriffen wird, bemühen sich eine Reihe kritischer Wissenschaftler das Eindringen der multinationalen Konzerne in alle Bereiche der Nahrungsmittelproduktion – von der Saatguterzeugung bis zum Verbrauchermarkt – als zentrales Moment für den Welthunger zu interpretieren.

Stellvertretend für die zahlreichen vorwiegend aus dem englischen Sprachraum stammenden Publikationen dieser Richtung möchte ich auf drei Bücher verweisen:

Joseph Collins/Frances Lappé, *Vom Mythos des Hungers*, Fischer alternativ, Frankfurt 1978/80, 478 Seiten, 11,80 DM

Pat Roy Mooney, *Saat-Multis und Welthunger*, rororo aktuell, Reinbek 1981, 170 Seiten, 8,80 DM und

Peter Krieg, *Der Mensch stirbt nicht am Brot allein...*, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1981, 191 Seiten, 22,80 DM



Die beiden Autoren J. Collins/F. Lappé gründeten Mitte der 70er Jahre das Institut für Nahrungsmittel- und Entwicklungspolitik in San Francisco/USA und legten wenig später diesen Band als wohl derzeit umfassendste Analyse des Welthungerproblems vor. Ihr Ansinnen zielte in erster Linie auf eine Entmystifizierung des Hungerproblems durch die Widerlegung verbreiteter Vorurteile, die in den USA aber auch hierzulande propagandistisch genutzt werden, um eine allgemeine Katastrophenstimmung zu erzeugen. Es bot sich daher ein Frage-Antwort-Spiel geradezu an, was – nebenbei gesagt – auch der Übersichtlichkeit des doch recht umfangreichen Bandes zugute kommt.

Einleitend bringen J. Collins/F. Lappé bereits zum Ausdruck, daß die „Lebensmittelverteilung ... nur die viel grundlegendere Frage widerspiegelt, wer den Produktionsprozeß kontrolliert und wer an ihm teilnimmt. (Das)... heißt die Herausforderung zu akzeptieren, uns mit dem Grundannahmen unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu konfrontieren“. (S.21) Auf diesem Hintergrund werden Kapitel für Kapitel vermeintliche Ursachen des Hungers in ihren tatsächlichen Wirkungszusammenhängen untersucht.

Der zweite große Teil des Buches ist quasi der Kritik von „Grüner Revolution“, exportorientierter Agrarproduktion, Nahrungsmittelhilfe usw. unter dem spezifischen Blickwinkel der Verschärfung des weltweiten Hungerproblems gewidmet. Es gelingt den beiden Autoren überzeugend darzulegen, daß die Multinationalen Konzerne im Zusammenspiel mit lokalen Oligarchien und ihren eigenen nationalen Regierungen das Hungerproblem erst als dauerhaftes Problem hervorriefen und täglich noch verschärfen. Grundlegend neu ist diese Kritik allerdings nicht. So liegt das Verdienst des Buches auch eher darin, alle Facetten der zur Debatte stehenden Fragestellung durchleuchtet zu haben.

Das Buch von J. Collins/F. Lappé enthält allerdings auch einige problematische Thesen. So etwa, wenn von einer globalen Farm mit einem globalen Supermarkt ausgegangen wird. Als Beweis für eine Tendenz zur wechselseitigen Nahrungsmittelabhängigkeit in einer Welt der Ungleichen – darunter verstehen die Autoren die Verlagerung eines beträchtlichen Teils der Agrarproduktion in die Entwicklungsländer, führen sie u.a. Ernest Feders Studie über die mexikanische Erdbeerindustrie an. Gerade E. Feder wies indes auf die Fähigkeit der US-amerikanischen Erdbeerindustrie hin, immer erfolgreicher mit Mexiko zu konkurrieren. Auch die Entwicklung auf dem Weltagrarmarkt ist mehr durch eine Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen den hochindustrialisierten Ländern als durch Tendenzen gegenseitiger Abhängigkeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gekennzeichnet.

Von daher müssen auch eine Reihe ihrer politischen Schlußfolgerungen in Frage gestellt werden. Für die Entwicklungsländer scheint die Forderung nach Nahrungsmittelautarkie als Priorität einer fortschrittlichen Agrarpolitik einsichtig, für die USA oder Europa keineswegs. Zweitens münden die Angriffe auf die Multis ziemlich unkritisch in die Proklamation einer bäuerlichen Landwirtschaft. Unterstützt wird diese Auffassung durch einen ziemlich schlampigen Umgang mit Begriffen wie Produktivität oder Effizienz, wobei der amerikanischen Farmer mit dem asiatischen Kleinbauern und Pächter in einen Topf geworfen wird.

Pat Roy Mooney befaßt sich in „Saat-Multis und Welthunger“ lediglich mit einem Teilaspekt des Gesamtproblems, der gleichwohl einschneidende Konsequenzen hat: Wer die Produktion des Saatguts kontrolliert, der kontrolliert die darauf aufbauende gesamte Nahrungsmittelproduktion. Die reißerische These von einer Saatgutrevolution, deren sichtbarer aber unbedeutenderer Teil die „Grüne Revolution“ sei, wird von einer nüchternen Bilanzierung genetischer Ressourcen von Kulturpflanzen begleitet.

P.R. Mooney warnt vor einem genetischen Erosionsprozeß in den Ländern der Dritten Welt, in denen die Mehrzahl der Kulturpflanzen ihre Heimat hat. Die kapitalistischen Industrieländer plündern die Saatgutschätze der Entwicklungsländer aus und sind durch die Propagierung der Hohertragssorten für eine genetische Verarmung verantwortlich, die den Verlust hunderttausender Pflanzenarten mit sich bringt. Die Entwicklungsländer verfügen heutzutage über keinen wirksamen Mechanismus ihre eigenen Genreserven zu konservieren. Begünstigt durch den sich in den kapitalistischen Ländern durchsetzenden patentrechtlichen Sortenschutz geraten das Saatgut und der Saatgutmarkt vielmehr zunehmend in die Hände von Agrobusiness, Chemiekonzernen und Öligiganten. Der Autor befürchtet zu Recht die gleichen kriminellen Vermarktungsmethoden, wie sie bei Bioziden und Pharmazeutika seit langem gebräuchlich sind, mit allerdings noch schwerwiegenderen Folgen.

Im Gegensatz zu den bisher genannten Büchern ist Peter Kriegs „Der Mensch stirbt nicht am Brot allein...“ ein Buch zum Schmökern. Der Autor sah darin eine Ergänzung zu seinem 1980 angelaufenen Film „Septemberweizen“; ein Werkzeug für die weitere Beschäftigung mit dem Thema. Das was J. Collins/F. Lappé für die Nahrungsmittelproduktion insgesamt zu zeigen versuchen, illustriert Krieg am Beispiel des Weizens.

Analog zum Film greift das Buch von der Weizenproduktion angefangen so ziemlich alle Phänomene des Produktions- und Verteilungssystems auf. Allerdings nicht mit der systematischen Strenge, die J. Collins/F. Lappé kennzeichnet. P. Krieg hat Geschichtliches über die Entdeckung des Backens, Naturwissenschaftliches über das Weizenkorn, Politisches über die Bauernbewegung collagenhaft und äußerst abwechslungsreich zusammengefügt. Auszüge aus Thomas Manns Zyklus „Joseph und seine Brüder“, eine Reportage von Egon Erwin Kisch über die Getreidebörse, Brecht, Shaw und viele andere machen es zu einem echten Lesebuch, reich mit Bildern und Karikaturen bespickt.

Auch P. Krieg ist wie J. Collins/F. Lappé und P.R. Mooney von der Einsicht getrieben eine politische und ökonomische Wende sei zur Rettung unserer Existenzgrundlagen absolut notwendig. Daß die Realität erklärende Ideal frei und unabhängig produzierender Bauern schwebt dabei allen drei vor. Wichtiger scheint mir jedoch ihr politischer Appell zur Mobilisierung einer breiten antikapitalistischen Koalition mit Stoßrichtung gegen die Multis. Daß die vorgestellten Bücher insgesamt zu sehr auf die amerikanischen Verhältnisse ausgerichtet sind, kann man ihnen kaum zum Vorwurf machen. Der wenig überzeugende Berufsstand des bundesrepublikanischen Agrarökonom und die zugespitzten Zustände in der amerikanischen Nahrungsmittelproduktion machen dies verständlich.

H. Mayer

Neue Todesurteile in Südafrika

Ein Gericht des Apartheid-Regimes verurteilt erneut drei Freiheitskämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) – D. Moise, J. Shabangu und A.B. Tsotsobe – wegen „Hochverrats“ zum Tode. Das Prozeßziel – Statuierung eines neuen Exempels – stand von vornherein fest, ebenso die Absicht, die Verurteilten durch Schuldsprüche für „Terrorismus, versuchten Mord und Raub“ zu „normalen“ Kriminellen zu stempeln.



Polizeieinsatz vor dem Gerichtsgebäude

Der ANC und die Solidaritätsbewegung rufen auf:

- Rettet das Leben der drei Verurteilten und der seit dem November 1980 mit dem Tode bedrohten ANC-Kämpfer Lubisi, Manana und Mashigo!
- Freiheit für alle gefangenen Freiheitskämpfer in Südafrika!
- Behandlung aller Freiheitskämpfer als Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention (1949) und deren Zusatzprotokoll von 1977!

Protestschreiben sind zu richten an: Premierminister P.W. Botha, Union Buildings, Pretoria, S.A., an die südafrikanische Botschaft in Bonn, an die Bundesregierung. Die Anti-Apartheid-Bewegung hält Unterschriftenlisten bereit (Adresse: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn). Solidaritätsschreiben mit den Verurteilten können gesandt werden an das ANC-Büro in Bonn, Postfach 190140.

Brot für El Salvador

Zum 15. September 1981 eröffnete das Anti-imperialistische Solidaritätskomitee (ASK) eine Kampagne der materiellen Solidarität „Brot für El Salvador“. Sie zielt darauf, die Versorgungsnot der salvadorianischen Bevölkerung besonders in den von der Befreiungsbewegung FMLN kontrollierten Gebieten – eine Folge der Juntapolitik der „verbrannten Erde“ – lindern zu helfen.

Spenden überweisen an: Sonderkonto Prof. E. Wulff, PschA Frankfurt, Konto Nr. 527 055 - 602.

Guatemala-Broschüre

Ein Interview mit zwei Priestern der „Guatemalteckischen Kirche im Exil“, die 1980 Europa bereisten um über das guatemalteckische Terrorregime aufzuklären, veröffentlichte die Informationsstelle Guatemala, Friedrichstr. 25, 8000 München in der Broschüre „... und sie fordern nur das Land und ihr Leben“, DM 3,50. Der Erlös dieser mit einem Nachwort von Dorothee Sölle versehenen Publikation geht an die „Guatemalteckische Kirche im Exil“.

Tonbildreihe zu Waffenexporten

Die Tonbildreihe „Der Handel mit dem Tod“ des Dialog Dritte Welt e.V. durchleuchtet den internationalen Waffenhandel und die bundesdeutsche Rolle in diesem lukrativen Geschäft. In 98 Dias werden die Dimension des Rüstungswahns dargestellt, ihre Konsequenzen (120 Kriege seit 1945, Hunger in der Dritten Welt u.a.) und zugleich Alternativen zur Rüstungsproduktion benannt.

Die Tonbildreihe enthält 1 Tonband/Kassette von 28 Minuten Länge, ein 40seitiges Kommentarheft mit Hintergrundinformation. Preis 275 DM, Leihgebühr 30 DM. Bestellungen an: Dialog Dritte Welt, Weisenburgerstr. 23, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231 - 574057

Protokoll einer AGG-Werkwoche

Von der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten und Hochschulgemeinden (AGG) war im März 1981 in Niederhausen eine Werkwoche zum Thema „Strukturelle Gewalt und Militarisation“ veranstaltet worden. Anhand von Filmen, Rollenspielen, Diskussionen in Arbeitsgruppen beschäftigte man sich mit allgemeinen Problemen der Dritten Welt (z.B. Baumwolle und Unterentwicklung), Südafrika/Namibia, Iran, AKW und 3. Welt, Chile/Peru und Mittelamerika.

Die Werkwoche ist jetzt als Protokollband erschienen. Umfang 127 S., Preis 5 DM. Zu beziehen über: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn.

BMZ-Anschlag gegen BUKO

Seit Bestehen des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen-BUKO (Anfang der 70er Jahre) hatte Bonn mit einem jährlichen Zuschuß über 50% des BUKO-Jahresetats bestritten. Nun gab das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in einem Schreiben vom 5.8.1981 den entwicklungspolitischen Aktionsgruppen Bescheid, ihre Bezuschussung für 1981 (laut Förderungsantrag 35.000 DM) sei gestrichen. Dies gelte auch künftig, solange sich der BUKO nicht öffentlich von seiner „Gewaltunterstützung“ für Befreiungsbewegungen distanzieren.

Als Begründung bemühte das BMZ den Abdruck des Aufrufs „Waffen für El Salvador“ im FORUM, dem monatlichen Rundbrief des BUKO. Derartige, so das BMZ, sei „unvereinbar mit der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, die dem Grundsatz friedlicher Konfliktlösung verpflichtet ist“.

Der BUKO-Koordinierungsausschuß bezeichnete in einer Pressemitteilung vom 25.8.1981 das Vorgehen des BMZ als „offenen Zensurversuch, der sich besonders in dem Angebot zeigt, bei politischem Wohlverhalten und einer Distanzierung von dem Aufruf die Förderung im nächsten Jahr wiederaufzunehmen: Der Koordinierungsausschuß würde sich so zum Zensor und zum verlängerten Arm des BMZ gegenüber den entwicklungspolitischen Aktionsgruppen machen lassen“.

Aktuelle Buch- und Plattentips: Türkei, Chile

Eine Sammlung von Werken Nazim Hikmets (1902-63), des bekanntesten Schriftstellers der Türkei, der in seiner Heimat schon frühzeitig wegen seiner politischen Gedichte Verfolgungen ausgesetzt war, erschien nun mit dem Gedichtband

Nazim Hikmet, Ich liebe mein Land, 243 S., 10 DM

Parallel zu diesem Buch veröffentlichte der Verlag Pläne die Schallplatte

Ich liebe mein Land, Lutz Görner spricht Nazim Hikmet, 19,90 DM

mit 14 von Lutz Görner vertonten Gedichten Hikmets, die während Lutz Görners diesjähriger Tournee mit Zupfgeigenhansl und türki-

schen Künstlern aufgenommen wurden. Buch und Schallplatte sind in Collectivbuchhandlungen erhältlich.

Den Weg Salvador Allendes vom Senator für den 9. Wahlbezirk im Süden Chiles im Jahre 1945 bis zum Militärputsch gegen den Präsidenten Allende am 11.9.1973 beschreibt **Oswaldo Pucchio, Ein Vierteljahrhundert mit Allende. Erinnerungen seines Privatsekretärs, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981, 432 S., 19,80 DM**

Während dieser Zeit bereiste O. Pucchio mit Salvador Allende ganz Chile. Der Autor liefert keine politische Analyse, aber ein packendes Bild der Persönlichkeit S. Allendes.



Chile

Vier Oppositionspolitiker sind am 11.8.1981 aus Chile ausgewiesen worden. Es handelt sich um Jaime Castillo Velasco, Vizepräsident der Christdemokratischen Partei und Vorsitzender der Menschenrechtskommission, um die früheren Minister Carlos Briones und Orlando Canturias sowie um den ehemaligen Senator Alberto Jerez. Die vier Ausgewiesenen hatten sich im Rahmen einer breiten Bewegung mit den Führern des Nationalen Gewerkschaftlichen Koordinationskomitees (CNS), Manuel Bustos und Alamiro Guzman, solidarisiert, die im Juli d.J. zusammen mit acht anderen CNS-Repräsentanten verhaftet worden waren, nachdem die CNS der Regierung einen Forderungskatalog vorgelegt hatte (siehe AIB 9/1981, S. 6ff.).

Obwohl M. Bustos und A. Guzman zu jeweils 514 Tagen Haft auf Bewährung verurteilt wurden, befinden sie sich noch immer im Gefängnis. Die übrigen acht CNS-Führer hat man nach ausgiebigen Verhören wieder freigelassen, doch müssen sie mit Strafprozessen rechnen.

Argentinien

In Argentinien, dessen derzeitiger Präsident Viola die wirtschaftlich-soziale Krise nicht einzudämmen vermag, bildete sich im August d.J. eine Front aus fünf wichtigen Oppositionsparteien, u.a. den Peronisten, der Radikalen Partei und den Christdemokraten. Ihrem Programm der „Convocatoria multipartidaria“, welches auf eine Demokratisierung und die Legalisierung der seit 1976 verbotenen politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten abzielt, stimmte auch die Kommunistische Partei zu.

In der Bundesrepublik erregten weitere illegale Waffengeschäfte mit Argentinien Aufsehen. Beamte des Bundeskriminalamtes beschlagnahmten erneut Akten des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz durch den Export von Panzerkanonen an die argentinische Junta. Neben Kanonen zur Bestückung von in Argentinien in Lizenz gebauten Marder-Panzern lieferte Rheinmetall auch kleinere, für den Straßenkampf geeignete Kanonen.

El Salvador

Im Zeitraum Juli-September 1981 hielt die seit Januar d.J. größte Offensive der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) an. In den östlichen (Morazan) und nördlichen Landesteilen (Chalatenango) konnte die Guerilla ihre dominierende Position weiter ausbauen. Die „Säuberungsaktion“ der Juntatruppen, die sich in der zweiten Augushälfte auf Guazapa, Suchitoto, Chaltenango, San Vicente und Morazan konzentrierten, wurden abgeschlagen. Die Räume des umkämpften Perquin (3.700 Einwohner, Provinz Morazan) durch die FMLN eine Woche nach seiner Eroberung wurde von der FMLN-Führung als taktische Maßnahme bezeichnet, da sonst eine Einkreisung der Guerilleros durch salvadorianische und honduranische Truppen zu befürchten gewesen sei.

Als sehr effektiv erwiesen sich auch landesweite Sabotageoperationen der FMLN gegen Brücken und das Energienetz. Laut Time vom



7.9.1981 waren reihum 75% des Landes ohne Elektrizität, „war das östliche Drittel El Salvadors seit Mitte Juli fast gänzlich ohne Beleuchtung gewesen“.

Der Stärkezuwachs der Guerilla und der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) schlug sich Mitte August d.J. in ihrer Proklamation einer Provisorischen Revolutionsregierung in der Provinz Morazan nieder. Analog sprachen die Regierungen Mexikos und Frankreichs in einer gemeinsamen Erklärung der FMLN/FDR die politische Anerkennung aus – womit sie seitens Washingtons wie der lateinamerikanischen Militärdiktaturen, Kolumbiens und Venezuelas wütende Proteste ernteten. Während die Reagan-Administration die weitere Anhebung ihrer Militär- und Wirtschaftshilfe für die salvadorianische Junta (für 1981/82 über 210 Mio Dollar) ankündigte, warnte das US-Außenministerium Frankreich und Mexiko davor, damit die salvadorianische Opposition in ihrer Ablehnung der für 1982 angesetzten Wahlen zu bestärken. (IDES, 4.9.1981)

Das FMLN-Oberkommando verwies in einer Stellungnahme Ende August d.J. auf die Verstärkung der US-Rüstungslieferungen an die Junta, des Einsatzes von US-Militärberatern und von US-Massenvernichtungswaffen (Giftgasen) auf Seiten der Juntatruppen. Und: „Weder die US-Regierung noch die Junta selbst, noch die Christdemokraten Venezuelas... hegen irgendwelche Hoffnungen, daß die für den März 1982 angesetzte Wahlfarce sie instandsetzen wird, die Krise lösen und das Land befrieden zu können.“ (Granma Weekly, Havanna, 30.8.1981)

Mexiko

Anfang September d.J. schlossen sich fünf größere Parteien der Linksoption zur Vereinigten Partei der Mexikanischen Linken zusammen. Die Generalsekretäre bzw. Vorsitzenden der Parteien billigten bereits das Programm und andere Grundsatzdokumente der neuen Partei und gaben diese zur Überprüfung an die Parteiuntergliederungen weiter.

Vier dieser Parteien gehörten bereits der Linkskoalition (vgl. AIB 10/1979, S. 16-20) an, die bei den Wahlen zur Abgeordneten-kammer im Juli 1979 18 von insgesamt 400 Sitzen errang: die Mexikanische Kommunistische Partei (9 Sitze), die Mexikanische Volkspartei (5), die Sozialistische Revolutionäre Partei (3) und die Bewegung der Sozialistischen Aktionseinheit (1).

Hinzu kam nun die Mexikanische Arbeiterpartei, deren Führer Heriberto Castillo als Kandidat der Vereinigten Linkspartei (PUIM) für die nächsten Präsidentschaftswahlen (gemäß dem sechsjährigen Turnus stünden sie zum 1.12.1981 an) im Gespräch ist. H. Castillo erklärte am 16.8.1981 in Mexiko-Stadt, die PUIM strebe die Regierungsgewalt an, um „diese kapitalistische Gesellschaft in eine solche umzuwandeln, in der die Produktionsmittel kollektives Eigentum sind“.

Grenada

Laut Premierminister M. Bishop droht Grenada derzeit eine US-Intervention. Solche Verdachtsmomente verdichteten sich Anfang August d.J. durch die in der Karibik begonnenen US- und NATO-Manöver.

Unter dem Namen „Ocean Venture 81“ probten ca. 250 Schiffe, 1.000 Flugzeuge und 120.000 Soldaten den Ernstfall auf Gelände, das dem Grenadas entspricht. Zugleich äußerte US-Admiral R. McKenzie, die militärische Übung ziele darauf ab, die US-Kapazitäten gegenüber den als „ein Land“ zu betrachteten Staaten Nicaragua, Kuba und Grenada unter Beweis zu stellen. Damit wolle man die Notwendigkeit, das Karibische Meer zu schützen, verdeutlichen. Immerhin passierten 65% der US-amerikanischen Erdöl- und Bauxitimporte dieses Gewässer.

Puerto Rico

Am 20.8.1981 hat der UN-Entkolonialisierungsausschuß erstmals gefordert, Puerto Rico 1982 als gesonderten Tagesordnungspunkt der UN-Vollversammlung zu behandeln. Die Resolution, die von Kuba, Afghanistan, Syrien und dem Irak eingebracht worden war und mit 11:2 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen wurde, fordert erneut das Selbstbestimmungsrecht und die Unabhängigkeit der US-Kolonie. Die USA werden aufgefordert, dem Volk Puerto Ricos die volle Macht zu übergeben, als unabdingbare Maßnahme für jeden Entkolonialisierungsprozeß. Juan Mari Bras, Generalsekretär der Puerto-ricanischen Sozialistischen Partei, bezeichnete die Resolution als „erste wichtige diplomatische Niederlage der Reagan-Administration“ und wertete sie als wichtigen Beitrag zum anticolonialistischen Kampf Puerto Ricos gegen die Politik Washingtons, die danach strebt, die Insel als Interventionsbasis in der Karibik umzubauen. Bereits heute unterhalten die USA dort die Marinebasis San Juan, die Stützpunkte Fort Buchanan und Fort Allen Sabanaco-Secco sowie drei weitere Militärbasen in der Rooseveltstraße und auf den puertoricanischen Inseln Culebra und Vieques. US-Vertreter in der UNO haben bereits angekündigt, eine Behandlung Puerto Ricos in der Vollversammlung durch Druck auf die Mitgliedsstaaten verhindern zu wollen.

Westsahara

Wende in der Westsaharfrage? Auf der Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) im Juli d.J. in Nairobi überraschte Marokkos König Hassan durch die Annahme des Planes eines Referendums in dem von Marokko annektierten Land. Freilich, Vorsicht ist geboten.

Daß Hassan das Annexionsziel aufzugeben bereit ist, glaubt niemand. Insofern kommt für ihn auch ein Referendumssieg der Befreiungsfront POLISARIO nicht in Frage, lediglich ein „Referendum der Zustimmung“ zur Einverleibung. Hassan steht unter Zugzwang: Die innenpolitische Unterstützung für seinen Kurs bröckelt ab (vgl. AIB 9/1981, S. 43); ein militärischer Sieg ist fern wie eh und je; die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) dagegen gewinnt immer weiter an Anerkennung.

Das Ziel Marokkos: Zeitgewinn und Schwächung der gegnerischen Fronten, um die eigene Position zu festigen. Zugleich setzt Hassan auf verstärkte Unterstützung durch die Reagan-Administration, nachdem die neue französische Regierung auf Distanz gegangen ist.

Einen taktischen Erfolg erzielte die Offerte bereits: der DARS blieb ihr Sitz in der OAU noch versagt.

Doch auch bei der Durchführung des von einer OAU-Kommission ausgearbeiteten Plans (der überdies den marokkanischen Positionen näher steht) ergeben sich noch genügend Probleme: Im Gegensatz zur POLISARIO beharrt Marokko vor allem auf der Präsenz seiner illegalen Verwaltungen und Militäreinheiten, lehnt es eine UN-Aufsicht ab und verlangt es als Basis für ein Referendum eine spanische Volkszählung von 1974, die nach Dafürhalten aller Beobachter eindeutig um etliches zu niedrig ausfiel.

Tunesien

Tunesiens regierende Sozialistische Destour-Partei (PSD) unter Habib Bourgiba hat als Zeichen ihres „Liberalisierungs“willens den Parlamentswahlen am 1.11.1981 einige Oppositionsparteien zugelassen. Als Parteien voll legalisiert sollen allerdings nur jene werden, die beim Wahlvorgang 5% der Stimmen erreichen.

Zu den beim Wahlgang geduldeten Parteien gehören die Bewegung der Demokratischen Sozialisten (MDS) Ahmed Mestiris, die 1963 „suspendierte“ Kommunistische Partei Tunesiens (PCT) und ein Teil der Bewegung der Volkseinheit (MUP). Der Teil der MUP, der weiterhin von A. Ben Salah geführt wird, und die islamische Bewegung, die dem Regime aufgrund ihres Masseneinflusses gefährlich werden könnten, bleiben verboten. Über 100 Anhänger der Bewegung der Islamischen Tendenz (MTI) wurden im August d.J. verhaftet. Um der Demokratisierung voll zum Durchbruch zu verhelfen, schlug die PCT allen demokratischen Parteien ein Wahlbündnis vor, das sich dieses Ziel zum Hauptkampfpunkt macht. Das Bourgiba-Regime, dem es in den letzten Jahren nicht gelang, die von der Einheitsgewerkschaft UGTT angeführte Protestbewegung unter Kontrolle zu bekommen (siehe AIB 1 und 9/1980), erhofft sich offenbar von einer Aufspaltung der Oppositionsparteien die Rekonsolidierung seiner angeschlagenen Position.

Zentralafrika

Am 1. September d.J. ist die Regierung der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) unter Präsident Dacko vom Militär, unter Führung seines Oberkommandierenden General André Kolinba, abgesetzt worden. Es setzte die Verfassung außer Kraft und löste die Parteien auf.



A. Kalingba (l.) und D. Dacko Tage vor dem Putsch

Die Regierung hatte sich in den letzten Wochen dem zunehmenden Druck der Opposition ausgesetzt gesehen und am 19. Juli d.J. mehrere Parteien verboten (vgl. AIB 9/1981, S. 43), sie aber am 10. August d.J. bis auf eine, die Zentralafrikanische Nationale Befreiungsbewegung (MCLN), wieder zugelassen.

Die französische Zeitung Le Quotidien de Paris berichtete am 2.9.1981, die USA hätten den Putsch inzeriert, da Frankreich nichts unternommen habe, den libyschen Einfluß zurückzudrängen. Eine Woche vor dem Putsch seien US-Militärberater in der ZAR eingetroffen und der Drahtzieher des Putsches, Bernard-Christian Ayandho, ein ehemaliger Ministerpräsident Dackos, habe sich mehrere Monate in den USA aufgehalten.

Ein weiteres Indiz für die neokolonialistische Orientierung des neuen Regimes ist der Tatbestand, daß der neue Staatschef als erste Botschafter die der USA, Frankreichs, Ägyptens und des Sudan empfing.

Palästina-Österreich

Der Überfall eines arabischen Kommandos Ende August d.J. auf eine Synagoge in Wien, bei dem zwei österreichische Sicherheitsbeamte getötet und 20 Menschen verletzt worden waren, löste eine heftige Kontroverse zwischen der Regierung Begin und Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky aus.

Als „ungeheure Niedertracht“ wies B. Kreisky den Vorwurf zurück, der Anschlag gehe auf das Konto der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der Nahostpolitik Österreichs, das die Anerkennung der PLO und ihre unbedingte Einbeziehung in Nahostfriedensverhandlungen verfehlt. Er äußerte die Überzeugung, daß die PLO nichts mit der Aktion zu tun habe, deren Zielrichtung „schnurgerade gegen die Politik der PLO gerichtet“ sei.

PLO-Sprecher M. Labadi verurteilte in Beirut den Anschlag als kriminellen Racheakt der 1970 von der PLO ausgeschlossenen el-Assifa des Abu Nidal (Sitz vormals in Bagdad, derzeit angeblich in Damaskus). Einer der drei festgenommenen Attentäter gestand im übrigen seine Zugehörigkeit zu dieser obskuren Vereinigung ein.

Naher Osten

Auf dem 11. Gipfeltreffen von Ägyptens Staatspräsident Anwar al-Sadat und Israels Ministerpräsident Menachim Begin Ende August d.J. in Alexandria wurde vereinbart, die bilateralen Verhandlungen über eine sog. Autonomieregelung für Westjordanien und den Gazastreifen wieder aufzunehmen. Die Autonomiegespräche, die im Sommer 1980 wegen Israels Annexion Ostjerusalems von ägyptischer Seite abgebrochen worden waren, sollen am 23. September 1981 neu beginnen. Zuvor wird M. Begin zur Feinabstimmung noch von Ronald Reagan in Washington erwartet.

In der ersten Augushälfte d.J. hatte Anwar al-Sadat bei seinem USA-Besuch von Präsident Reagan Gleichbehandlung mit Israel gefordert. Damit ist insbesondere eine drastische Erhöhung der US-Militärhilfe für Ägypten (1981 rund 900 Mio Dollar) gemeint. Erfolgreich hatte A. Sadat bei der Reagan-Administration für deren Kontaktaufnahme mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) geworben, zugleich aber eingeschränkt, daß die PLO nicht die einzige Vertretung der palästinensischen Araber sei.

Türkei

Am 19. August d.J. begann vor einem Militärgericht in Ankara ein Prozeß gegen 587 Mitglieder der rechtsextremen Partei der Nationalen Aktion (MHP). Bekanntester Angeklagter ist A. Türke, Führer der MHP, deren Unterorganisation „Graue Wölfe“ zahllose Menschen zum Opfer fielen.

Während die seit 12. September 1980 regierende türkische Militärjunta versucht jene reaktionärsten Gruppen auszuschalten, setzt sie ihre Verfolgung fortschrittlicher Kreise fort. Im Juni d.J. wurden 52 Führer des progressiven Gewerkschaftsverbandes DISK vor Gericht gestellt und wegen „marxistischer Aktivitäten“ mit der Todesstrafe bedroht.

Die von den türkischen Generälen zum 23. Oktober d.J. einberufene „Verfassungsgebende Versammlung“ zielt offenbar auf eine Legalisierung der Junta, sollen doch nur Nicht-Parteimitglieder in den Reihen der Versammlung geduldet werden.

Libyen-Äthiopien-Südjemen

Die Staatsoberhäupter von Libyen, der VDR Jemen und Äthiopien haben am 19.8.1981 in Aden einen Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag bezieht sich hauptsächlich auf eine engere ökonomische, politische und militärische Zusammenarbeit und sieht im Falle einer Aggression von außen eine gemeinsame Verteidigung vor. Geplant ist die Bildung eines politischen und eines Wirtschaftsausschusses; ein Oberster Rat, bestehend aus den drei Staatsoberhäuptern, soll sich künftig einmal im Jahr treffen.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei Redaktion
und Post bekanntgeben!**

Faule Eier von Uncle Sam

Die lange Brutzeit endete mit einem Erfolg für Washingtons „egg-heads“ (Eierköpfe): Eine neue Rechtfertigung der US-Außenpolitik kroch hervor. Wie schon ein Sprichwort aus Jamaika treffend sagt: Alligatoren legen zwar Eier, aber daraus schlüpfen keine Küken. Was die „Eierköpfe“ da im Auftrag von Uncle Sam (in Lateinamerika: „Tío Caimán“) ausbrüteten, ist folglich alles andere als niedlich.

Am 27. Juli d.J. wurde die neue Theorie, die inzwischen auch in die Reden von R. Reagan und A. Haig einfloß, von einem gewissen Michael Levin in der US-Zeitschrift Newsweek ausführlich dargestellt. Der Autor schwängert einleitend die beiden Begriffe „Autoritarismus“ und „Totalitarismus“ mit neuen Inhalten, um sie anschließend einander gegenüberzustellen – zuungunsten des als „totalitär“ bezeichneten Systems.

Das geht so: Unter einem „autoritären“ Regime werden nur Regimegegner verfolgt. Wer sich nicht um Politik kümmert, wird in Ruhe gelassen. Da sich die große Mehrheit der Bevölkerung aus der Politik raushält, geht es nur einer Minderheit schlecht. Hier hat M. Levin schlauerweise die peinliche Frage weggelassen, warum sich in so einem Fall die große Mehrheit nicht um Politik kümmert. Etwa wegen der gefährlichen Konsequenzen?

Eine „totalitäre“ Regierung verfolge dagegen nicht nur die oppositionellen Kräfte. Sie mische sich auch in das Leben aller derjenigen ein, die mit Politik nichts im Sinn haben. Ein „totalitäres“ Regime fordere die Herzen und Hirne aller Staatsbürger“. So könne beispielsweise im „autoritären“ Staat jeder Arzt werden, solange er sich nicht gegen die Diktatur wendet. Ganz anders der „totalitäre“ Staat. Er bestimmt, wer Arzt wird, wo er praktiziert, wieviel er verdient und sogar, welche Einstellung er zu seinem Beruf haben muß: alles zum Wohl des Volkes.

Spätestens hier wird jedem klar, daß mit „totalitären“ Staaten die sozialistischen Länder gemeint sind, während mit „autoritär“ faschistische Diktaturen vom Schlage der chilenischen Junta vermindlicht werden. Da M. Levin zur Untermauerung seiner Behauptungen den Arzterberuf zitiert, wollen wir gleich mal eine konkrete Untersuchung vornehmen. Unter die Lupe soll die ärztliche Versorgung in einem „totalitären“ und einem „autoritären“ Land: in Kuba und Haiti.

Haiti ist laut Definition eindeutig ein „autoritärer“ Staat. Folglich kann dort jeder Arzt werden, es sei denn, er betätigt sich regimefeindlich. Bei 5 Mio Einwohnern hat Haiti aber nur die klägliche Zahl von 330 Ärzten. Ob das wohl bedeutet, daß fast alle gegen das Regime sind?

Demgegenüber steht das „totalitäre“ Kuba. Die Bevölkerung ist nur doppelt so groß. Dennoch gibt es fast sechshundert Mal soviell Ärzte: Insgesamt 15.000! Und jährlich kommen Hunderte dazu. Nach M. Levin kann das nur dadurch zu erklären sein, daß die Regierung Kubas reihenweise ihre Bürger zum Medizinstudium zwingt.

Ein weiteres Beispiel: M. Levin hat dem „totalitären“ Staat – sprich: dem Sozialismus – angekreidet, daß er die Hirne der Menschen fordert. Obwohl er das kaum gemeint haben dürfte, hat er einen wichtigen Grundsatz beim Namen genannt: Der Sozialismus braucht Menschen, die mitdenken. In Kuba gibt es schon lange keine Analphabeten mehr. Dagegen erhält Diktator Duvalier („Baby Doc“) in Haiti die Gehirne der Mehrzahl seiner Untertanen in jungfräulich unberührtem Zustand: 75% der Bevölkerung können nicht lesen und schreiben. Während in Kuba 150.000 Studenten die Universität besuchen, sind es in Haiti armselige 2.200.

Nachdem Michael Levin bei diesem Sprung aus der Theorie in die Praxis ziemlich unsanft auf den Bauch gefallen ist, behauptet er, daß alles Vorausgegangene lediglich an der Oberfläche der Problematik rührt. Viel wesentlicher sei für ihn, wie die beiden Staatsformen ihre eigene Existenz rechtfertigen. Als „harmlos“ sieht er die „autoritären“ Staaten deshalb an, weil sie sich nicht auf irgendwelche höheren Ziele berufen. Der Diktator sagt schlicht und einfach: „Ich bin an der Macht, weil ich der Stärkste bin.“ Fast könnte man glauben, man hätte einen rauhen, aber ehrlichen Sportskameraden vor sich.

Andererseits zeige sich die ganze Gefährlichkeit des „Totalitarismus“ (= Sozialismus) daran, daß sein Streben auf die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und auf eine glückliche Zukunft für alle gerichtet ist. Denn das sei reine Utopie, die Menschen zu blinden Eiferern mache. Wörtlich: „Niemand ist gefährlicher, als ein Idealist mit einer Maschinenpistole.“

Der „Autoritarismus“, also die Rechts-Diktatur, erhebe allerhöchstens den Anspruch auf innere Stabilität. Auch hier handelt es sich nicht um eine neue Erkenntnis. Hinter diese Definition des Begriffes „Stabilität“ sind längst schon andere gekommen: Die amerikanischen Konzerne, wenn sie sich geeignete Länder für Investitionen aussuchen, oder wenn sie Generäle putschen lassen, wo ihre Kapitalanlagen in Gefahr sind.

Dann wird's spannend. M. Levin will beide Staatsformen lebensnah testen: durch das Mittel der Drohung. Soweit es den Sozialismus betrifft, könnte er da gar nicht realistischer vorgehen. Das Ergebnis seiner Untersuchung erschreckt ihn im Fall des „Totalitarismus“ nicht wenig: So ein überzeugter Kommunist sei durch nichts von seinem Weg abzubringen. Durch Drohungen wird er eher noch in seiner Meinung bestärkt.



Erleichterung verschafft ihm hingegen der „Autoritarismus“. Aber halt! Bringt er's wirklich fertig? Denn nun müßte ja kommen, daß rechte Diktatoren – wenn bedroht – artig „Männchen“ machen. Und tatsächlich: „Einen Tyrannen kann man durch Drohungen eventuell von seinen Plänen abbringen.“ Ob M. Levin von seinem eigenen Blödsinn so überrascht war, daß er nachträglich „eventuell“ (im Original „may“) einfügte?

Die Überschrift zu M. Levins Artikel faßt das „neue“ Motto der US-Außenpolitik zusammen: „Besser schlecht als ganz schlimm.“ Faschistische Diktaturen sind nicht schön, aber als kleineres Übel dem Sozialismus auf jeden Fall vorzuziehen. Deshalb: Freie Bahn für Waffen und Kredite an rechte Diktaturen. Damit nicht wie in Nicaragua das „kleinere Übel“ ganz plötzlich in ein „großes“ umschlägt.

Man könnte nun noch fragen, wie Michael Levin bei vorausgegangener Demonstration seiner Fähigkeiten jemals Philosophie-Professor an einer Universität werden konnte. Seine Ehre wird auch dadurch nicht gerettet, daß er das Pol-Pot-Mordregime kurzerhand zu einem sozialistischen Staat erklärt, um so einige Beweise für seine Theorie heranzuschaffen. Ist es doch gerade die Regierung in Washington, die heute noch die Pol-Pot-Clique politisch und finanziell am Leben erhält. Ob er das einfach vergessen hat? Ganz schön zerstreut, dieser Professor Levin.

In China sollen verfaulte Eier eine sehr geschätzte Delikatesse sein, für die man schon einiges „springen“ läßt. Ob in den USA angemelte „Eierköpfe“ à la Levin ebenfalls gut bezahlt werden?

P. Garcia